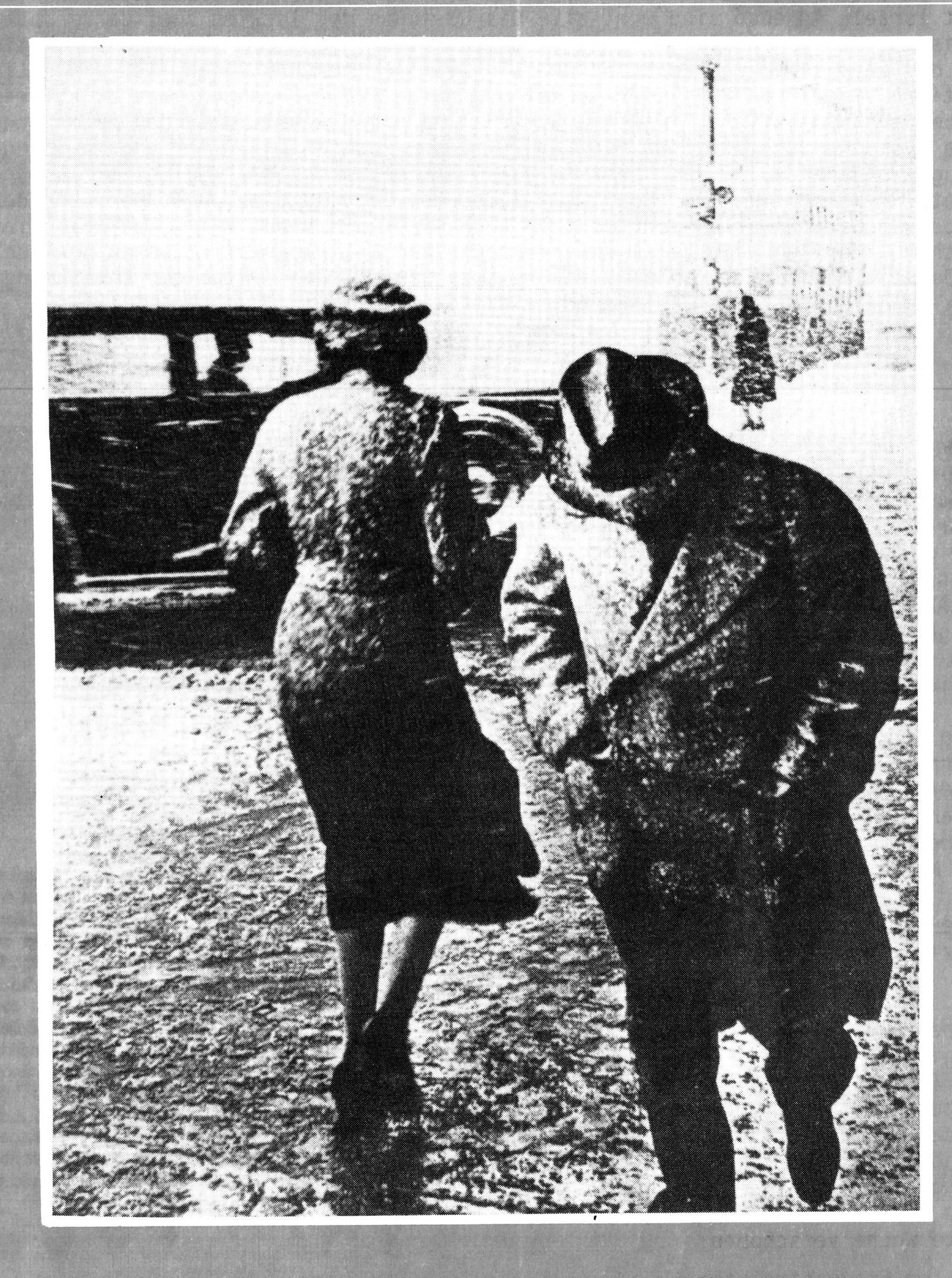
UNTERNULL

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



25. November 1993

Nr. 263

Vorwort

Sehr gefreut hat uns, daß nun die Diskussionen mit den in der RAF organisierten Menschen weitergeführt werden. Ob nun der Raum entstanden ist, einen (hoffentlich) fruchtbaren Streit - mit allen inhaltlichen Differenzen - um den Aufbau einer Gegenmacht von Unten zu führen, wird sich zeigen. Dazu findet ihr zwei längere Beiträge im Heft.
Diese Woche fanden wir uns mal wieder sehr im Widerspruch zwischen den Sachen, die wir gut und/oder spannend finden und einer "Dokumentationspflicht". So könnt ihr die Erklärung von "Klasse gegen Klasse" zu den Anschlägen in Zehlendorf auf S.26 finden. Die Erklärung zum Anschlag in Köln (S.20) hätten wir am liebsten in den Ordner gepackt, vor allem wegen des antisemitischen Begriff's "zionistisches Gebilde" für den Staat Israel. An euch sind wohl alle Diskussionen der letzten zwei Jahre über Antizionismus, der zum Antisemitismus wird, vorbeigegangen. Daß JüdInnen zur Nationbildung nicht in der Lage seien und deshalb nur "ein Gebilde" hervorbringen, ist eindeutig antisemitisch. Mann/Frau kann über Israel und seine Politik denken, was er/sie will, daß er aber genauso existiert wie die Schweiz und die USA ist Fakt. Und nehmt endlich auch eine jüdische Subjektivität zur Kenntnis, ohne diese inhaltlich und in ihren+ Auswirkungen bejahen zu müssen. Lest mal dazu das entsprechende Kapitel im Buch "Geschichte, Rassismus und das Boot" der autonomen Lupus-Gruppe. Und die Texte der RZ zum Tod von Gerd Albartus dürften euch auch nicht unbekannt sein. Was meint ihr eigentlich mit der "unvergessenen Unterstützung der antiimperialistischen Bewegung in den 70ern in der BRD" durch palästinensische GenossInnen ? Etwa die Entführung der Lufthansa-Maschine 1977 ? Dies lehnen wir explizit ab !

Inhalt:

Verhaftungen wg. Kaindl S.3 - 4
Kurdistan-Bericht S.5 - 9
Dev-Sol-Auseinandersetzung S.10-11
Offener Brief an die RAF S.12-19
Erklärung zu Köln S.20
Zur Auseinandersetzung mit der RAF S.21-25
Klasse gegen Klasse S.26
Wagenburg S.27
Organisationsdebatte S.28-29
Volxsport I + II S.29
Buchvorstellung S.30
Antifa Bonn zu Busse S.31
Zivi-Nummern S.32
Arbeitszwang in Leipzig S.33
Sexistische Gewalt S.33
Sexueller Mißbrauch s.34
Bruschke S.34
Freizeitbewältigungshilfe S.35
Horst kotzt alleine Kirschen S.35

Ordner:
Aut. Gruppe Conny Wissmann (unleserlich)
Gent (Belgien)
Wohlgroth (zürich)
Diverses zu den angeblich geplanten Selbstmorden von RAF-Gefangenen
Stellungnahme von Paco zu den Vorwürfen gegen ihn (siehe S. 33)

auf nächste Woche verschoben:

BP-Frauen zum Frauenstreiktag

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Seit mehreren Tagen sitzen Mehmet, Abidin, Fatma und Erkan im Knast

Mehr als anderthalb Jahre nach dem Tod des Funktionärs der faschistischen Deutschen Liga, Gerhard Kaindl, verhaftete der Berliner Staatsschutz vier AntifaschistInnen und fahndet nach zehn weiteren. Der Vorwurf lautet auf Mord, Mordversuch, Beihilfe und Körperverletzung. Die Ermittlungsbehörden berufen sich auf Aussagen eines angeblich Tatbeteiligten, dessen Identität von den Behörden bislang geheimgehalten wird.

Seit Montag, dem 15. November durchsucht die Polizei Wohnungen von AntifaschistInnen, ihren Angehörigen und Freunden. Einer verhafteten 22-jährigen Kurdin wurde die Dienstwaffe an den Kopf gehalten. Als eine Nachbarin hinzukam, wurde diese ebenfalls mit gezogener Waffe am Kopf empfangen und ihr erklärt, die Beschuldigte sei eine Terroristin. Den Eltern eines weiteren Beschuldigten wurde sinngemäß erklärt, daß ihr Sohn liquidiert würde, falls er im Falle einer Verhaftung Widerstand leisten sollte.

Für Fatma gelten Sonderhaftbedingungen, was absolutes Kontaktverbot, keine Bücher, ständige Kontrolle, 23 Stunden Einschluß und Hofgang allein bedeutet. Bis zum Wochenende hat Fatma keinen Brief, kein Telegramm erhalten, beim bisher einzigen Besuch wurden weder Umarmungen noch Berührungen erlaubt. Über die Haftbedingungen der anderen Verhafteten ist bisher nichts bekannt.

Vorverurteilung durch die Medien und Polizei

Nach der Kriminalisierung von türkischen Jugendlichen seit 1991, die sich gegen den faschistischen Terror zu wehren begannen, folgte 1992 die Hetze gegen Antifasist Genclik, eine der wenigen antifaschistischen Initiativen verschiedener türkischer und kurdischer Menschen. Offensichtlich soll diese Initiative, wie schon 1992, kriminalisiert und jetzt als Tätergruppe aufgebaut werden.

Schon kurz nach dem Tod von Gerhard Kaindl stand für die Berliner Polizei fest, daß die vermeintlich Beteiligten türkischer Nationalität sein mußten, obwohl gleichzeitig betont wurde, daß "die Täter maskiert" gewesen seien. Damit fand von Polizeiseite eine Vorverurteilung statt, und die Rede war von "einem politisch motivierten Mord". Die Ermittlungen der 20-köpfigen Sonderkomission des Staatsschutzes zielten von Beginn an auf die Kriminalisierung von Antifasist Genclik. Sie steht auf dem Präsentierteller, weil sie sich als Initiative von türkischen Menschen selbst gegen den alltäglichen Rassismus und Faschismus stellt. Verhaftet wurden jetzt einige der Menschen, die stets auch öffentlich gegen Rassismus und Faschismus aufgetreten sind. In der Kriminalisierungs-Linie steht auch, daß es gegen Faschisten so gut wie nie einen Mordvorwurf gegeben hat - nach über 60 von Nazis ermordeten Menschen.

Jetzt wird in den Medien mit Überschriften wie "Mord an Rechtsextremist ist aufgeklärt" (Tsp vom 20. 11. 93) schon im Vorfeld abgeurteilt. Die Vorreiterrolle in dieser Kampagne hat dabei der Tagesspiegel, der sich zuletzt sogar auf die Justizpressesprecherin berief. Im deutlichen Kontrast zu den Verharmlosungen, die wir aus den Prozessen gegen Faschisten kennen, werden hier die bisher über zehn Durchsuchungen mit sichtlicher Genugtuung begleitet. Unrecherchiert wird die These einer türkischen Antifa-Gruppe übernommen, die für den Tod Kaindls verantwortlich sein soll. Stets wurde und wird von Medien, Polizei und Justiz der angeblich unpolitische Hintergrund von faschistischen Mördern betont, die Einzeltäter-Theorie vertreten oder gar Verständnis verbreitet. Die Entpolitisierung rassistischer Pogrome und Morde steht auf der Tagesordnung, während gleichzeitig nahezu jedes Wochenende Menschen umgebracht, mit Molotow-Cocktails beworfen oder zusammengetreten werden. Daß in einem politisch von Pogromen und staatlich forciertem Rassismus aufgeheizten Klima in einer Auseinandersetzung dabei auch ein Faschist umkommen kann, ist nicht verwunderlich. Auch eine Kriminalisierung, wie wir sie jetzt erneut er-

leben, wird uns nicht davon abhalten, weiterhin gegen Rassismus und Faschismus zu kämpfen. Wir finden es richtig und notwendig, wenn wir von Nazi-Treffen hören, dort hinzugehen, vor Ort präsent zu sein und einzugreifen.

Kumpanei von Justizverwaltung und Nazis

Offensichtlich ist, daß Ermittlungsergebnisse des Staatsschutzes an die Deutsche Liga weitergegeben wurden. Diese meldete in ihrer Parteizeitung (Deutsche Rundschau - 10/92), daß "sämtliche acht Täter ermittelt seien". Die Nazis erklärten, auch die "Namen und Anschriften der türkischen Mörder" seien ihnen bekannt, und alle Beteiligten seien "Antifasist Genclik" zuzuordnen. Der Artikel endete mit der offenen Drohung "Wir kriegen Euch alle".

Polizei und Justiz auf dem rechten Auge blind

Während also angeblich in diesem "Fall" alles klar, der vermeintliche Mord aufgeklärt ist und die Faschisten offen drohen können, ist in anderen Fällen die Berliner Polizei weitaus "vorsichtiger" mit Anschuldigungen; immer dann, wenn es sich um Täter aus den Reihen des Nazi-Spektrums handelt. Am Sonntag, dem 21. November, ist es genau ein Jahr her, daß der Antifaschist Silvio Meyer auf einem Friedrichshainer U-Bahnhof umgebracht wurde. Damals trat die Berliner Polizei mit einem falschen Obduktionsergebnis an die Öffentlichkeit und behauptete, daß Messer, mit dem Silvio getötet worden war, sei sein eigenes und der Täter hätte aus Notwehr gehandelt. Obwohl die drei später verurteilten Täter direkt aus dem Judith-Auer Club kamen, der zu der Zeit eine der wichtigsten Rekrutierungsorte auswärtiger und Berliner Neonazis war, wurde ein politischer Hintergrund von vornherein ausgeschlossen. Von vornherein ausgeschlossen wurde auch eine Anklage wegen Mord. In der Hauptverhandlung wurde den angreifenden Faschos bescheinigt, daß sie nicht in Tötungsabsicht gehandelt hätten und es die angegriffenen Antifas waren, die provoziert hätten, weil sie nicht weggelaufen sind.

Wir werden auch in Zukunft nicht weglaufen!

- Sofortige Freilassung aller Gefangenen!
- Schluß mit der Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstands!
- Lückenlose Aufklärung der Kontakte zwischen faschistischen Kadern und Staatsschutz!
- Knastkundgebungen an der Plötze und in Moabit am 5. Dezember 1993, achtet auf Ankündigungen!

FreundInnen und AntifaschistInnen,
Berlin, 21. 11. 93/1

Noch mal grundsätzlich:
Keine Aussagen bei Polizei und Justiz, keine Zusammenarbeit mit staatlichen Behörden, keine Spekulationen und Gerüchte...

Was ist die Deutsche Liga?

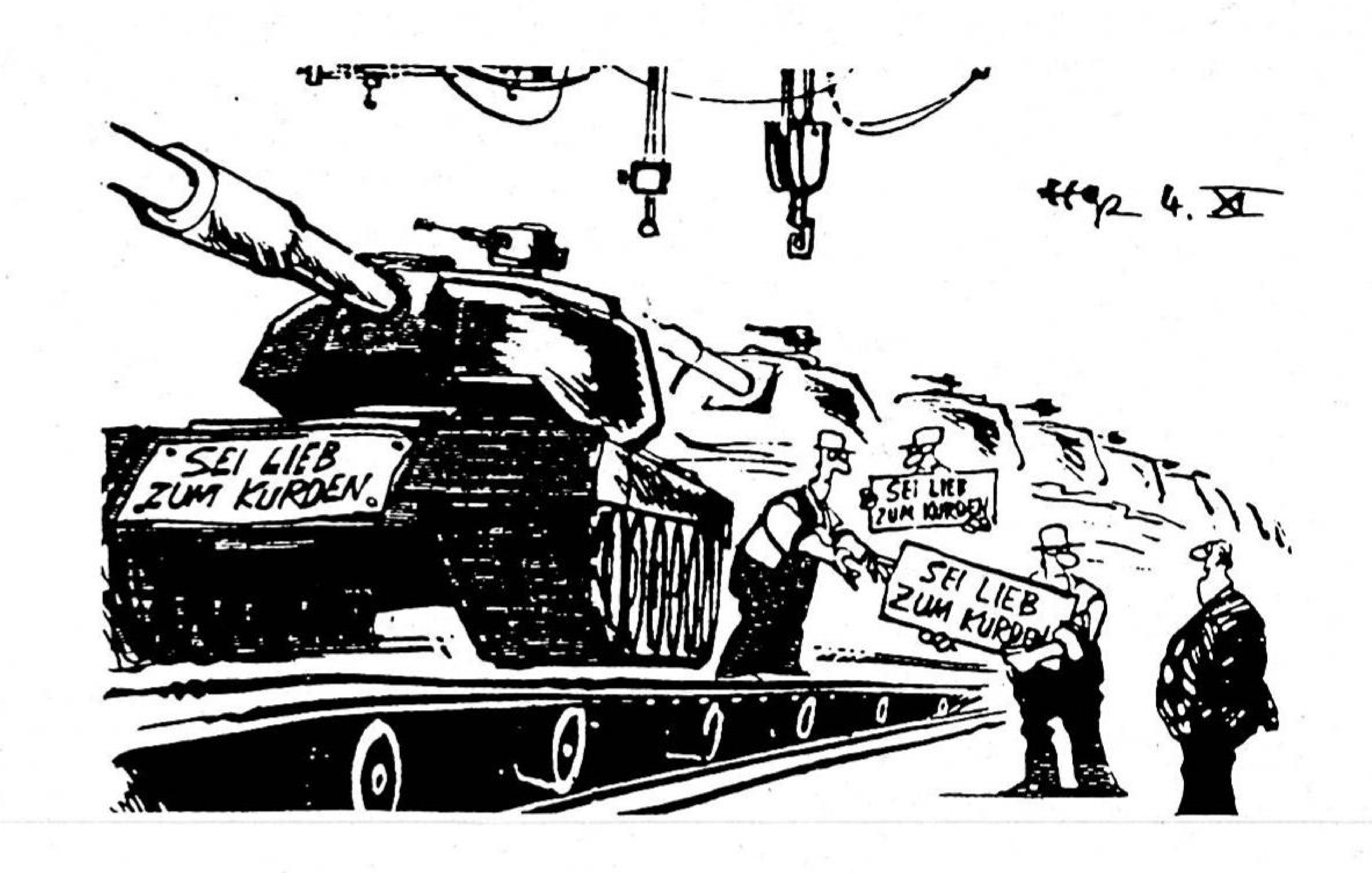
Die Deutsche Liga für Volk und Heimat ist eine faschistische Sammlungspartei, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die zersplitterten NS-Gruppen unter einem Dach zu vereinen. In Berlin-Brandenburg ist die Deutsche Liga und die von ihr geleitete Wählergemeinschaft "Die Nationalen" auf das engste verknüpft mit Mitgliedern der verbotenen Nationalistischen Front und der Deutschen Alternative. Diese Neonazi-Organisation stehen hinter einem großen Teil der Terroranschläge auf Flüchtlinge, ImmigrantInnen und fortschrittliche Jugendliche. Der Landesvorsitzende der Deutschen Liga, Frank Schwerdt, rechtfertigte das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen "als natürliche und gesunde Regungen in unserem Volk".
Nach dem Mordanschlag von Solingen stellte sich heraus, daß drei der Beschuldigten Mitglieder der Solinger Kampfsportschule des Deutschen Liga Mitglieds Bernd Schmitt's waren. Dieser leitete eine bundesweit organisierte Schlägertruppe für die Deutsche Liga und andere NS-Organisationen.
Die Deutsche Liga ist eine der Nazi-Gruppen, die maßgeblich für die rassistische Brandschatzerei, die 64 Morde und tausenden von Angriffen seit der "Vereinigung" in diesem Land verantwortlich ist. Der getötete Gerhard Kaindl war Landesschriftführer seiner Organisation.

jetzt gibt es auch ein Spendenkonto für die Gefangenen: Konto-Nr.: 0620 17 33 00 bei der Berliner Sparkasse: BLZ.: 100 500 00

GOTT, DOMESTOSTÜRK UND DIE FLIEGEN

Repression und "Menschenrechte" in der Türkei
Eindrücke von einer Delegationsreise durch Kurdistan

"Nicht die Türkei ziehe ich zur Rechenschaft, sie kennen wir alle gut und auch die Welt kennt sie. Wir haben keine Erwartungen an sie, denn ein kurdisches Sprichwort heißt:"Erwarte von deinem Feind nur das Schlimme, damit du dich nicht täuschst." Aber die deutschen Verantwortlichen, die sich das Image der Verteidiger und Retter der Menschenrechte geben möchten, ziehe ich zur Rechenschaft. Sie sind am Mord an Mesut genauso schuldig wie die türkischen Soldaten. Was haben wir ihnen getan, warum tun sie uns all das an? Auch die Deutschen sind die Mörder meines Sohnes. Sie sind mir Rechenschaft schuldig. Ich verlange von der Öffentlichkeit, daß die Mörder meines Sohnes bestraft werden. Sagt bitte den Menschen dort, sie sollen die Waffenlieferungen verhindern, denn wir werden mit diesen Waffen erdrosselt und getötet."



Aufruf der Mutter des am 23.September 1992 von einem NVA-Panzer zu Tode geschleiften behinderten Mesut Dünder, an die bundesdeutsche Bevölkerung.

Als wir im Juli 93 mit einer Delegation von 14 Leuten aus neun Städten durch den türkisch besetzten Teil Kurdistans reisten, um uns über die Situation vor Ort zu informieren, sprachen wir mit vielen Menschen, die sich ähnlich äußerten, wie die Mutter von Mesut. Schon an unserem ersten Tag in **Diyarbakir (kurdisch:Amed)**: überall BTR-60-Panzer aus alten Beständen der Nationalen Volksarmee, MAN-Militärfahrzeuge, nervöse türkische Rambos und Scharfschützen auf den Dächern, ausgerüstet mit Heckler und Koch-Maschinengewehren und zum Teil NVA-Helmen, fast alles Geschenke der Bundesregierung an den NATO-Partner Türkei.

Daß die Türkei mit diesen Waffen einen Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk führt, dürfte den Schreibtischtätern in Bonn bekannt sein.

Nahezu täglich werden kurdische Dörfer vom türkischen Militär dem Erdboden gleichgemacht, die BewohnerInnen ermordet oder vertrieben. Die Menschen, die diese Politik der verbrannten Erde überleben, fliehen in Großstädte wie z.B. Diyarbakir, Adana,...

Vor allem aufgrund dieser Vertreibungspolitik erhöhte sich die Zahl der EinwohnerInnen in den letzten zehn Jahren in der nordkurdischen **"Hauptstadt"** Diyarbakir von 250000 auf über 1000000.

Hier herrscht der Ausnahmezustand, das heißt, die KurdInnen können jeder Zeit willkürlich verhaftet, gefoltert und ermordet werden. Der türkische Geheimdienst ist allgegenwärtig, die Repression und die absolute "Narrenfreiheit", die die Schergen des Polizei- und Militärstaates Türkei hier ausüben, ist mit den Verhältnissen in der BRD nicht gleichzusetzen. Nicht nur die zahllosen riesigen Denkmale des Massenmörders und Gründers der Türkei **KEMAL ATATÜRK** deuten darauf hin, daß es sich hier um ein offen faschistisches Land handelt. Mehrmals erzählten uns KurdInnen, daß es in der Türkei undenkbar wäre, daß ein Innenminister und ein Generalbundeswalt wegen der Ermordung eines "Terroristen" zurücktreten würde. Solche Hinrichtungen durch Beamte, wie die von Wolfgang Grams in Bad Kleinen sind hier Alltag.

Von der Aggressivität der türkischen "HERRENmenschen" in Uniform oder Zivil konnten wir uns einen Eindruck machen.

Wir hatten u.a. in Diyarbakir mehrmals den **Menschenrechtsverein IHD** und die Zeitung Özgür Gündem besucht, natürlich ständig observiert von "unauffälligen" Kitteln,die immerzu irgendwelche wichtigen Erkenntnisse in ihr in Papier eingewickeltes Funkgerät sprachen. Als wir das Gündem-Büro verliessen, warteten draußen bereits an die 20 von diesen offenbar ferngesteuerten **"Fliegen"**.(So haben wir die genannt, weil sie uns ständig wie Fliegen im Nacken hingen). Sie empfingen uns "freundlich". Als eine unserer Dolmetscherinnen der Oberfliege, die sich sofort auf uns zubewegte, erklären wollte, daß wir eine offizielle Delegation der Hochschul-ASten in der BRD sind und "mit dem Ziel die Lebenssituation der türkischen ArbeiterInnen in ihrer Heimat kennenzulernen, Kontakte zu knüpfen, zur Völkerverständigung beizutragen" und soweiter, fuhr er sie wutschnaubend an: ***"Halts Maul, du Schlampe, sonst haue ich Dir einen in die Fresse! Wir wissen, warum ihr hier seid!"***

Danach begleiteten uns die "freundlichen" Herren mit in unser Hotel. Dort mußten wir uns dann mit der Oberfliege unterhalten, die uns mitteilte, daß wir alle "Separatisten" (=Terroristen) seien und wenn SIE wollten, könnten sie mit uns machen was sie wollen. ***"Einen von Euch haben wir ja schon hier."*** Gemeint war der Journalist des autonomen Freiburger Senders Radio Dreyeckland,

Stephan Waldberg, der am 22. Januar 1993 vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt wurde. Ihm wird vorgeworfen, Kurierdienste für die **Kurdische ArbeiterInnenpartei PKK** geleistet zu haben. Stephans Recherchematerial wurde in diesem Prozeß zum Propagandamaterial, er selbst zum Kurier aufgebaut. Das Privileg Besitzer des deutschen Passes zu sein, konnte nicht verhindern, daß auch er gefoltert wurde. U.a. wurde eine Scheinexekution mit ihm durchgeführt.

Wie ja bereits angedeutet,sind die bei den Angriffen gegen KurdInnen eingesetzten Waffen Teil der **bundesdeutschen Militärhilfe, die seit dem Militärputsch 1980 einen Umfang von 3,95 Mrd. DM hat (ohne NVA-Bestände)**. Als strategisch wichtiges Nato-Land erhält die Türkei außerdem Polizei-, Ausbildungs- und Wirtschaftshilfe. Aufgrund dieser "guten" Beziehungen zwischen der BRD und der Türkei, ist das Engagement des Auswärtigen Amtes der BRD für die Freilassung von Stephan Waldberg gering. Denn diese Beziehungen können durch JournalistInnen und andere Menschen belastet werden, die über die Waffenlieferungen und deren Folgen recherchieren und wahrheitsgetreu berichten. In diesem Zusammenhang ist wohl auch der Brief des Auswärtigen Amtes an unsere AStA-Delegation zu verstehen. Der AStA Kassel hatte das Amt um einen Begleitbrief für uns gebeten. Als Antwort bekamen wir einen Brief, in dem uns "dringendst" abgeraten wird, die Gebiete(Diyarbakir, Urfa,...) zu bereisen. Auch die Bundesregierung will keine ZeugInnen haben. **Niemand soll berichten können, was wirklich in Kurdistan passiert. Niemand soll berichten, daß mit deutschen Waffen täglich 20 bis 50 KurdInnen ermordet werden. Niemand soll der deutschen Öffentlichkeit die bittere Wahrheit ins Gesicht sagen, die Wahrheit, daß die BRD bereits De-facto-Kriegspartei ist im Kolonialkrieg gegen das kurdische Volk.**

"Hören Sie auf, zu sagen, es seien deutsche Waffen, mit denen die Kurden umgebracht würden. Das ist nicht wahr!" **(Helmut Schäfer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, während der Kurdistan-Debatte im Deutschen Bundestag am 24.9.93)**

Doch zurück zum Reisebericht:

Das Gespräch mit der aggressiven Oberfliege war sehr aufschlußreich. So erfuhren wir, daß wir Diyarbakir innerhalb von 24 Stunden zu verlassen haben. Offensichtlich wollte Mann keine ausländischen ZeugInnen haben bei einem möglicherweise bevorstehenden Blutbad. Der zweite Jahrestag der Ermordung von **Vedat Aydin** stand unmittelbar bevor. Aydin war Vorsitzender der mittlerweile verbotenen kurdischen Partei **HEP** in Diyarbakir. Am 5. Juli 1991 wurde er von bewaffneten und mit Funkgeräten ausgestatteten Personen von seinem Haus abgeholt. Die Personen stellten sich selbst als Polizisten vor. Später wurde Aydins Leiche aufs Übelste zugerichtet und mit Folterspuren versehen aufgefunden.

Am' 10.Juli dann fanden sich aus der gesamten Türkei über 100000 Menschen zu einem Trauerzug zusammen. *"Mit Sprechchören wurde die tyrannische Grausamkeit verurteilt und die Unterdrückung verdammt. Nach der Beisetzung wollte' sich die Menschenmenge auflösen, wurde jedoch von den sie umzingelnden türkischen Sicherheitskräften einem Kugelhagel ausgesetzt."* In Panik stürzten die Menschen den dortigen Abhang hinunter. Es gab hunderte von Verletzten und 16 Tote. Nach diesen Morden sind zusätzlich hunderte kurdische TeilnehmerInnen festgenommen und vor Gericht gestellt worden. *"Die wirklichen Gewalttäter waren von keinen Ermittlungen betroffen."*

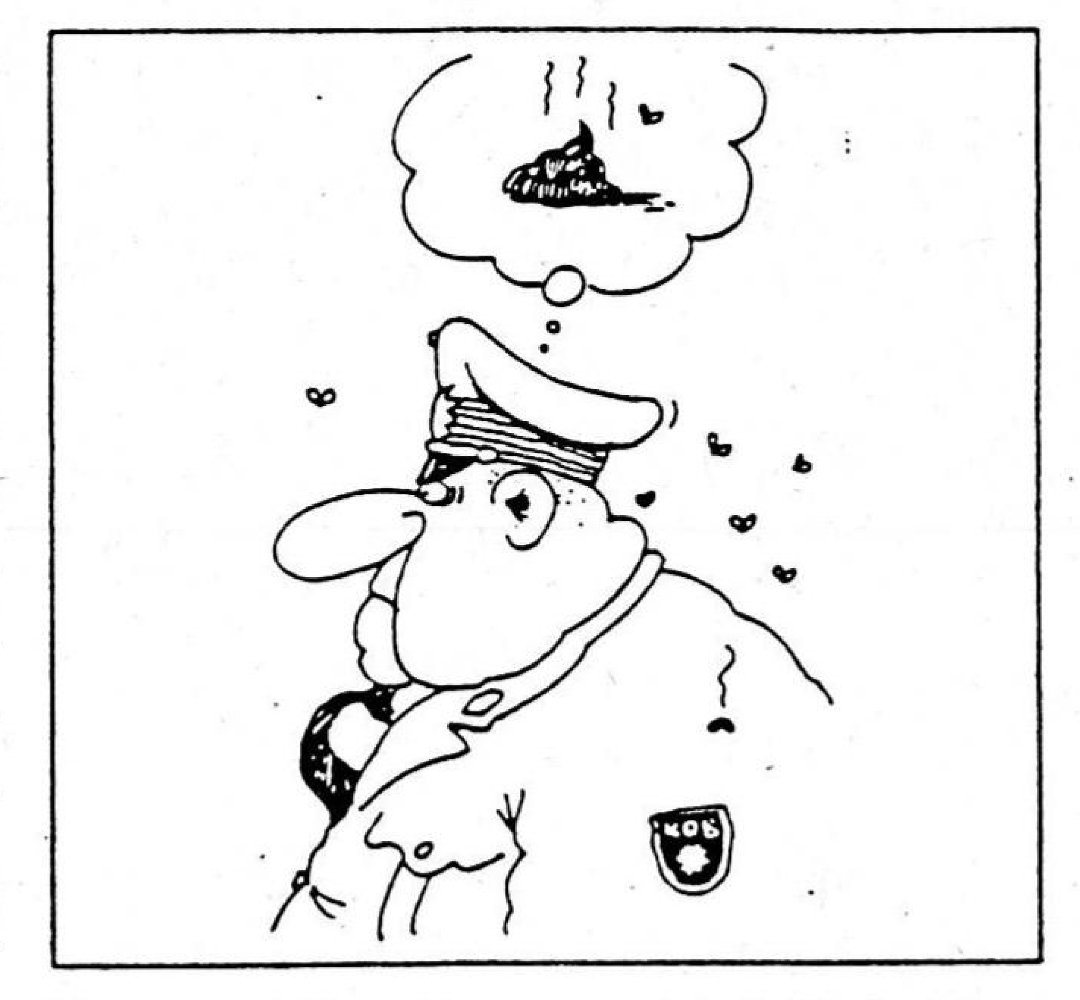
Mit der Ermordung Vedat Aydins wurde der Anfang einer Serie von *"Mord durch unbekannte Täter"* ausgelöst. Seither sind über 700 Menschen Opfer dieser staatlich deklarierten "Morde durch unbekannte Täter" geworden, darunter 50 Mitglieder der HEP.

Am 10. Juli 1993 sollte es ursprünglich eine erneute Demonstration geben, an der wir als BeobachterInnen teilnehmen wollten. Alles deutete darauf hin, daß das türkische Militär erneut ein Massaker inszenieren wollte.

Die Demonstration konnte also nicht stattfinden und aus Protest gegen den türkischen Staatsterror schlossen fast alle Geschäfte.

Aber zurück zur **Oberfliege**. Er verkündete immer wieder energisch, daß wir zu tun hätten, was er befiehlt: ***"Ich bin euer Gott!"***. Wäre ich nicht Atheist, ich hätte ihm das glatt geglaubt.

Wir waren ziemlich eingeschüchtert und verliessen kurz vor Ablauf des uns von ihm gesetzten Ultimatums am 9. Juli 93 Diyarbakir.



Unsere Einschätzung, daß bei einem Ignorieren des Polizeibefehls unseren DolmetscherInnen Folter drohen würde, erwies sich im Nachhinein als richtig: Unsere Dolmetscherin **Nilüfer Koc** wurde wenige Wochen später , als sie als Dometscherin mit einer Delegation des Arbeitskreis Asyl Oldenburg in Kurdistan unterwegs war, verhaftet und tagelang gefoltert. **Die Folterknechte, die nach eigenen Angaben z.T. von der deutschen GSG 9 ausgebildet worden sind**, wollten Informationen über die KurdInnen in Bremen aus Nilüfer herauspressen. Erst der öffentliche Druck, der von ASten, Grünen, amnesty international, dem Bremer Bürgermeister u.v.a., für die Freilassung der 24jährigen Bremer AStA-Referentin auf die Türkei ausgeübt wurde, konnte ihre Freilassung erwirken.

Wir fuhren nicht direkt, wie von **"Gott"** befohlen, nach Adana, sondern erstmal Richtung Urfa, mit Zwischenstationen. In der nächsten Stadt mußten sich unsere DolmetscherInnen wieder mit Zivilpolizysten unterhalten. Diese hatten aber offenbar noch nicht von ihren Kollegen erfahren, was wir für böse "Separatistenschweine" sind. Kein Wunder, die Diyarbakir-Polizei dachte ja, wir fahren Richtung Adana und irgendwann hörte der unauffällige Ziviwagen auf, uns zu verfolgen.

Die neuen Fliegen fragten sich und unsere DolmetscherInnen, was wir hier wollten:***"Die Leute hier sind faul und dreckig. Die hassen den türkischen Staat. Die setzen Kinder in die Welt, damit sie sie später zu den Terroristen in die Berge schicken können."***

Am nächsten Tag mußten wir eine Besichtigungstour mit zwei von der Polizei gestellten Männern machen. Als letztes führten sie uns zu einer Quelle, die unterhalb einer Müllkippe liegt. Da die Temperatur etwa 45°Celsius im Schatten betrug und wir ausgedurstet waren, tranken wir natürlich alle von der vermeintlich sauberen Quelle. Abgesehen von einem unserer Dolmetscher und einer Dolmetscherin, bekamen im Laufe der nächsten Tage alle Delegationsteil-

nehmer den (in meinem Fall vier Wochen andauernden) Durchfall, zwei AStA-Vertreter und eine Dolmetscherin mußten frühzeitig zurückgeflogen werden, da sie schwer erkrankten.
Am 10.Juli kamen wir in Urfa an. Dort besuchten wir u.a. das Büro der neugegründeten Demokratischen Partei **DEP.** Die DEP ist praktisch eine Neugründung der verbotenen HEP auf breiterer Basis. Neben vielen KurdInnen ist sie auch eine Partei für linke und demokratische TürkInnen. Wären jetzt Kommunalwahlen in den kurdischen Gebieten, würde die DEP im Schnitt 60% der Stimmen in den kurdischen Gebieten stellen und somit überall die BürgermeisterInnen stellen.
Wir diskutierten mehrere Stunden mit den DEP-Leuten und tauschten unsere Einschätzungen über die Lage in Kurdistan und auch in der BRD aus.
Ein alter Mann erzählte, daß gestern sein Dorf von türkischem Militär zerstört worden war und eine Tochter von ihm dabei ermordet worden ist.
Am 9. Juli abends um 22.30 Uhr wurde das Büro der kurdischen Zeitung **"AZADI"(Freiheit)** verbrannt. Das Büro befindet sich im gleichen Haus, wie das DEP-Büro. Zwei von unserer Gruppe konnten den Tatort besichtigen und Fotos machen. Die Fotos dokumentieren, daß Bücher und Zeitungen aus den Regalen geholt, auf den Schreibtisch gelegt und dort vermutlich mit Benzin übergossen und in Brand gesetzt worden sind. Die offizielle Version der Polizei ist, daß es in dem Büro wohl einen Kabelbrand gab, aber natürlich keinen Anschlag.
Für mich ist es vorstellbar, daß die "unbekannten Täter" in den Reihen des türkischen Geheimdienstes zu finden sind. Der Chefredakteur der "Azadi" ist übrigens einer von mehr als 20 inhaftierten Journalisten in der Türkei.
Bewundernswert und beeindruckend war für mich immer wieder zu sehen, wie stark der Wille der KurdInnen ist, trotz des Staatsterrors aufrecht zu gehen, wie groß der Widerstand gegen die faschistische Besatzungsmacht ist.

"Diejenigen, die Menschen lebendig verbrennen lassen, die Journalisten umbringen und Dörfer zerstören, können uns nicht einschüchtern und vom Weg abbringen."
Aus der Presseerklärung des DEP-Vorsitzenden von Urfa am 10.7.93

Die Türkei ist für JournalistInnen das gefährlichste Land der Welt. Allein 1992 wurden 14 JournalistInnen ermordet. Am stärksten geht die Repression gegen die einzige Tageszeitung in der Türkei, die sich traut autenthisch über den Krieg in Türkisch-Kurdistan zu berichten: **ÖZGÜR GÜNDEM (Unabhängige Tagesordnung)**
Wir haben in Diyarbakir, Urfa, Adana und am Ende unserer Reise in Istanbul Büros und Redaktionen von Gündem aufgesucht und insgesamt mehrere Stunden mit den sicherlich zu den mutigsten JournalistInnen der Welt zu zählenden Männern und Frauen gesprochen.
Seit nichteinmal zwei Jahren gibt es diese Zeitung und doch haben die "Antiterror"- Spezialisten der Polizei, der türkische Geheimdienst, die Counter-Guerilla, die Sondereinheiten der Armee bereits mindestens zehn Mitarbeiter ermordet. Eine Gündem-Journalistin ist seit August 93 spurlos verschwunden.
Nahezu täglich wird die Zeitung verboten und viele Exemplare beschlagnahmt. Kinder und Jugendliche, die die Zeitung im Handverkauf verbreiten, werden verprügelt, Kioskbetreiber werden bedroht oder ihr Kiosk wird verbrannt. Fünf Zeitungsverkäufer, darunter auch Kinder, wurden ermordet.
Bewundernswert ist, daß die JournalistInnen trotz allem weitermachen. 40000 Exemplare werden täglich gekauft, von Menschen für die diese Zeitung so wichtig ist, wie das tägliche Wasser und Brot. Sie ist die Stimme des kurdischen Volkes und der Linken in der Türkei, die einzige Tageszeitung,



"Chef! Ich gehe raus, um Nachrichten zu sammeln. Leben sie wohl! Es gibt Wege ohne Rückkehr. Es gibt Rückkehr ohne Wiedersehen. Ihr Reporter"



die unterdrückte Nachrichten druckt und nicht Marionette des türkischen Polizei- und Militärapparates ist.
In den Hotels, in denen wir schliefen, konnten wir manchmal auch an anderen Merkmalen als Funkgerät und Pistole erkennen, ob es sich bei Leuten, die um uns herumschwirrten, um Fliegen handelte oder nicht. Die Fliegen lasen fast immer die türkische Bildzeitung Hürriyet. Andere Leute lasen auf den ersten Blick auch die Hürriyet. Wenn du aber genau hingucktest, konntest du erkennen, daß sich zwischen den Seiten der Hürriyet die Gündem befand.
Am Wochenende sinkt die Auflage der Gündem. Das hängt damit zusammen, daß viele LeserInnen die Zeitung an Werktagen auf dem Weg zur Arbeit kaufen, geschützt von der Anonymität der Großstadt. Der Kauf im eigenen Wohnviertel birgt die Gefahr als "Terrorist" oder "Terroristin" entlarvt zu werden.
Es gibt aber auch viele Leute, die aus Solidarität mit der kriminalisierten Zeitung gleich mehrere Exemplare kaufen und weiterverteilen. Viele der etwa 18 Millionen KurdInnen in der Türkei können nicht lesen und so lesen die, die lesen können, den anderen aus der Gündem vor.
Ein Gündem-Leser hat uns sehr beeindruckt. **Ein alter Bauer, der das Rauchen aufgegeben hat, *"weil ich die Revolution noch miterleben will"*.** Er ist nach eigenen Angaben etwa vierundsechszig, nach Angaben seines Sohnes etwa siebzig Jahre alt. Sein Dorf, das wir besucht haben, liegt an der syrischen Grenze. Viele BewohnerInnen mußten es verlassen, weil ihnen verboten wurde, Wasser zur Bewirtschaftung der Felder zu nutzen.
Der alte Mann wurde mindestens zehnmal verhaftet und gefoltert. Wenn seine Angehörigen ihn im Gefängnis besuchen wollten, wurde ihnen immer gesagt, es sei nix bekannt und sie hätten

ihn doch gar nicht mitgenommen. **Als die Folterknechte ihn fragten** ***"Na, wir können dich doch jetzt eigentlich auch umbringen, das würde uns große Freude bereiten. Was sagst du dazu?"*** **- war seine Antwort:** ***"Ja, bringt mich ruhig um. Dann werden alle meine Verwandten, meine Familie, meine Bekannten und mein Dorf euch hassen und die Guerilla unterstützen. Bringt mich ruhig um."***

Nun ist der alte Mann *"zu alt"*. Jetzt nehmen sie immer seinen Sohn mit. Sein Sohn erzählte auch, daß einmal Guerilleras ins Dorf kamen und mit den Bewohnern und Bewohnerinnen diskutierten. Diese bewaffneten Kämpferinnen haben natürlich einen bleibenden Eindruck bei den BewohnerInnen hinterlassen und das patriarchalische Rollenbild in gewisser Weise erschüttert. Trotzdem sind natürlich patriarchalische Strukturen in der immer noch z.T. feudalistischen Gesellschaft nicht zu übersehen.

Aber auch eine dezentrale Organisationsform und naturnahe Bewirtschaftung der Felder haben hier Tradition.

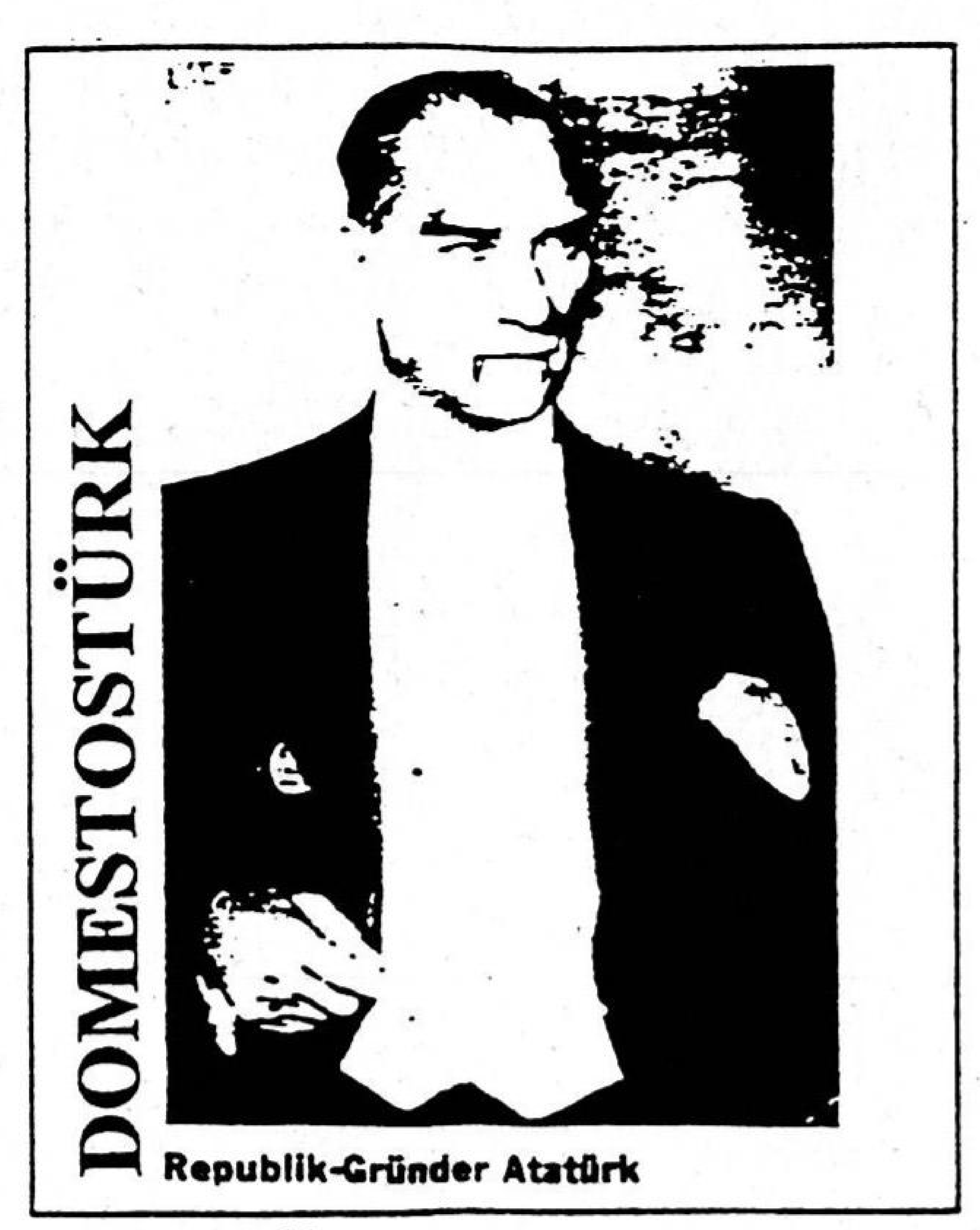
Mit glänzenden Augen erzählte der Dorfälteste auch Geschichten über **"Apo" (=Onkel) Abdullah Öcalan**, den Vorsitzenden der kurdischen ArbeiterInnenpartei **PKK**, der hier vor Jahren mit nichts als ein paar türkischen Lira und dem Willen, den Widerstand aus dem syrisch besetzten Teil Kurdistans fortzusetzen, über die Grenze nach Syrien ging.

Dort leben eine Millionen von insgesamt 25 Millionen KurdInnen (verteilt auf die vom Iran, Irak, Syrien und von der türkischen Republik (TR) besetzten kurdischen Gebiete) als Staatenlose ohne Paß im eigenen Land.

"APO, AAPOO, DEINE WELT SIND DIE BERGE..."(frei nach Heidi)

Allein aus dem Dorf des alten Mannes sind 14 junge Männer in die Berge gegangen, zur Guerilla, anstatt den Militärdienst bei der verhassten türkischen Armee abzuleisten.

Den etwa 15000 kurdischen FreiheitskämpferInnen stehen 200000 schwerbewaffnete Soldaten der Besatzungsmacht in Nordwest-Kurdistan gegenüber, die auch nicht davor zurückschrecken **Napalm und Giftgas gegen die kurdische Bevölkerung** einzusetzen oder Massaker mit hunderten von Toten anzurichten, wie zuletzt im **Oktober 93 in Lice**. Dort wurden **allein an einem Tag 380 KurdInnen von den**



Republik-Gründer Atatürk

Militärs ermordet. Große Teile der Stadt wurden in Brand gesetzt, abgesehen natürlich von offiziellen Gebäuden, wie eine Delegation aus Grünen und Menschenrechtsgruppen berichtete.. ***"Alle Verletzungen deuten auf einen Giftgaseinsatz hin. Dies hat auch ein belgischer Militärarzt bestätigt"*****. So lautet das Fazit von zwei Delegationmitgliedern, die am 28.10.93 Opfer des Massakers in Lice im Krankenhaus von Diyarbakir besuchten.** Mehr als die Hälfte der 20000 EinwohnerInnen zählenden Bevölkerung flüchtete aus Lice, nachdem über die "PKK-freundliche" Stadt die Ausgangssperre verhängt wurde und die Soldaten sie mit Hilfe von Panzern und Hubschraubern bombardierten.

Insgesamt gibt es 800000 türkische Soldaten. Auf den ersten Blick also ein sehr ungleicher Kampf. Der größte Teil des kurdischen Volkes bringt der Guerilla aber Sympathie entgegen und steht hinter ihr. Das heißt jetzt nicht, daß alle KurdInnen eine marxistische Weltanschauung haben.

"SERXWEBUN!"(Unabhängigkeit!)
(Parole im kurdischen Ghetto in Adana)

Den KurdInnen droht aber ein Genozid. Zum Befreiungskampf sehen die meisten deshalb kaum eine Alternative. Entweder ein autonomes kurdisches Gebiet ohne türkisches Militär, Justiz und Polizei, oder die völlige Zerstörung der kurdischen Kultur, der KurdInnen und ihrer Identität durch einen ultra-nationalistischen türkischen Apparat.

Nicht einmal ihre Sprache dürfen sie offiziell gebrauchen, nicht vor Gericht, nicht auf Ämtern, nicht in den Medien, und auch nicht in den Bildungseinrichtungen.

Der Staatsgründer der Türkei, Kemal Atatürk, wird heute noch immer von den türkischen Nationalisten vergöttert. Überall, in den Universitäten, die wir besucht haben, an allen offiziellen Gebäuden prangen übergroße Zitate und Büsten von ihm, auf denen er deutliche Ähnlichkeiten mit einem bekannten Grafen aus Transsylvanien hat. Am **GAP-Stausee,** den wir besichtigten, ist zum Beispiel zu lesen: **"Stolz ist, wer sich Türke nennen darf"(Kemal Atatürk)**

Sowohl die zum Teil realsatirisch wirkenden Zitate, als auch das größenwahnsinnige und nicht nur aus ökologischer Sicht katastrophale GAP-Projekt sprechen für sich.

Atatürk hat nicht nur das grausame Massenmorden an über 1,5 Millionen Armeniern mitzuverantworten. (Der Völkermord an den Armeniern wird übrigens von der Türkei noch immer geleugnet.) Auf seiner rassistisch-chauvinistischen Ideologie, den Kemalismus, beruht auch die Staatspolitik mit dem Ziel die kurdische Identität auszulöschen. 1925 ließ Atatürk den ersten von vielen Aufständen der kurdischen Stämme brutal niederschlagen. Seitdem wird den KurdInnen jegliche Art von Autonomie verweigert. Seitdem gibt es in der Türkei offiziell keine KurdInnen mehr. Sie erklärte Atatürk kurzerhand zu "Bergtürken".

Angesichts dieser traditionell antikurdischen Politik, ist es nicht verwunderlich, daß allen ideologischen Widersprüchen zum Trotz breite kurdische Bevölkerungsschichten den Kampf der Guerilla unterstützen.

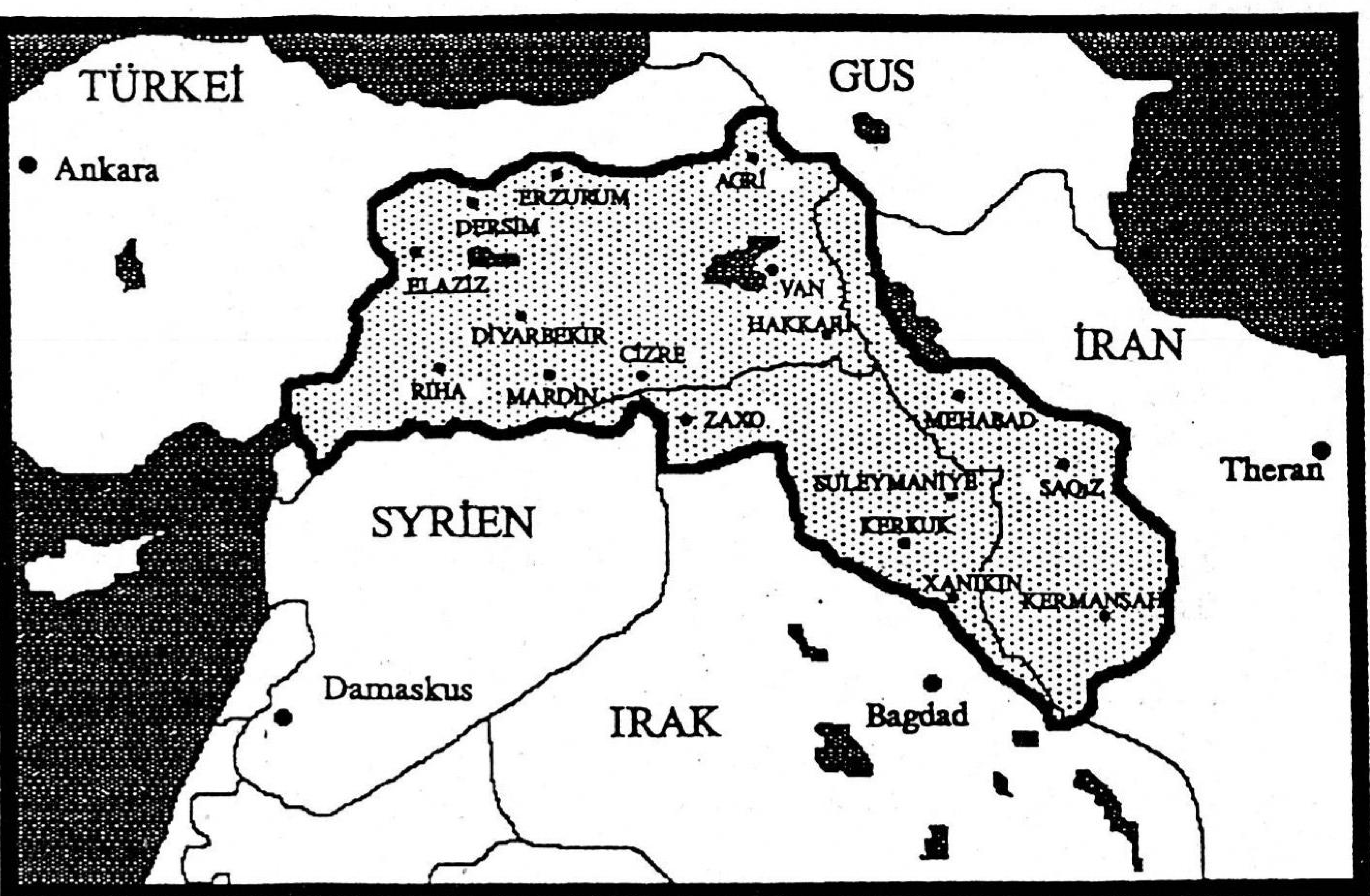
Aber zurück zu meinem Reisebericht: Bisher bin ich nicht auf **die Situation der StudentInnen in der Türkei und Kurdistan** eingegangen. In Diyarbakir trafen wir uns konspirativ mit einigen Studis. Für sie war dieses Treffen nicht risikolos. Die AStA-Delegation, die 1992 die kurdischen Gebiete bereiste, hatte sich ja auch mit zahlreichen KommilitonInnen getroffen. Alle StudentInnen, die mit der Delegation in Kontakt kamen, wurden später verhaftet und zum Teil unter Folter verhört.

Ein Mann, bei dem die Delegierten übernachteten, wurde später ermordet.

Trotz dieses Risikos, nahmen die StudentInnen der Dicle-Universität Diyarbakir Kontakt zu uns auf, um ihre Situation zu erläutern und mit der Hoffnung, daß wir die dort erhaltenen Informationen einer größeren Anzahl Menschen in der Bundesrepublik nahebringen können.

Natürlich ist auch die Universität im Polizeistaat von Spitzeln durchsetzt. Auch minimale studentische Mitspra-

cherechte, wie AStA oder Studierendenparlament sind hier noch Utopie. Alles beruht auf der autoritären "Leere" des Kemalismus.Da ist es schon selbstverständlich, daß kurdische StudentInnen deutlich diskriminiert werden. **StudentInnen erzählten uns, daß ihnen "wissenschaftliche Erkenntnisse" nahegebracht werden, die davon ausgehen, daß alle Menschen von den Türken und alle Sprachen ursprünglich vom Türkischen abstammen.** Der Dekan der medizinischen Fakultät der Dicle-Universität erzählte uns, daß **seine Uni in Zusammenarbeit mit der Uni Gießen erforscht, ob die Gene dafür verantwortlich sind, daß Türken in der BRD häufiger an Lungenkrebs erkranken, als deutsche Männer. Diese These halte ich für so naheliegend, wie die Vermutung, daß die Erde eine Scheibe ist.**
(Ich vermute, daß Türken mehr rauchen und prozentual häufiger an Hochöfen/krebserregenden Arbeitsplätzen anzutreffen sind, als deutsche Männer).
Islamische Religiösität und völkischer Türkismus bestimmen den Lehrplan.
In Adana ist es weniger krass, als in Diyarbakir, wo der Ausnahmezustand permanent ist. Das Gespräch mit Studis in Adana war dementsprechend lockerer. Hier leben die Studierenden möglichst mit vielen zusammen in Wohnheimen. So kann es nicht passieren, daß ein Mensch plötzlich unbemerkt von den Staatsbütteln verschleppt wird.
Adana ist eine türkische Millionenstadt, allerdings mit hunderttausenden kurdischer Flüchtlinge, die größtenteils in Slums am Rande der Stadt leben müssen.
Das Slum ist sozusagen "befreites Gebiet", hier trauen sich die Fliegen nicht rein. Abgesehen von "Rambos", die mit Panzern die Hauptstraße überqueren.
Im Slum stürzten sich etwa 100 Kinder auf die Delegationsmitglieder. Die kids zeigten das Victory-Zeichen und riefen begeistert "BIJI KURDISTAN!"(Es lebe Kurdistan!), "BIJI APO!", "BIJI PKK!",... und genau diese Parolen standen auch an den Wänden.
Schliesslich flogen wir nach Istanbul. Hier gab es wieder zahlreiche interessante Gespräche, u.a. mit dem DEP-Vorsitzenden und Herausgeber der Özgür Gündem **Yasar Kaya.**
(Kaya ist inzwischen seit Mitte September in Haft. Er hatte im irakischen Süden Kurdistans eine Rede gehalten und wurde anschliessend wegen "separatistischer Bestrebungen" von türkischen Beamten verhaftet und zu zwei Jahren Haft verurteilt).



Interessant war auch der Besuch des Mezepotanischen Kulturzentrums, wo kurdische Theater- und Musikveranstaltungen stattfinden, wo ein kurdisches Wörterbuch und kurdische Schulbücher hergestellt und Bücher und Zeitungen archiviert werden. Hierzu ist noch einmal zu sagen, daß es noch immer keine kurdischen Schulen gibt. Die Sprache ist praktisch noch immer illegal.
Zu meiner großen Freude fielen mir hier auch türkisch-kurdische Anarchozeitungen, die ich schon auf den Libertären Tagen im April 93 in Frankfurt gesehen habe, direkt ins Auge.
Trotz der Kritik, die ich als Anarchist an der hierarchischen Struktur der PKK, am Abdullah Öcalan- Personenkult u.a. habe, ist mir bewußt, daß es gilt, den kurdischen Befreiungskampf soweit wie möglich solidarisch zu unterstützen. Daß heißt für mich aber nicht, daß ich üble Aktionen von PKK- oder PKKnahen Leuten gutheißen kann.
Der für einen Türken tödlich endende Brandanschlag im November 93 auf ein türkisches Teehaus in Wiesbaden durch der PKK offenbar nahestehende Leute ist mehr als nur ein "Eigentor". Mit einer solchen Aktion kann mensch nicht angemessen auf das Massaker in Lice reagieren. Solche Terrorakte lösen bei (potentiellen) türkischen und deutschen UnterstützerInnen bestenfalls Mißtrauen und schlimmstenfalls Entsolidarisierung aus. Dem deutschen Staat wird so der Vorwand für ein von den reaktionären Kräften in der Türkei und Deutschland schon lange gefordertes PKK-Verbot geliefert. Trotzdem:
DIE WAHREN TERRORISTEN SITZEN IN ANKARA UND BONN!
Wie sich die Machthabenden in der Türkei die Lösung des "Kurdenproblems" vorstellen, machte der Generalstabschef der türkischen Armee Dogan Güres in einem Interview mit der staatstragenden Hürriyet am 28.10.93 noch einmal deutlich:
"In Kürze werden wichtige Entwicklungen stattfinden. Wir werden sie alle totschlagen! Alle führenden Kader der PKK werden liquidiert!"
Und gegen wen richtet sich diese Liquidationspoltik? Gegen das kurdische Volk:
Allein 1992 wurden 20000 Menschen festgenommen
- 680 Zivilpersonen auf offener Straße erschossen
- 320 Dörfer zerstört und entvölkert
- 5 Städte tagelang bomardiert
Wer sich, wie Silberlocke Weizsäcker, hinstellt und so tut, als sei er der Bewahrer der Menschenrechte, aber gleichzeitig die für das Morden an den KurdInnen maßgeblich mitverantwortliche türkische Ministerpräsidentin Tansu Ciller, wie zuletzt im September 93, mit blumigen Worten empfängt, ist ein Berufsheuchler.
Stoppt die deutsche Militärhilfe!
Boykottiert den Tourismus in die Türkei!
Sofortige Freilassung von Stephan Waldberg und allen politischen Gefangenen!
Türkische Armee raus aus Kurdistan!
Hoch die internationale Solidarität!
Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
Es lebe die Freiheit!
BIJI AZADI! BIJI KURDISTAN!
D.Urruti, November 93

Die DelegationsteilnehmerInnen wollen eine etwa 60seitige Broschüre zum Thema Kurdistan erstellen, die voraussichtlich ab Dezember 93 u.a. bei Infogruppe Bankrott (Stichwort Kurdistandelegation), c/o Fachschaft Politik, Scharnhorststr.103 , 48151 Münster erhältlich ist.

Nochmals zu DEV - SOL 15.11.1993
Zur Stellungnahme von j. in der letzten INTERIM

Lieber j.,

Deine Stellungnahme zu unserem offenen Brief ist ungefähr genauso politisch, wie die Auseinandersetzung in DEV-SOL.

1.) Die Auseinandersetzung zwischen den DEV-SOLern ist unpolitisch

Kannst auch Du **keine inhaltlichen Punkte** der Auseinandersetzung zwischen den beiden DEV-SOL-Flügeln benennen. Dieses ist auch unmöglich, weil es sie nämlich nicht gibt.
In der Auseinandersetzung geht es nur darum

a) wer nicht **mutig** genug kämpft, weil er seine Zentrale im Ausland halten will (Vorwurf von Yagan-Anhängern an Karatas),
b)wer sich noch DEV-SOL **nennen** darf (beide gegen beide)
c)wer ein **Putschist** ist, weil er die Führung abgesetzt hat (Karatas gegen Yagan).

In der Frage der Art des Kampfes, auch des bewaffneten Kampfes, der Gewinnung der Werktätigen, des generellen Aufbaus der Organisation gibt es (auch in Detailfragen) keine Unterschiede.

Ebenfalls sind beide Seiten der Ansicht, daß man sich mit Kritikern nicht anhand von Argumenten, sondern mittels Gewalt auseinandersetzen muß.

Die Auseinandersetzung zwischen den DEV-SOL-Gruppen ist ein Kampf um Macht in der Organisation, Geld und den Organisationsapparat.

Somit ist die Auseinandersetzung zwar unpolitisch, was jedoch nicht heißt, daß sie politisch nicht schädlich ist!

2.) Gewalt gegen Verräter = gerechte Gewalt?

Daß die Organisationen, wie Du schreibst, die keine Gewalt gegen vermeintliche oder wirkliche Verräter ausüben, an einer Hand abzuzählen sind, wissen wir auch und finden es trotzdem nicht gut.

Es kann hier nicht darum gehen, die Frage des Umgangs mit Verrätern zu diskutieren. Darum nur so viel: Kommt es Dir nicht komisch vor, daß lauter aufrechte Kämpfer für die Revolution, die vor kurzem noch zusammen durch dick und dünn gegangen sind, sich auf einmal spinnefeind werden und sich in voller Tötungsabsicht beschießen?

Da wird doch ganz klar, daß diese Leute offensichtlich wirklich nichts von revolutionärer Auseinandersetzung verstanden haben und diese mit Räuberspielen verwechseln.

Außerdem: mit der ganzen Verräterdiskussion wird doch nur von den unterschiedlichen Meinungen abgelenkt. Es ist für manche Leute viel bequemer, einen gegnerischen Standpunkt als Standpunkt des Klassenfeindes und damit als nicht diskussionswürdig abzutun, als seine eigene (vielleicht schwache) Position einmal zu vertreten.

3.) Rassismus = Ausländern die Meinung sagen?

Der Rassismusvorwurf ist bei uns fehl am Platz. Wir haben geschrieben, daß diejenigen, die sich aus positivim Rassismus nicht äußern, Rassisten sind. Uns ist egal, woher ein Argument kommt. Wenn wir eine Handlungsweise oder ein Argument aber falsch finden, sagen wir das aber auch so und denken nicht daran, irgendwelchen Opportunisten nur deshalb für ihren Quatsch einen Bonus zu geben, weil sie aus dem Ausland kommen.

4.) Mafia und Faschisten?

Wir haben nicht revolutionäre Organisationen mit dem Etikett Mafia und Faschisten versehen, sondern festgestellt, daß die Methoden von DEV-SOL an die der Mafia und der Faschisten erinnern und haben dieses belegt.
Andere Linke aufzuklatschen gehört seit Jahr und Tag zur Politik von DEV - SOL, ebenso wie Erpressungs- und Einschüchterunsversuche gegen Abweichler.

5.)Gewalt, die die Politik kommandiert oder andersrum?

Der Vorwurf an uns, die Kritik an der Gewalt zu entwickeln und nicht an der Politik, die die Gewalt kommandiert, berührt uns nicht weiter.
Erstens haben wir nicht vor, in selbstmörderischen Akten eventuell später noch als Abweichler, Unterstützer der einen oder anderen Gruppe wer weiß wo zu enden.
Zweitens (siehe auch unter Punkt 1.)!): Sag Du doch mal, wo es eine inhaltliche Auseinandersetzung gibt zwischen den beiden Fraktionen! Lies doch mal deren Veröffentlichungen! Dort ist (fast schon christlich!) in Selbstkritiken von jeweiligen Überläufern nur die Rede von "Vergebung", "Reue" etc., aber kein Fünkchen von inhaltlicher Kritik!

6.) Staatsschutz und nützliche Idioten

a) Uns geht es nicht um Ausgrenzung linker Politik, sondern von Methoden, die eben damit nichts mehr zu tun haben. Es wird mit Sicherheit noch Tote und Verwundete geben, da beide Flügel von DEV-SOL zu Racheakten aufrufen. Solange die Auseinandersetzung im linken Lager mit Gewalt, Mord und Totschlag geführt wird, bleiben wir bei unserem Aufruf, die Leute, die diese Gewalt ausüben, auszugrenzen.

b) Und dieses eben nicht aus Pazifismus, sondern weil die ganze DEV-SOL-Szene nicht erst seit spätestens Anfang der Spaltung von deutschen und türkischen **Staatsschützern** aufmerksamst verfolgt wird. Wer die Auseinandersetzung auch nur (wie wir) als Außenstehende verfolgt hat, weiß, daß bei sämtlichen Auseinandersetzungen (auch beim Tod von Ercan) der Staatsschutz in unmittelbarer Nähe war. (Und wo wir oben schon mal bei Verrätern waren: woher glaubt denn die ganze Szene **und** die Polizei, den Todesschützen zu kennen - siehe hierzu die vorletzte "Telegraf"-, wenn nicht durch Aussagen von DEV-SOLern?).

Der Staatsschutz hat ein Interesse an **nützlichen Idioten**, die ihren ganzen Organisationsapparat, ihre gesamten Handlungen offen vor ihm ausbreiten.

Und wer sich **dieser** Auseinandersetzung mit Entschuldigungen wie der, daß "Metropolenlinke" sich nicht einmischen dürfen nicht stellt, verkennt die Ebene der Konfrontation in dieser Auseinandersetzung und macht sich somit ungewollt zu genau so einem nützlichen Idioten.

Einige Internationalistinnen und Internationalisten

OFFENER BRIEF AN DIE RAF

Hallo Ihr !

(A) Dieses Papier ist ein Versuch, den von euch seit 1989 mehrmals wiederholten Vorschlag aufzugreifen, einen Prozeß gemeinsamer Diskussion und Praxis 1) zwischen uns, den linken Aktivistinnen im legalen Land und euch in der Illegalität einzuleiten. Ich möchte mich einmischen mit der Vorstellung, entlang eurer Erklärungen, bisheriger älteren und neueren Beiträgen und eigener Erfahrungen Ausgangspositionen, Kriterien und Fragen für die weitere Auseinandersetzung klarer zu umreißen.
Diese eure Vorstöße, die von euch im Lauf der letzten drei Jahre zunehmend durchschaubar gemachte Entwicklung innerhalb der Gruppe, verfolge ich mit viel Sympathie.Es scheint etwas möglich geworden zu sein, an das ich noch kaum mehr geglaubt habe: Ausgehend von der politischen Isolation, in die ihr euch im Lauf der 80-iger Jahre reinmanövriert habt, der Situation in der Illegalität, die Zielfahndungstrupps auf den Fersen und weitgehend abgeschnitten von konkreter linker Diskussion, zu grundlegenden Veränderungen der Sicht der eigenen Geschichte, gesellschaftlicher Entwicklung und künftiger Orientierung von Praxis zu kommen. So ist in mir auch wieder die Hoffnung gewachsen, daß das Konzept bewaffneter Kampf zu einem mehr integralen Teil des ganzen verschiedenartigen Widerständigen in diesem Land werden könnte.
Dennoch sind eure Angebote gemeinsamer Diskussion nur recht schleppend aufgenommen worden. Auf euer langes Paier vom August 92, schreibt ihr, ist "nicht viel Resonanz" gekommen 2).

Im Folgenden gehe ich davon aus:
1. Wir leben inmitten einer Zeit epochalen Umbruchs.
Das Ende des realen Sozialismus, die nachfolgenden, anhaltenden kriegerischen Zersetzungsprozesse, die sogenannte Wiedervereinigung und die im zweiten Golfkrieg skizzierte "Neue Weltordnung" kennzeichnen den Zusammenbruch der marxistisch-leninistischen Herausforderung kapitalistischer und imperialistischer Unterdrückung.
Dieses Erleben, die Abwahl der sandinistischen Revolution, der Umschlag innergesellschaftlicher Stimmung im hochkommenden Nationalismus und Rassismus, das Auslaufen der Widerstandsbewegungen der 80-iger Jahre (Häuserkampf, Anti-NATO, Wackersdorf, Gorleben, Startbahn West), der Mangel an lebbarer Utopie, führten zu einem spürbaren Rückzug linker Aktivistinnen.
Dieser Trend "zurück ins Privatleben"scheint noch nicht abgeschlossen, muß aber auch keinen endgültigen Charakter haben. Viele Leute sind in Warteposition. Aktuell aber gilt: Nicht nur ihr, auch wir sind weniger geworden.
2. Große Teile der heute in Initiativen tätigen Frauen und Männer kommen aus einer anderen Generation. Sie kennen die Erfahrungen mit dem Staatsapparat aus den 7o-gern und die Bewegungen der frühen 8o-ger Jahre oft nur aus Büchern und Erzählungen. Für sie ist Solidarität mit der RAF keine Selbstverständlichkeit und Anknüpfungslinien sind schwerer auszumachen.
Von Seiten der Aktivistinnen unabhängiger Initiativen und autonomer Gruppen haben sich aus den Auseinandersetzungen in den 80-iger Jahren Brüche gebildet, die ihr offenbar in dieser Schärfe nicht gesehen habt (sehen wolltet ?).

AUS: SWING NOV. 1993

Sprechen wir eine klare Sprache. Solidarisch und uns fordernd. Es sollte von allen Seiten her Schluß gemacht werden mit nebulösen Formulierungen, Vermengungen und Allgemeinplätzen, wie sie zu Hauf auch in euren Erklärungen und denen der Gefangenen zu finden sind. Sondern doch: Wer denkt was und warum ?

Über diesen Text habe ich während seiner Entstehung mit Genossinnen verschiedener Generationen des Widerstands, unterschiedlicher Geschichte und politischer Orientierung diskutiert. Ich habe sie um ihrer Meinung gebeten und Veränderungen vorgenommen. Letztendlich aber gibt dieses Papier meine Auffassungen wieder. 3)

1.) Die Verantwortung vor der eigenen Geschichte

Kurz zumindest möchte ich das Geschichtsverständnis in der bisherigen Diskussion kritisieren.
Was mir aufgefallen ist:
Wie wenig von allen Beiträgen 4), mit Ausnahme von Lutz Taufer 5), bisher auf die Entwicklung in den 7o-ger Jahren kritisch und kontrovers eingegangen wurde. Obwohl doch in diesen Jahren die Grundlagen gelegt wurden für das, was in den 8o-iger Jahren war und heute ist.
Ihr schreibt: "Niemand von uns, die heute in der RAF sind, war vor 84 schon dabei. Das heißt, daß wir gerade über den Anfang der 80-iger, also z.B. die Diskussionen in der Gruppe, die zum Front-Papier geführt haben, nichts sagen können.., und für die gesamten 70-iger trifft das in noch größerem Maß zu" 6).
Tatsache ist doch aber, daß einige von euch schon in den 70-igern in antiimperialistischen Zusammenhängen aktiv waren. Dort wurde sehr wohl die politische Situation, sowie Aktionen und Verlautbarungen der Guerilla diskutiert. Auch das Front-Papier vom Mai 82 (Die Idee: Guerilla und Widerstand - Eine Front.) wurde ausführlich in der antiimperialistischen Szene besprochen.
Ich will sagen: Auch wenn ihr den konkreten Diskusiionsverlauf der Illegalen vor euch nicht gekannt habt, die politischen Vorraussetzungen und die Ergebnisse waren euch bekannt. Mit eurer Entscheidung für die RAF habt ihr euch in eine politische Initiative reingestellt, deren Erfahrungen, Geschichte und Diskussionen sich anzueignen dannschon zu fordern ist.
Es ist auch schwer vorstellbar, daß euch bis heute die damaligen Diskussionsprozesse innerhalb der illegalen Gruppen vor euch unbekannt geblieben sind. So kann ich eure Sätze zu den 70-gern und frühen 80-gern nur als Wegdelegieren von Verantwortung für später gemachte Fehler verstehen. Was nicht nur ein politischer Fehler, sondern auch unehrlich ist.

Ihr schreibt, ihr habt nach 84 versucht, das Front-Konzept in einem ersten Schritt umzusetzen.Dies in einer Situation, als ihr nach den Verhaftungen 84, die Repression im Nacken, die RAF neu aufbauen mußtet. Ihr hattet die Vorstellung,in einem Wettlauf mit der Zeit,in den Metropolen eine Kraft westeuropäischer Guerilla-Gruppen und militanten Widerstandskernen aufbauen zu können 7) , die zusammen mit den weltweiten Befreiungsbewegungen verhindern sollte, daß der Imperialismus es schafft, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Ihr

schreibt, ihr habt in mehrfacher Hinsicht unter totalem Druck gestanden. 8)

Tatsächlich wurde der Hungerstreik 85 sehr breit und mit einer großen Anzahl militanter Aktionen unterstützt.Nicht nur, daß die antiimperialistischen Gruppen ein politisch wichtiger Faktor in der konsequenten Linken waren, das Verhältnis unabhängiger, autonomer Aktivitinnen war trotz politischer Differenzen noch im Wesentlichen bestimmt von der Gemeinsamkeit des Kampfes. Die Solidarität mit den Gefangenen war für viele keine Frage. Der Gedanke des Front-Papiers "den Sprung mit beiden Beinen auf den Boden der Situation hier" zu schaffen, bekam Füße - zumindest schien es so 9).

2.) Über Subjektivität und Struktur antiimperialistischer Zusammenhänge

Der subjektive Faktior, die persönliche Entschiedenheit und Entscheidung hat im Konzept RAF eine herausragende Bedeutung. Sieg oder Tod. Diese Parole, ohne die bis heute keine einzige revolutionäre Bewegung von historischer Sprengkraft zustandegekommen ist, klingt für deutsche Verhältnisse geradezu unerhört. 10). Antiimperialistischer Kampf im Zusammenhang RAF der letzten 15- 20 Jahre hatte als subjektive Vorraussetzung die Entwicklung einer Lebenshaltung, des Willens, sich dorthin zu bringen, das Treffen einer Lebensentscheidung.

TATORT nicht betreten!

Schon lange ohne den Wind des Aufbruchs der Studentenbewegung im Rücken war die innere Struktur der in der Legalität lebenden antiimperialistischen Gruppen, genauso wie das Verhältnis zwischen Drinnen und Draußen, Illegalität und Legalität geprägt durch Rigidität, Hierarchisierung der Mittel, informelle Hierarchien und ein autoritäres Gefälle, erfahren als inneres Leiden 11) und innerem Druck, an dem viele zerbrochen sind 12). Andere, wie ich, haben irgendwann voller Widersprüche diese Zusammenhänge verlassen.
Zu all dem gehört für mich aber auch, daß ich diese Strukturen als im persönlichen äußerst genau, fürsorglich handelnd zueinander und in hohem Maße verantwortungsvoll erlebt habe.
Es war für mich eine sehr intensive, trotz allem oft auch schöne Zeit. Das, was ich später in anderen Gruppen erlebt habe, war in den Konsequenzen zwar nicht so hart und deshalb eher zu verkraften. Es war aber auch nicht einfach besser, sondern eben anders. Grund, die eigenen Strukturen zu hinterfragen, haben wirklich alle.

Ihr schreibt:
"Im Kapitalismus ist Hierarchie Teil der Gesellschaftsstruktur, in die jede/r von klein auf gezwängt wird. Wir haben diese Struktur in unseren Zusammenhängen nicht aufgelöst..Durch die starke Orientierung auf Angriff, die fast ausschließliche Orientierung gegen die Projekte und Strategien des Imperialismus, haben wir diese reproduziert. Es waren falsche Wertvorstellungen, die zwischen uns und den Genossinnen und dann wieder zwischen ihnen und Anderen in den legalen Zusammenhängen standen. Guerilla war in dieser Struktur nicht einfach eine besondere Entscheidung zu kämpfen, sondern sie war das absolute..was den höchsten Wert hatte" 13).

Eingesperrt in die Fixierung auf das feindliche System, wird es innerhalb einer solchen Revolutionskonzeption weder im Kleinen noch im Großen verschwinden.Diese Erfahrung als Lernprozeß für alle konkreter und genauer zu machen, finde ich wichtig.

Mitte der 70-ger schrieb Ulrike Meinhof:
"Wir haben allerdings gelernt, daß Illegalität auch das einzige befreite Gebiet im Klassenkrieg ist, in dem menschliche Beziehungen möglich sind.." 14)

Damit bestimmte sie Illegalität nicht nur als Kampfterrain (das in dieser Ausschließlichkeit ursprünglich auch bei der RAF nicht Konzept war), sondern auch als das Terrain, in dem Erfahrungen von Befreiung in dieser Gesellschaft nur möglich sind. Für diesen Bruch, für diese Möglichkeit eines Lebens jenseits des Jeder gegen Jeden, stand das Beispiel RAF, mobilisierte Willensanstrengung und Widerstandsenergie. Da wollten wir hin. 15)
Hunger und Elend in den drei Kontinenten ließen wir dicht an uns heran. Die Kommunikation mit den Gefangenen brachte die Tatsache der weißen Folter, genauso aber auch den unbeugsamen Widerstand aus den Knästen in unsere WG's. Das drängte zum Handeln, konfrontierte uns mit unseren Unzulänglichkeiten, Ängsten, Kleben an Liebgewonnenem, traf auf uns als in der bürgerlichen Kleinfamilie deformierte Individuen mit all den bekannten Unterordnungsreflexen und Streben nach Machtpositionen.
Die polizeilich-geheimdienstliche Einkreisung: Hausdurchsuchungen, andauernde Observation, das Gefühl von Rechtlosigkeit und Ausgeliefertsein - das konnte die alltägliche Wirklichkeit zu einer Erfahrung totaler Kontrolle werden lassen. Freie Diskussion, frische Luft, Widerspruch, war schwierig. Gefordert war Handeln, und wenn das nicht ging, zumindest das Bekenntnis.
1982 schrieb die RAF nach den Erfahrungen der breiten Unterstützung des Hungerstreiks 81 und angesichts des Aufbruchs einer neuen Hausbesetzerbewegung über Fundamentalopposition:
"Da ist nichts mehr von "Systemveränderung" und "alternativen Modellen" im Staat. Sie sind nur noch skurril. Da ist einfach Schluß - und erst hinter dem Ende des Systems wird eine Lebensperspektive vorstellbar". 16)
Die Frage ist nur: Wie lange ist ein solches Leben auszuhalten ?
Auch wir brauchen eine positive Substanz zum Leben, soziale Zusammenhänge, auf deren Hintergrund Konsequenz, Entschiedenheit und Gegenleben im Alltag nicht nur heute und morgen möglich sind. Auch sich fordernd, aber ohne diesen Krampf.
Unsere Zentren, WG's, Häuser, Volxküchen und Nachtcafes brauchen wir nicht nur zur sozialen Ausweitung, sondern auch als Boden für uns selbst.

3.) Die Air Base - Aktion und die Tötung des GI Pimental

In der Aktion gegen die Rhein-Main Air Base fallen die Fehler der 80-iger Jahre brennpunktartig zusammen. Deshalb einiges dazu.

Ihr schreibt:
"Unsere Aktionen gegen verantwortliche Militärs, Wirtschaftsführer oder Verantwortliche aus dem politischen Apparat waren für viele Menschen nachvollziehbar und moralisch legitim. Sie wurden aus der Schärfe der eigenen Lebenssituation, der eigenen Unterdrückung und Entwürdigung als legitim begriffen und daraus,

daß Millionen Menschen wissen, daß die Macht hier für Krieg und weltweites Elend verantwortlich ist. Anders war das mit der Air Base - Aktion - und dem GI, den wir erschossen haben, sowieso - aber auch mit der Aktion selbst. Beides war nicht von hier aus entwickelt, hatte seine Begründung nicht in den Verhältnissen hier und wie sie von den Menschen begriffen werden, sondern sie hatten ihre Begründung im Krieg, den der Imperislismus/die US - Armee in anderen Teilen der Welt gegen die Völker führt. Für die Weiterentwicklung des revolutionären Kampfes hier und seine Verankerung in der Gesellschaft war beides ein großer Fehler." 17)

Was war geschehen ? 18)
Am 8.8.85 um 7.15 Uhr explodierte auf dem Gelände der Rhein - Main Air Base, in direkter Nähe des Headquarters des Military-Airlift-Comand (MAC) ohne Vorwarnung eine Autobombe. Es gab zwei Tote und zahlreiche Verletzte. Schon bald bekanntesich RAF und Action Directe mit dem Kommando George Jackson zu dem Angriff, begründete ihn mit der zentralen Stellung dieses Stützpunktes und bezog sich sogar auf die Startbahnbewegung.
Fünf tage nach der Aktion an der Air Base brachten die Medien groß heraus, daß ein Durchschlag der Kommandoerklärung zusammen mit der ID-Card eines in der Nacht vor der Aktion in Wiesbaden ermordeten GI`s an eine Nachrichtenagentur geschickt worden sei. Kaum jemand mochteglauben, daß die RAF diesen Soldaten umgebracht hätte, um mit dessen Ausweis auf die Air Base zu gelangen.
Fast zwei Wochen rankten sich Gerüchte, Thesen und Spekulationen, getragen von der Überzeugung, gerade auch unter Antiimperialistinnen, daß dies nichts mit der RAF zu tun haben könne, "counter" sei.

Zur Frage der Revolutionären Moral

Dann tauchte eine Erklärung der RAF auf, in der sie sich zur "Erschiessung des Soldaten" bekannte, "weil wir seine ID-Card brauchten, um auf die Air Base zu kommen".Im Weiteren wurde der 19 - jährige GI als "Spezialist der Flugabwehr" bezeichnet und es heißt: "Für uns sind die US-Soldaten in der BRD nicht Täter und Opfer zugleich, wir haben nicht <u>diesen verklärten sozialarbeiterischen Blick</u> auf sie...Nach Vietnam, Libanon, Grenada.. muß jeder GI begreifen, daß er dafür bezahlen wird, Krieg zu führen.."
Die autonomen Rhein-Main Startbahnzusammenhänge erklärten dagegen, daß "es nichts begreifbar zu machen gibt an diesem eiskalten Mord, den wir nicht verurteilen, weil wir den Tod dieses einen GI`s beweinen, sondern weil er weder politisch noch moralisch zu verantworten ist, weil der Tod des Edward Pimental, wie es eine Gruppe formulierte "im internationalen Klassenkampf keinen Platz hat".
Wie, frage ich mich seitdem immer wieder, ward ihr ganz persönlich dazu fähig ? Ich will mich nicht davon überzeugen lassen, daß die Konfrontation mit der Schreckensherrschaft des Anspruchs enthebt, in jedem Augenblick Auskunft geben zu können über die Mittel, die wir verwenden.Es wäre tödlich für uns, die wir für etwas Zukünftiges kämpfen, wollten wir eine Haltung einnehmen, von der sich die nach uns kommen, lossagen müßten. 19)

Nach einem ersten Schock und scharfen internen Kontroversen übten später "Frankfurter Antiimperialisten", die zuvor jeden Zusammenhang zwischen der Air Base - Aktion un der Tötung des GI weit von sich gewiesen hatten, in einem Flugblatt Selbstkritik. Sie bedauerten, "<u>wie tief bei einigen unter uns der bürgerliche Humanismus noch steckt</u>, der die US-Soldaten hauptsächlich als Opfer begreift, nicht als das, was sie tatsächlich sind: Kriegsführender Teil.."Soweit ich weiss, haben sich diese "Frankfurter Antiimperialisten" seitdem niemals öffentlich mit diesem Flugblatt auseinandergesetzt, geschweige denn es kritisiert. Wir empfanden unser Ausgeliefertsein gegenüber einer unbeeinflußbaren, alle individuellen Erwägungen niederwalzenden Politik. Das Alpdruckhafte lag darin, daß ein irreal erscheinendes Gebilde Anspruch darauf erhob, die alleingültige Wirklichkeit zu vertreten. Wir hatten uns daran gewöhnt, das Deformierte, das nichts anderes als ein Abbild unserer eigenen Geringfügigkeit und Denkschwäche war, hinzunehmen. Die Parteifunktionäre waren gerüstet, in der Zusammenstellung von unvereinbaren Elementen eine Notwendigkeit zu sehn, sie erkannten die schiefen, brüchigen Konstruktionenan, als Notbehelf, um in einem Bereich, der sich dem Fassungsvermögen entziehen wollte, überhaupt einen Halt zu gewinnen. 2o)

Zur Kritik des Kriegsbegriffs der RAF

Heute schreibt ihr in eurer Selbstkritik:
Unser Beitrag, die Grenze, auf die der weltweite Befreiungskampf gestoßen war, doch noch zu durchbrechen und zu verhindern, daß der Imperialismus durchkommt, war der Versuch, in seinen Machtzentren, von wo die Kriege ausgehen, seine Strategien zu blockieren. Das war der Kern unserer Bestimmung: Die Front in Westeuropa aufbauen als Abschnitt und Funktion der internationalen Befreiungsfront. Einer eurer Grundgedanken dieser Jahre sei gewesen, das Niveau, auf dem die Auseinandersetzung zwischen revolutionären Kräften und Imperialismus hier in der Metropole stattfindet aus der Schärfe der internationalen Konfrontation abzuleiten. 21) 1986 schreibt ihr von der"politischen, ökonomischen und militärischen Strategie des imperialistischen Gesamtsystem". 22)

Mit ein paar Worten produziert ihr einen quasi personifizierten Apparat, dessen Widerspruchslinien zusammengeschoben sind und der als Einheit funktioniert. "Der schematische Begriff von "Gesamtsystem" und "Angleichung der Bedingungen" erschlägt alle notwendigen Differenzierungen und verstellt den Weg für genauere Analysen. Gleichzeitig entstehen daraus abstrakte und schematische Vorstellungen von revolutionärer Praxis in der Metropole, wonach die Entwicklung der Kämpfe, die Entwicklung von Klassenbewußtsein im jeweiligen Land weder als Ausgangspunkt noch als Ziel für die konkrete revolutionäre Praxis begriffen werden. Was dann nur noch zählt, ist ein genauso schematischer und undifferenzierter Bezug auf "Frontabschnitt" im internationalen Klassenkrieg." 23)

Heute macht ihr Anstrengungen zu einem Prozeß von Kritik und Selbstkritik. Dennoch habe ich das Gefühl, daß keine Änderung der Denkweise stattfindet, sondern ihr nur andere Schlußfolgerungen macht. Ihr schreibt, daß ihr im Rahmen der Neuorientierung eurer Politik das Konfrontationsverhältnis auf eine Ebene außerhalb des Krieges stellen wollt. 24) Das bedeutet für euch praktisch, wenn ich es richtig verstehe: Einstellung der Angriffe

auf führende Repräsentanten von Staat und Wirtschaft, soziale Basisbewegungen, Gegenmacht von unten .
Im Umkehrschluß würde das heißen: Das Sich-Bewegen im tatsächlichen Kräfteverhältnis bedeutet: Wiederaufnahme dieser Angriffe, Gegenmacht von unten zweitrangig usw.
Diesen Schluß, aus dem Begreifen des globalen Kräfteverhältnisses als Krieg (das seht ihr immer noch so, ob es sich wirklich so darstellt, und ob das überhaupt eine Bedeutung hat, wäre zu diskutieren) zur Ebene des Aktionsniveau: bewaffnet zu kommen, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Ich denke, es geht darum, sich einen Begriff von der tatsächlichen Situation zu verschaffen, und dann entsprechend der konkreten Bedingungen und Möglichkeiten zu handeln. So kann eine Druckmachine in bestimmten Situationen wichtiger sein als ein Gewehr. Die Gestapo zum Beispiel hat seinerzeit mehr nach illegalen Druckereien gesucht als nach Waffenverstecken. Nicht die Eindimensionalität, erst die Vielfalt der Methoden und die Beweglichkeit in der Strategie ohne das Ziel zu verlieren verschaffen einer Bewegung Stärke und Widerstandskraft. 25)

Die Brüche mit der Bewegung

Die autonomen Rhein -Main Startbahngruppen schrieben:
"Die Schärfe, mit der wir hier die Aktion, die damit verbundene Politik der RAF kritisieren, resultiert nicht zuletzt aus der Nähe, die wir zu entwickeln versucht haben..Air Base/Pimental kennzeichnet für uns einen Bruch, den wir so nicht wollten, sondern vollziehen müssen, und der für uns bestehen bleibt, wenn diese Aktion so stehenbleibt.."
Der Bruch, der aufgerissen war, ging tief und wirkt bis heute.
Der Inhalt des selbstkritischen Diskussionsprozesses der Gruppe nach dem August 85 sind nicht allgemein bekannt. 26)
Ob die auf autonomer Seite noch aktiven Genossinnen heute dazu bereit sind, die Gräben wieder zuzuschütten, können sie nur selbst sagen. Euch aber dürfte doch wirklich klar sein, daß ihr die Auseinandersetzungen um die Air Base - Aktion und die Erschießung des GI nicht mit ein paar dürren Sätzen klären könnt. Oder nehmt ihr nicht ernst, was Leute schreiben und denken.

(B) Die Gefangenen in der Klemme

Wie selbstverständlich schrieb ich in diesem Brief an die RAF auch einen Teil an euch. Denn ich gehe davon aus, daß die RAF nach 23 Jahren zu einem politischen Projekt des Widerstands in der Metropole gewachsen ist, zu dem nicht nur die illegale Gruppe, sondern ebenso die Gefangenen und die im legalen Land draußen lebenden Aktivistinnen und antiimperialistischen Gruppen gehören. Alle diese Sektoren haben enge politische Bezüge zueinander (durchaus auch kritischer Art), sodaß das eine nicht ohne das andere diskutiert werden kann.
Mir wurde entgegengehalten, daß ihr als Gefangene eben nicht mehr RAF wärt, einige von euch schon seit Jahren Widersprüche zur Politik der illegalen Kommandos haben.Daß, selbst wenn es diesen politischen Zusammenhang zur RAF draußen noch gibt, als Gefangene ganz eigene Forderungen, Bedürfnisse habt, und eure Kämpfe sich an der Veränderung eurer konkreten Bedingungen als Gefangene orientieren.
Diesen Widerspruch sehend, möchte ich euch dennoch ansprechen.

1989, zu Beginn des 1o. Hungerstreiks, erklärte Helmut Pohl für die Gefangenen aus der RAF:
"Das Ziel der Isolation war von Anfang an, die Gefangenen zu zerstören, um die Politik der RAF zu ersticken. Damit sind sie an uns gescheitert - aber wir er tragen es auch nicht mehr..Es gibt eine Grenze, an der der permanente Kampf der Einzelnen und die ständig weit reduzierte Lebensweise als gefangene politische Gruppe für uns nicht mehr gehen. Die ist jetzt da.."
Forderungen des Hungerstreiks waren nicht nur die Zusammenlegung, die Freilassung der Haftunfähigen, die freie politische Information und Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen: Erstmals wurde als Perspektive, die Freiheit der politischen Gefangenen zu erkampfen, anvisiert.
Obwohl dieser Hungerstreik explizit auf Mobilisierung in die politische Breite angelegt war, gelang der Durchbruch wieder nicht.

Der Brief von Helmut Pohl

Im Verlauf der Jahre 92 und 93 traten in der Frage des Umgehens mit der sogen. Kinkel - Initiative 27) zunehmend schärfere Widersprüche zwischen den Gefangenen selbst und einem Teil der Gefangenen und der Politik der RAF draußen auf.

Im August 93 macht Helmut Pohl in einer Erklärung diese Widersprüche offen.
Er schreibt, daß sich die Kampagne um die Kinkel-Initiative auf einige wenige Gefangene stützen konnte, die darauf eingestiegen sind und draußen auf die neue Politik der RAF. Diesen gegenüber stünde eine Fraktion namentlich genannter Gefangener.In seiner Erklärung spricht er von der Übernahme des langjährigen Gefangenenprojekts durch den Staat (und meint damit wohl das Scheitern ihrer mit dem Hungerstreik 89:eingeleiteten neuorientierten Gefangenenpolitik).Die bewaffnete Aktion und die Militanz werde nun auf dem Hintergrund der absehbaren gesellschaftlichen Chaotisierung und Brutalisierung in unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Konfrontationen stattfinden, egal was die Raf und die Gefangenen sagen. Er werde aus diesem Grund einen Teufel tun, den bewaffneten Kampf abzusagen.

Wenn mir auch schon vorher der schärfer werdende Ton in der Diskussion aufgefallen war, so offen wurden die derzeitigen Brüche und Gräben bisher noch nicht dokumentiert.
Die Verbitterung, die aus ihm spricht, die Schuldzuweisung und die individualistische Konsequenz am Schluß (früher ging es immer darum, was alle machen) scheint das vorläufige Ergebnis einer Entwicklung, die in den Knästen schon vor 89 begann, Stichwort: Neuorientierung, und in die die Gefangenen große Hoffnungen gesetzt hatten. Zumindest was eine Veränderung der Situation in den Knästen betrifft, war aber ab 92 die Gegenseite initiativ und am Drücker. Jahrelang vorbereitete Versöhnungsinitiativen (Kinkel) gingen einher mit harter Haltung (neue Kronzeugenprozesse) und fein dosierten Häppchen (Freilassung von Günter Sonnenberg, Haftaussetzung für Bernd Rösner).Die

Orientierung auf eine mögliche Freilassung aller Gefanenen in absehbarer Zeit entpuppte sich Illusion, die jetzt schmerzhaft zerplatzt ist.
In diesem Wechselbad von Druck und Angebot gelang es den Gefangenen nicht, ihre 89 begonnene Initiative offenzuhalten und der Isolation und zerstückelten Kommunikation zum Trotz, eine einheitliche Position zu entwickeln. Helmut Pohls Brief scheint mir so auch als Ausdruck einer Eigendynamik, die den Beteiligten gerade völlig aus dem Ruder läuft.



Das Umgehen mit der Kinkel - Initiative

Im Nachhinein ist immer gut kritisieren.
Ich denke, zunächst mal ist es ein Unterschied, ob und wie eine aktive Guerilla oder Gefangene mit so einer Initiative umgehen. Das müßte getrennt besprochen werden und die jeweiligen Interessen und Vorstellungen klar formuliert.
Zur Bestimmung des Standorts müßten die Gefangenen, die sich auf die Kinkel - Initiative einließen, dies politisch darlegen, genauso wie die, die dies nicht taten.
Von außen erscheints mir so: Hinter dem Einlassen, unter anderem der Celler Gefangenen, mag die Vorstellung gestanden haben, statt Nichtverhalten 28) die Initiative des Gegeners mit Eigeninitiative zu kontrollieren.
Ich denke aber, um sich einem so weiten Entwurf der Geheimdienste stellen zu können, wären zwei Vorraussetzungen nötig und vorher zu klären gewesen:

- Handeln aus einer Position der Stärke
- Klarheit darüber, was alle wollen.

Diese Vorraussetzungen waren nicht gegeben.Es war die Gegenseite, die aus einer starken Position heraus agierte und die Haltung der Gefangenen war nicht klar diskutiert.

So ist das Ergebnis ziemlich niederschmetternd:Ein zerstrittenes Gefangenenkollektiv und eine in der Glaubwürdigkeit angeschlagene RAF draußen.

Schlimm, das tut auch weh, einen solchen Abschnitt beenden zu müssen, ohne konkrete Perspektiven für die Zukunft.So lange ihr aber eure Situation nicht klärt und wir draußen nicht wieder zu mehr Stärke finden, werden nur schwerpunktmäßige Aktionen und Kampagnen möglich sein für diejenigen, die am Härtesten betroffen sind. Das zumindest ist von einer Linken zu verlangen - in jeder Situation !

(C) Die Diskussion weiterführen

Der Zusammenbruch des realen Sozialismus hat den Bezugsrahmen, innerhalb dessen sich die Auseinandersetzung Revolution - Konterrevolution der letzten siebzig Jahre bewegt hat, völlig verändert. Trotz vorgeblich imperialistischem Triumph bewegen sich beide Seiten auf schwankendem Boden, unerforschtem Terrain. Entblättert auf unsere Grundwerte gilt es, die veränderte Wirklichkeit zu begreifen und unter einem Berg von Schrott Kontinuität zu entdecken.
Im Folgenden möchte ich kurz auf einige Aspekte gegenwärtiger linker Diskussion eingehen (Patriarchat, Rassismus, unser Widerstand) 29). An der Patriarchats- und Rassismus -Diskussion knüpfe ich deshalb an, weil sich hier deutlich zeigt, daß es immer eine äußere und eine innere Unterdrückungsstruktur ist, das äußere und innere Band gesellschaftlicher Macht, mit dem wir konfrontiert sind. Beide sind real erfahrbar, bestimmen den Alltag. Revolutionäre Politik, die mehr sein will als Phrase, die greifen soll, sucht die Auseinandersetzung mit immer beiden Unterdrückungssphären gesellschaftlicher Macht.

1.) Das Problem mit den Männern

Die täglichen Konflikte auch in der Szene zwischen Frauen und Männern lassen ahnen, daß die Überwindung des Patrarchats eine der schwierigsten, vielleicht die tiefste Dimension menschlicher Befreiung ist. Sei es in den reichen Metropolenländern oder in den Armuts -und Kriegszonen dieser Welt: Patrarchale Strukturen zwingen die Frauen auf Platz zwei.
Ich denke, alle linken, revolutionären Organisationen, auch die Guerilla 30) müssen sich inhaltlich, praktisch und von ihrem Selbstverständnis her, damit konfrontiren. Ihr, die RAF, habt euch ja bezüglich der Patriarchatsauseinandersetzung bisher etwas bedeckt gehalten.
In unserer Szene stimmt mich bedenklich, wenn ich beobachte, wie einhergehend mit einem Tiefstand der Frauenbewegung, selbst die antipatriarchalen Parolen, die noch vor zwei, drei Jahren

den Schluß fast jeden autonomen Flugblatts zierten und zumindest den Anspruch breiterer inhaltlicher Auseinandersetzung vermittelten, völlig am verschwinden sind. Das Wiederaufleben offen mackerigen Verhaltens ist nicht nur auf die dahingehend vielkritisierten Antifa -Gruppen beschränkt. Die Bewegung gegen den §218 scheint zum Stillstand gekommen. Weder Frauen, geschweige denn wir Männer brachten nennenswertes auf die Straße.

Sind wir nicht wachsam, schwach, dann lauert sie auf, zieht zurück, setzt sich durch. Es ist die herrschende Norm, die das Verhältnis der Geschlechter zueinander festlegt, mit der wir leben und die in uns lebt.Sie ist kein "erfundenes Konstrukt, daß den Menschen irgendwann aufgezwungen wurde und das mittels besserer Einsicht und guten Willens beseitigt werden könnte. Sie basiert vielmehr auf tiefverwurzelten Ängsten und Bedürfnissen..Sie ist träge wie die Materie, sie zieht selbst den revolutionären Impetus auf "die Erde" zurück. Sie kann auf unabsehbare Zeit nur unermüdlich in stetigen und beharrlichen Kämpfen thematisiert und damit infrage gestellt werden.." 31)

Frauen haben diesen Kampf, wie unvollkommen auch immer, schon lange aufgenommen. Die Männer dagegen krebsen noch ganz am Anfang.Die Frage für mich: Geht eine solche Auseinandersetzung für uns Typen ohne nur Selbstanklage und schlechtes Gewissen. Ist sie, wie auch immer organisierbar, ohne schlechte Kopie der Frauenbewegung zu sein. Ist es eine adäquate Form der Auseinandersetzung mit Patriarchat und eigenem Sexismus, wenn Gruppen organisierter Männer Sex -Shops einwerfen. Sind Männergruppen Alternativen, oder bedeuten sie nur die Flucht vor der Konfrontation in gemischten Zusammenhängen und machen bestenfalls Sinn als therapeutische Selbsterfahrungsgruppe. Ist für Männer im Gegensatz zu Frauen aufgrund des bestehenden Herrschaftsverhältnisses Veränderung nur möglich in der Konfrontation und Kritik gemischter Gruppen. Alles Fragen, die in der Diskussion dieses Textes hochkamen.
Ich denke, dauerhaften, auch gutgemeinten Nur -Männerzusammenhängen gegenüber ist von Seiten der Frauen her immer Mißtrauen angebracht.Es kann allerdings schon sinnvoll sein, daß sich Männer auch gesondert treffen und klärend miteinander reden, wenn patriarchale und sexistische Gewalt aufgekommen ist.
Zumindest in unseren Zusammenhängen sollten wir beginnen zurückzutreten in die zweite Reihe. Nicht, um sich der Konfrontation zu entziehen oder Frauen zu besseren Menschen zu deklarieren und ihnen den ganzen Schlamassel zu überlassen - so kam sofort die Kritik einer Genossin. Sondern nur mal: Die Klappe halten, wenn Mann nichts zu sagen hat, und zuzuhören, wenn Frauen sprechen und was sie zu sagen haben.Oder in Beziehungen mit Kindern den Lastenausgleich vornehmen und als Hausmann arbeiten. Als Mann gegen gesellschaftliche Gewaltverhältnisse leben.Das Einfache, das so schwer zu machen ist.

2.) Die multinationale Veränderung - das Wachsen einer anderen Bevölkerung

Die rein weiße, deutsche Bevölkerung gehört in vielen Regionen, zumindest der alten BRD, der Vergangenheit an. Hier sind die Deutschen zwar noch Mehrheit, aber angesichts dieses multinationalen Konglomerats nicht mehr überall erdrückend übermächtig.

Es ist bekannt: Heute lebt die Mehrheit der Migrantinnen in diesem Land in konkreter oder diffuser Angst. Mit den Demonstrationen und Blockaden, die dem Brandanschlag in Solingen folgten verließ der türkische Bevölkerungsteil massenhaft die Position des Opfers, des schwachen Unten. Es wurde deutlich: Es gibt in diesem Land mitlerweile große Bevölkerungsgruppen, die als täglich diskriminierte, sichtbare Minderheiten existenziell darum kämpfen werden, sich gegen Rassismus und Faschismus in der neu sich formierenden multinationalen Gesellschaft zu behaupten.Allerdings: Die vielfach stolz gezeigten türkischen Fahnen und das Wiederauftreten der Grauen Wölfe zeigen, wie wenig bruchlos diese Entwicklung ist.

3.) Rassismus, Faschismus und unser Widerstand

Wohin wir schauen: Der Rassismus sucht sich überall auf der Welt seine Opfer.
In Deutschland hat er eine besondere Geschichte: Auschwitz.
Dennoch sind beileibe nicht alle Rassisten Nazis.
Es gibt eine unter bestimmten Bedingungen mobilisierbare rassistische Grundströmung. Ein unterschiedlich stark geknüpftes und nicht zu allen Zeiten gleich dickes Netz 32) rassistischer Denk -und Fühlmuster innerhalb und zwischen den einzelnen Menschen, innerhalb und zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren. Auch die Linke ist davon nicht frei.
Sofort steigt die Frage auf: Wo sind Knoten, die gelöst, Fäden, die zerrissen werden können ? Wie ist es möglich, den rassistischen Konsens zu brechen ?
Wilhelm Reich 33) fragte 1933 nach dem Sieg der Nationalsozialisten, wie es kommt und welche Mechanismen wirken, daß in Zeiten tiefer Krise trotz kommunistischer Aufklärungsarbeit auch viele Arbeiterinnen, statt zur KPD zu gehen, mit wirklicher Begeisterung faschistischen Führern zujubelten.
Jede, die mit Rassisten diskutiert hat, wird die argumentative Grenze gemerkt haben, an der es nicht weitergeht. Wo der Eindruck hinterbleibt, daß da noch ganz Anderes ist, was geknackt werden muß: Eine durch Versagung und Verzicht erzwungene Struktur, der Terror Ventil ist für angestauten Haß, Kompensation für eingesperrte Wünsche und gelebtes Leben. Weg muß, was anders ist und daran rührt. 34)
Die RAF schreibt: "Die Zerstörung des Sozialen unter den Menschen ist die Vorraussetzung für Rassismus". 35)
Damit sagt ihr ja nicht nur was über diese Leere. Der Gedanke führt hin zu sozialen Kampfinitiativen, in denen Staat und Kapital als Gegner identifiziert werden (und nicht die Fremde, der Flüchtling). Damit will ich sagen: Rassistisches Bewußtsein wird nicht in erster Linie frontal, durch die Praxis der antirassistischen, antifaschistischen Aktion gebrochen, sondern durch die Verankerung von wie auch immer sozialrevolutionärer Politik in der multinationalen Bevölkerung.

Dennoch: Die antifaschistische Aktion, auch Aufklärung bleiben wichtig. Sie setzen Grenzen, verlangen Verhalten.
Die nur -reaktive Mobilisierung allerdings erlahmt irgendwann.
Um das umzudrehen find ichs wichtig, langfristig und bewußt unsere Treffpunkte zu halten, an unseren Initiativen dranzubleiben, unsere Zentren zu stärken. Uns von da aus, zusammen

mit Genossinnen und Genossen aus Migrantinnengruppen in und wenn nötig auch gegen diese soziale Umgebung auszuweiten. Damit auch in Zeiten der Kälte Alternativen sichtbar und lebbar sind und irgendwann der revolutionäre Geist, inmitten auch dieses Landes, wieder seine Stimme erhebt.

(D) Wir und Ihr und was zusammen geht 36)

Mit dem, was ich sagen möchte, wende ich mich in beide Richtungen. Darin ist der Mangel augenscheinlich und der Zweifel schwingt mit. Wie oft allerdings in den letzten 25 Jahren hat sich die konsequente Linke im Bereich des Trotzalledem bewegt ?!

1. An Uns:
Wir geben schon ein eigenartiges Bild ab: Formation Schildkröte. Es gibt sowas wie eine nichtformulierte Überlebensstrategie. Die reduzierten Aktivistinnen versuchen Strukturen zu halten, Initiativen und Zusammenhänge nicht aufzugeben. Eine organisierte, kontinuierliche inhaltliche Diskussion auf breiter Ebene findet nicht statt. Die Nerven liegen einigermaßen blank. Außer in Antifa -Aktionen tauchen wir derzeit höchstens in lange vorbereiteten Kampagnen (Zuletzt WWG in München, Tag X in Bonn, Nolympia regional hier in Berlin) aus der Versenkung auf. Die Antifaschistischen Gruppen sind die einzigen, die in den letzten Jahren kontinuierlich stärker wurden. Sie sind allerdings vollauf mit ihrer konkreten Praxis und deren Anforderungen beschäftigt.

So verfahren wie unsere eigene Situation scheint die der RAF. Das ist wie ein Spiegelbild. Nur: Eine Guerilla, nach 23 Jahren Kampf und mit Gefangenen im Knast verschwindet nicht mal eben wie eine unserer Initiativen, um sich irgendwann vielleicht neu zu gründen. Das sind schon weiterreichende Entscheidungen. **Dabei geht es nicht nur um Kontinuität,** Einstellung oder **Neubestimmung des bewaffneten Kampfes,** sondern auch um Beibehaltung oder **Ende einer antistaatlichen Kampfposition,** die immer in **einem sich gegenseitig stärkendem** oder konfrontativen Verhältnis **mit der übrigen linken Bewegung** gestanden hat. Wenn wir die angebotene Auseinandersetzung nicht annehmen, stehen die Genossinnen alleine. Dann darf sich allerdings keine wundern, **wenn sie so handeln, wie sies für richtig halten** und wie es **für sie möglich ist. Deshalb möchte ich euch fragen:**
Denkt ihr, daß bewaffneter Kampf in der Metropole weiterhin seinen Stellenwert hat ? Wenn ja, welchen ? Glaubt ihr, daß als Folge von Umorientierung Guerilla (wieder) eine Basis in den legal lebenden Widerstandszusammenhängen, perspektivisch auch in der Bevölkerung bekommen kann. Oder geht das nicht mehr? Ist die Kampfphase von RAF und auch Revolutionären Zellen abgeschlossen und kann sowas nur völlig neu von Unten her wieder wachsen.Oder geht es sowieso um ganz Anderes ? Was ist mit den Gefangenen und unserer Verantwortlichkeit ? Was können sie tun für uns und wir tun für sie ? Und was sagt ihr zu diesem Text und zu den anderen Beiträgen der letzten Jahre? Könnt ihr euch dazu was vorstellen ?
<u>Den Krieg ansagen</u> bedeutet heute aus der Lage der eigenen Schwäche heraus die Handlungsfähigkeit zurückzuerobern. Das setzt den Willen voraus, wirklich in die Diskussion einsteigen zu wollen. 37)

Haben wir den ? Raus mit der Sprache, Genossinnen !

2. An euch, Genossinnen und Genossen der RAF:
Ich denke mir, eure derzeitige Lage ist schwierig und das ganze Haus scheint in Unordnung (woran auch ihr Verantwortung tragt). Aktuell sehe ich es als notwendig an sobald es euch möglich ist, auf die drängenden Fragen einzugehen über alles, was mit dem V-Mann Klaus Steinmetz und der Polizeiaktion in Bad Kleinen zu tun hat. Die Verunsicherung ist sehr groß.

Die Sprengung des Superknastes Weiterstadt hat breit Genugtuung und Freude ausgelöst. Der Rückenwind, der uns von da erreicht hat, war mutmachend. Auf unserer Seite allerdings



wurde die Ausstrahlung dieser Aktion von den grassierenden Paralyseerscheinungen recht schnell eingeholt. Zu einsam auch die Aktion, vielleicht auch zu unklar ihr Stellenwert in einer weiteren Konzeption.
Zur weiteren Diskussion möchte ich euch fragen, ob es noch gilt, was ihr im August 92 geschrieben habt:" Wir brauchen hier eine Bewegung, die in der Lage ist, von einer gemeinsamen Grundlage aus und der Verständigung über die kurzfristigen und die langfristigen Ziele auch gemeinsam die Entscheidung zu treffen, wie gekämpft werden muß." Ich möchte euch auch fragen, ob für euch das Projekt RAF/bewaffneter Kampf in der Metropole im Grunde gelaufen ist und ihr nur noch nach einer akzeptablen Lösung sucht und eurer Verantwortung für die Gefangenen gerecht werden wollt ? Ob ihr die Diskussion weiter als eine für alle offene und politisch durchschaubare Auseinandersetzung bestimmt ? Wie ihr heute die eineinhalb Jahre nach eurer Erklärung im April 92 erreichte Etappe definiert ?
Und wie ihr heute zu den Ausgangspositionen bewaffneter Politik steht, die unter anderem besagten

- Daß der Aufbau illegaler, bewaffneter Kerne von Anfang an Strukturelement der revolutionären Bewegung sein muß, will diese sich nicht gänzlich der Gefahr der Vernichtung durch die Konterrevolution aussetzen.
- Daß das Kontroll -und Überwachungsinstrumentarium des imperialistischen Staates derartig weit entwickelt ist, daß auf Legalität beschränkte Opposition dem Staat und dessen Repressions -und Manipulationsmöglichkeiten chancenlos ausgeliefert ist.

1) RAF: Erklärung zur Erschiessung des Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bank, Herrhausen, 2.12.89
2) RAF: Erklärung zur Sprengung des Knasts Weiterstadt, 30.3.93
3) Anführungszeichen und Auslassungspunkte habe ich im Text wegen der besseren Lesbarkeit zum Teil weggelassen. Die Quellen sind immer angegeben und sollten, falls ihr Zitate aus dem Text wiederholt, nachgelesen werden.
4) Z.B. Michael Dietiker, Bernhard Rosenkötter, Ali Jansen: Über das Schleifen von Messerrücken, Juli 92
Kein Friede: Die Mühen der Ebene, Anfang 93
Antiimperialistische Widerstandszelle Nadia Shehadah, 5.9.93
5) PIZZA: Odranoel, Die Linke zwischen den Welten, Verlag Libertäre Assoziation, 1992
6) RAF: August 92
7) Über die politischen Erfahrungen, die Schlüsse aus der Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Guerilla-Gruppen habt ihr bisher noch nichts geschrieben. Immerhin gibts ja noch eine gemeinsame Erklärung von RAF und Roten Brigaden aus dem Sept. 88. Bezüglich der Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit legal lebenden Widerstandskernen, z.B. den Kämpfenden Einheiten, wärs vielleicht auch wichtig, daß sich diese GenossInnen in die derzeitige Auseinandersezung einbringen.
8) RAF: August 92
9) RAF: Mai 82
10) Siehe auch Karl Heinz Roth: Moral, Gehirnwäsche und Verrat, aus: Klaut Sie iva, 1980
11) Kein Friede: Die Mühen der Ebene
12) RAF: August 92
13) RAF: August 92
14) Letzte Texte von Ulrike
15) Das ursprüngliche Konzept der RAF beinhaltete die Verbindung von Stadtguerilla und Basisarbeit. Aufgrund der polizeilichen Kontrolle über die legalen Gruppen, konnten die Einzelnen die legale Arbeit nicht mit der Illegalen verbinden. Siehe: Konzept Stadtguerilla, in Texte der RAF.
16) RAF: Mai 82
17) RAF: August 92
18) Alles Folgende in diesem Kapital über die Air Base -Aktion, außer den hier vermerkten Quellen aus: Hau Ruck Nr.6 - Autonomes Starbahninfo. Unterstreichungen von mir.
19) Nach Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands I, S.249, edition Suhrkamp. Aus einer Auseinandersetzung über politische Moral zwischen deutschen Internationalisten im spanischen Bürgerkrieg.
20) Nach Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands II, S.167, edition Suhrkamp. Aus einer Darstellung einer Diskussion deutscher Kommunistinnen bei Bert Brecht nach dem Abschluß des Nichtangriffspaktes der Sowjetunion mit Nazideutschland.
21) RAF: August 92
22) RAF: Erklärung zur Erschiessung des Siemens-Managers Beckurts, 9.7.86
23) Für den Kommunismus, Flugschrift zum antiimperialistischen Kongreß in Frankfurt, 1986
24) RAF: August 92
25) Prozeßerklärung Klaus Viehmann, 1980
26) Erklärung von Eva Haule, Gefangene aus der RAF, Angehörigen-Info 115, 25.3.93 Die Briefe von Eva Haule nach draußen, in denen sie versuchte, diese Diskussion an Besucherinnen und andere Gefangene zu vermitteln, sind jetzt Gegenstand eines neuen Haftbefehls.
27) Januar 92 trat der damalige Justizminister und ehemalige Chef des Bundesnachrichtendienstes mit einer nach ihm benannten Initiative an die Öffentlichkeit, sprach von Versöhnung und thematisierte die Freilassung bestimmter Gefangener aus der RAF. Dieser Schritt wurde in Wirklichkeit von der Koordinationsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) ausgearbeitet, einem Gremium, dem der Verfassungsschutz, das BKA, die Bundesanwaltschaft, Landes -sowie Bundesministerien angehören. Siehe: AK 358, 22.9.93 "Kampf zweier Linien"; lesenswert dazu auch das Interview mit dem Hamburger Ex-VS-Chef Lochte, TAZ, 18.8.90; sowie FR 30.10.93, Interview mit VS-Chef Werthebach.
28) Erstmals öffentlich Gegenposition bezog Christian Klar im September 92. In seiner Prozeßerklärung vertrat er die Meinung, daß die neu aufbrechende und sich organisierende Linke hier im Land ihre Strategie entwicklen sollte, ganz ohne sich von den Drohungen des Apparats beeindrucken zu lassen, daß er ja Gefangene in der Hand hat. Angehörigen Info 101, 10.9.92 Damit kritisierte er besonders die RAF draußen, die in ihrer Erklärung vom April 92 "die Einstellung der Angriffe auf führende Repräsentanten aus Wirtschaft und Staat" verband mit dem Eingehen auf Kinkels Äußerungen und der Frage der Freilassung der Gefangenen.
29) Zur Untersuchung der gegenwärtigen kapitalistischen Krise: Karl Heinz Roth: "Die Wiederkehr der Proletarität", AK 356, 7.7.93. Überlegungen und Schlußfolgerungen wären in meinen Augen auch wichtig zur Niederlage in Bischofferode als Niederlage der Linken.
30) Die Organisation der Roten Zora als Frauengruppen in den Revolutionären Zellen begründet ihre Existenz auch als Ausdruck davon, daß auch bei den Revolutionären Zellen "die Auflösung des Widerspruchs zwischen Geschlechterkampf und Klassenkampf" nicht gelungen war. Lesenswert, nicht nur für Frauen: Die Rote Zora
31) Ingrid Strobl, Beitrag zur Diskussion: Was ist das Patriarchat
32) Dazu auch Klaus Viehmann: "Drei zu eins - Klassenwiderspruch, Rassismus und Sexismus
33) Wilhelm Reich: Massenpsychologie des Faschismus
34) Dazu auch Klaus Theweleit: Männerphantasien, rororo
35) RAF: Erklärung zu Weiterstadt
36) Lesenswert zur Auseinandersetzung mit der Guerilla eine Kritik in Interim an der Auflösungserklärung einer Revolutionären Zelle aus Nordrhein-Westfalen vom März 92.
Diese RZ schrieb, daß sie nicht mehr "stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 7o-iger weitermachen will. Jetzt käme es vor allem darauf an, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftliche Prozeß eingreifen zu können.
Die Genossin kritisiert die RZ wütend als Gruppe, die ihre fehlende Verankerung beklagt, aber seit Jahren die Diskussion zwischen ihr und der Szene als Einbahnstraße begriffen hat... "Jetzt werden nur noch Ergebnisse vorgeknallt, wo Kampf und Kontinuität als lebendiger Prozeß angesagt wäre". Sie fragt u.a.: Welche Momente waren am wichtigsten in eurem Verselbstständigungsprozeß gewesen? Wie ist es dazu gekommen, daß in dem Kampf "um die Herzen und Köpfe der Menschen" nur noch in Anschlagsdimensionen gedacht wurde ?
37) Kein Friede: Die Mühen der Ebene

- Daß die sorgfältig bestimmte Aktion breit Ohnmachtserfahrungen aufreißen und Selbstbewußtseinsprozesse voranbringen kann, wenn sie undurchschaubare Unterdrückungsstrukturen beispielhaft offenmacht und verletzt. "Das Herz des Staates ist das Bewußtsein der Unterdrückten" (RZ)
- Daß ein dialektisches Sich -Aufeinanderbeziehen der legalen Bewegung und der politisch -militärischen Kerne der revolutionären Linken, der Stadtguerilla, erst die Möglichkeiten eines langfristigen revolutionären Prozesses eröffnet.

Ich denke, für die vor uns liegenden Auseinandersetzungen werden wir die Erfahrungen auch der Stadtguerillagruppen dringend brauchen.
Strategieformulierungen und bundesweite Organisationsversuche, wie sie verschiedentlich unternommen werden halte ich für verfrüht. Damit wird nur notdürftig zugekleistert, was an Fragen, so auch an Möglichkeiten hochgekommen ist. Das trifft aus meiner Sicht, trotz der eingangs beschriebenen Sympathie, auch euch. Zu schnell und unbegründet war für mich der Schwenk vollzogen, und ist es auch heute noch, von einer ultra -antiimperialistischen Position hin zu Gegenmacht von unten und sozialen Basisbewegungen.

Mein Traum ist der Aufstand .
Meine Hoffnung: Niemals aufgeben !
Trotzalledem .

Ich umarme euch ! Besos y Abrazos !

La Cabeza de la Gata, Oktober 1993

Erklärung zu Köln

"sinn und inhalt unserer politik sind teil unseres lebens, eine untrennbar zusammengewachsene existentielle einheit, und genauso kämpfen wir darum." (brigitte, im okt.93)

wir haben heute abend die zweite etage der volksgartenstr.54a in köln ins visier genommen und beschossen. dort sitzt der "gesamtverband der metallindustriellen arbeitgeberverbände" (gesamtmetall).

die in gesamtmetall organisierten arbeit"geber" gehören zur brd-elite, die an vorderster front die soziale realität von tausenden von menschen hier wie international bestimmt. die kündigung der tarifverträge in den westdeutschen bezirken der metall- u. elektroindustrie stellt einen teil der weltweiten kapitalistischen krise dar, der hier jetzt materiell wird. gesamtmetall ist auf alles, einschließlich streik, vorbereitet: die arbeit"geber" finden in den aktuellen tarifauseinandersetzungen heraus, welche rahmenbedingungen sie für den "standort deutschland" durchsetzen können; das bedeutet für die arbeiterinnen, daß die sozialen/materiellen standards gesenkt werden. gesamtmetall hat folgende alternative option: als arbeit"geber" nehmen sie im jetzt beschleunigten umstrukturierungsprozeß die arbeitsplätze zurück und deponieren ihr kapital in rentablen fonds bzw. investieren woanders. während einige arbeiterinnen hier überlegen, wie sie eventuell widerstand leisten könnten, zumindest regional, handelt gesamtmetall längst international: das kapital wird dorthin gelenkt, wo sich maximale profitraten erzielen lassen. mehr und mehr arbeiterinnen sind verunsichert und befürchten sozialen abstieg: die vom kapital forcierte entwicklung bedeutet für sie die abschiebung auf die diversen "sozialen" abstellgleise und, zum teil, materielle not. die arbeiterinnen, die hier in der brd ihre willkürliche verfügbarkeit für die eliten des kapitals verweigern wollen, sind im moment in der minderheit. entgegen der gewerkschaftsstrategie, die auf die kooperation der arbeit"nehmerinnen" mit erpressern wie gesamtmetall setzt, nimmt jedoch die zahl derer zu, die anfangen, sich zu wehren.
für die beantwortung der frage, wie hier in der brd eine gegenmacht von unten aufgebaut werden kann, sind diese sozialen entwicklungen der natürliche anknüpfungspunkt. lokaler widerstand allein wird aber niemals in der lage sein, das international operierende kapital existentiell zu gefährden. die lokal wirksame erpressungsstrategie von organisationen wie gesamtmetall kann nur im internationalen antiimperialistischen kampf gebrochen werden. die internationalen eliten sind verantwortlich für die brutalität, mit der menschliche arbeitskraft im trikont ausgebeutet wird. unsere militante aktion gegen gesamtmetall folgt in logischer konsequenz.
das, was die antiimperialistischen kämpfe international verbindet, ist die subjektive radikalität, die sich im kampf um befreiung, selbstbestimmung und selbstorganisation militant entfaltet.
wir wollen nun was im sinne unserer palästinensischen und kurdischen genossinnen sagen, denen wir uns am engsten verbunden fühlen: uns ist nicht bekannt, was sich arafat gedacht hat, als er am 13.9. in washington, wo das gaza-jericho-abkommen unterzeichnet wurde, rabins rechte hand ergriff und kräftig schüttelte. wir wissen auch nicht, was die plo-führung bei den verhandlungen zusammen mit den vertretern des zionistischen gebildes noch alles beschließen wird. klar ist jedoch, daß der widerstandskampf mit seinen vielfältigen ausdrucksformen weitergehen wird, und militante/bewaffnete aktionen als teil davon. dabei vertrauen die palästinensischen genossinnen auf weltweite solidarität. unvergessen ist ihre unterstützung für die antiimperialistische bewegung in der brd in den 70ern. es wird zeit, daß sich hier alle mal ernsthaft überlegen, wie sie den genossinnen im nahen osten helfen können.
im türkisch besetzten teil kurdistans eskaliert die situation täglich: die türkischen militärs haben einen "vernichtungsfeldzug" für den winter angekündigt; weil die bewegung der kurdischen militanten beständig wächst, greifen die besatzer zunehmend zu mitteln des terrors gegen die zivilbevölkerung, wie jüngst in lice. daß sie dabei vom brd-apparat unterstützt werden (waffenlieferungen, ausbildung von terroreinheiten durch gsg9), ist hinreichend bekannt. tausende touristen aus der brd machen jedes jahr "urlaub" in der türkei/kurdistan, obwohl sie wissen müßten, daß sie mit ihren devisen direkt den türkischen staatsterrorismus unterstützen. daß die kurdischen genossinnen in der türkei militante aktionen durchführen, versteht sich von selbst. daß sie als organisierte kraft dazu auch mitten in der brd fähig sind, haben sie am 24.6./4.11. nachdrücklich demonstriert.
seit dem 8.10./4.11. werden gegen rolf-clemens wagner und eva haule, die beide in der guerilla gekämpft haben und seit vielen jahren im knast sind, prozesse vor dem olg-ffm inszeniert. rolf war in der phase in der guerilla organisiert, als u.a. die aktion gegen schleyer (arbeit"geber"präsident) in köln durchgeführt wurde. im kronzeugen-prozeß jetzt soll er für die aktion gegen haig (nato-oberbefehlshaber) verurteilt werden.
eva ist während der antiimperialistischen frontoffensive mitte der 80er in gefangenschaft geraten. das konfrontationsniveau von damals muß jetzt wieder erkämpft werden. dafür brauchen wir die militante/bewaffnete aktion als teil einer politischen gesamtstrategie, die die realität der 90er trifft.
die politik der militanten/bewaffneten intervention in der brd als teil des internationalen kampfes um befreiung entwickeln !
die eroberung revolutionärer gegenmacht von unten läuft hier, wie international, unter anderem über die direkte konfrontation mit den herren des kapitals !
in den sozialen kämpfen die eliten und ihre zentralen zur zielscheibe machen, auch das heißt: hier in der brd den antiimperialistischen frontabschnitt aufbauen !
entscheidend ist, welche politik geführt wird und wie sie sich materialisiert. das, was die guerilla vom 14.5.1970 bis zum 1.4.1991 verwirklicht hat, ist auch bezugspunkt unserer politik. die existenz einer antiimperialistischen guerilla in der brd folgt nicht einfach daraus, daß es genossinnen in der illegalität gab/gibt/geben wird. um die existenz von guerilla als politischer offensivkraft muß permanent gekämpft werden. es wird die aufgabe aller genossinnen sein, selbstbestimmte konsequenzen zu ziehen.

militante aus dem antiimperialistischen widerstand in der brd, im nov.93

Eine / Methode / die / in / dieser / Gesellschaft / Erfolge / aufweisen / kann / zwingt / uns / an / ihr / zu / zweifeln

aber / eine / Methode / mit / der / man / Schiffbruch / erleidet / muß / deshalb / noch / nicht / die / richtige / sein

(Erich Fried)

Stellungnahme der "Tübinger Initiative für die Zusammenlegung der Politischen Gefangenen - jetzt" zu den Auseinandersetzungen unter Gefangenen aus der RAF sowie der RAF selbst, wie sie in den Erklärungen vom 28.10.93 (Brigitte Mohnhaupt in der FR), 1.11.93 (Karl-Heinz Dellwo in der taz) und 6.11.93 (RAF in der FR) zum Ausdruck kommen.

Warum wir diese Stellungnahme veröffentlichen:
Wenn die nun aufgebrochene Auseinandersetzung ein Gutes hat, dann dies: Entweder möglichst viele tragen eigenständig etwas zu einem Klärungsprozeß bei, oder die Kontroverse wird unproduktiv im Raum stehen bleiben, mit all den Folgen wie Spaltung und Zersetzung. Wir glauben nicht, daß eine einzelne Stellungnahme wie die unsere dazu führen könnte, daß alle sagen: ja, genau darum geht es. Texte mit dem Untertitel "Wir sagen, wie's wirklich ist" sind schon zu viele geschrieben worden. Die Probleme genau zu fassen zu bekommen, braucht sicher einige Zeit; sich zwischenzeitlich den diffus sichtbaren Linien einfach anzuschließen, ist sicher der unproduktivste Weg. Gleiches gilt für die Einnahme einer VermittlerInnenrolle.
Anlaß unseres Schreibens ist einerseits die Forderung an alle Beteiligten, Positionen klarer herauszuarbeiten und aufzuhören, die menschliche Enttäuschung in den Mittelpunkt zu stellen; andererseits möchten wir nochmal einige Kritikpunkte formulieren, die schon länger, allerdings offensichtlich folgenlos, in der Diskussion sind.

SOLIDARITÄT BRAUCHT GRUNDLAGEN ...

**Das Resultat dessen, "was unter den Gefangenen (und der Guerilla, Anm.) läuft, ist, daß die Gesellschaft mit einem weiteren sektiererischen Zerfallsprozeß gelangweilt wird" (Karl-Heinz Dellwo in einem Brief an Brigitte Mohnhaupt, taz 1.11.93). Stünde das so fest, könnten wir uns unsere Stellungnahme sparen, aber der Satz hat doch einen wahren Kern: Spätestens mit dem "Abrechnungstext" der Guerilla (FR, 6.11.93) hat die offensichtlich notwendig gewordene Auseinandersetzung unter den Gefangenen und zwischen Gefangenen und Guerilla ein Niveau erreicht, das ebenso abstoßend wie unproduktiv ist. Die Auseinandersetzung wird zwar öffentlich ausgetragen, aber ohne großes Bemühen, die Streitpunkte in ihren Ursachen durchsichtig zu machen; zumindest für all diejenigen, die die Sache der politischen Gefangenen und die Suche nach Mitteln und Wegen für den Umwälzungsprozeß als Bestandteil ihrer politischen Arbeit ansehen. Abgrenzungen und gegenseitige Anwürfe ziehen sich durch die Texte durch. Fakten sind mindestens teilweise umstritten (z.B. war VS-Benz beteiligt oder nicht?). Die politischen Positionen und die aus ihnen folgenden unterschiedlichen Vorstellungen von einen politischen Prozeß werden kaum entwickelt oder müssen mühsam aus gefühlüberladenen Abgrenzungen herausgeschält und -interpretiert werden.
Das ist für alle, die sich in ihrem Denken und Handeln in einem kritisch-solidarischen Verhältnis mit Gefangenen und Guerilla verstehen, schwer zu ertragen.**

Leute, die zu jung oder zu "neu" sind, um Erfahrungen aus den letzten Jahren heranziehen zu können, können vor dieser Diskussion nur kapitulieren und sich abwenden.

Wenn die nun aufgebrochene Auseinandersetzung nicht nur im Debakel enden, sondern auch Lern- und Klärungsprozesse ermöglichen soll, dann kann es aber auch nicht sein, daß Gruppen und Personen hier draußen je nach politischer Nähe bzw. Distanz Solidarität mit politischen Gefangenen aufkündigen bzw. aufrechterhalten. Von der Folter betroffen sind nach wie vor alle. Sollte allein der politische Dissens die Trennungslinie (politische Gefangene bzw. radikale Linke auf der einen, die Herrschenden und ihr Repressionsapparat auf der anderen Seite) verschwimmen lassen, dann sagt das Schlimmes über den Zustand der Linken aus.
Unsere Solidarität gehört nach wie vor allen politischen Gefangenen. Allerdings hat diese Solidarität auch Grenzen, dann nämlich, wenn die allgemeinsten Grundlagen dafür verlassen oder gar nicht erst ernstgenommen werden.
Was sich diesbezüglich Karl-Heinz Dellwo gegenüber den Gießener Feministinnen erlaubt hat (ihre Kritik (nachzulesen in der INTERIM Nr. 229 vom 25.2.93) u.a. einfach dadurch abzubügeln, daß sie damit eine "Irrenhausathmosphäre inszenierten" (nachzulesen in AUSBRUCH Nr. 43, Juni 1993)) hat eigentlich die Grenze schon überschritten. Dabei gehts nicht so sehr um die bloße Wortwahl oder das Abwürgen von Kritik, sondern um das (bewußte oder unbewußte) Reproduzieren von patriarchalen Gewalt- und Herrschaftsstrukturen in der linken Diskussion.
Auch die RAF hat ihr Schreiben mit einem Seitenhieb auf die vermutlich Gießenerinnen geschmückt (es sei sogar behauptet worden, "die RAF sei mit der Zurückstellung des bewaffneten Kampfes verantwortlich für die steigende Zahl von Vergewaltigungen"). Wer zu verstehen sich nicht bemüht, kann das aus dem Text (nachzulesen in der INTERIM Nr. 229 vom 25.2.93) so herausholen. Der Geist dieser Anmerkung geht aber in dieselbe Richtung wie oben: "Seht her, welche, die sowas behaupten, müssen doch durchgeknallt sein." Das spezifische Verhältnis, aus dem die Gießenerinnen als Feministinnen ihre Kritik formulieren - zu der wir selbst Widersprüche haben -, wird in ein pathologisches Licht gerückt.
Daß das nun in abgewandelter Form zum zweitenmal kommt, zeigt auch, daß keinerlei Reflexion stattgefunden hat. Wenn Selbstkritik für die Angesprochenen mehr als eine abstrakte Forderung gegenüber anderen sein soll, dann fordern wir sie an diesem Punkt ein, und zwar öffentlich!

Seit dem Hungerstreik 1989 haben wir als Gruppe dafür gearbeitet, daß die Forderungen der politischen Gefangenen nicht nur aus der Ablehnung gegenüber der Isolationshaft als Folter, sondern auch aus einem politischen Verhältnis zu den Gefangenen und zum Kampf um Befreiung insgesamt getragen werden. Um dahin zu kommen, daß -

in einem ersten Schritt - verschiedene Gruppen und Spektren der Linken sich politisch aufeinander beziehen können (u.a. in der Frage der politischen Gefangenen), wollen wir bis heute die Auseinandersetzung über Politikverständnis, aktuelle politische Positionen, Herangehensweisen und Strategievorstellungen. Und die kritische Reflexion der jeweils eigenen Praxis. Dies als Schritte auf dem Weg zur Erarbeitung gemeinsamer Kriterien, auf deren Boden verschiedene Praxisformen und inhaltliche Schwerpunkte entwickelt werden und zusammenwirken können.
Im gleichen Zeitraum haben das Ende der bipolaren Welt und die Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche und Konflikte in den Metropolen die Bedingungen

für jede Form linker Politik nachhaltig verändert. Sowohl die Gefangenen als auch die Guerilla haben zurecht nicht einfach an alten Herangehensweisen und Vorstellungen vom politischen Prozeß festgehalten. Die Vermittlung der Veränderungen, die zugegebenermaßen in ihrer Unabgeschlossenheit schwierig ist, war letztlich aber unzureichend. Auch blieben mögliche Konsequenzen unklar. (Dies war Anlaß für unser Schreiben im Dezember 91 an die Celler Gefangenen, was heute (unzutreffend) sogar als Beginn der "Liniendiskussion" bezeichnet wird). Vieles von dem, was seither in Bewegung gekommen ist, ist mehr als verschwommen. Im Wunsch, das "Neue herauszufinden" und "sich zu bewegen", purzeln die politischen Kriterien. Viel zu wenig wurden und werden Standpunkte formuliert, in Auseinandersetzung mit anderen und vor allem mit früher selbst vertretenen. Das betrifft natürlich die gesamte Linke, am meisten aber diejenigen, die einmal (wie die RAF z.B. im Frontkonzept) von einer zumindest skizzierten Strategie ausgegangen sind. (Lesenswert in diesem Zusammenhang die Kritik von Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker "über das Schleifen von Messerrücken").
Besonders in einer solchen Phase ist es keineswegs nutzlos und von vornherein "ideologisch", sich über und anhand von politischen Begrifflichkeiten auseinanderzusetzen. Befreiungskampf in den Metropolen ohne die bewußte Auseinandersetzung mit den drei Unterdrückungs- und Gewaltverhältnissen Rassismus, Sexismus, Kapitalismus/Imperialismus, ihrem Zusammenwirken und ihren Auswirkungen auf alle, auch die Kämpfenden hier, ist schlicht undenkbar. Diese Auseinandersetzung, so schwach entwickelt sie in der radikalen Linken auch ist, muß sich niederschlagen in der alltäglichen politischen Arbeit und muß Eingang finden in die Entwicklung politischer Strategievorstellungen.
Hier setzt unsere allgemeine Kritik an: In all den Erklärungen und Texten der letzten Jahre, sowohl von den Gefangenen als auch von der RAF, finden wir keinen ausgearbeiteten Bezug auf diese Auseinandersetzung. Jahrelang haben Frauen die Auseinandersetzung mit patriarchalen Strukturen und Gewaltverhältnissen eingefordert, speziell von linken Männern; auch darauf ist uns kein positiver Bezug bekannt (negative, wie im Beispiel oben, leider schon).

Darin liegt immer auch ein Nichternstnehmen von Bewegungen hier draußen und ihrer politischen Arbeit. Die RAF möchte sich zum Beispiel auf die Basisbewegungen draußen beziehen und "vergißt" sogar in der reinen Aufzählung wie zufällig eine der zeitweise stärksten der letzten Jahre: die Frauenbewegung. Solches oder Ähnliches trägt dazu bei, daß viele eben ZuschauerInnen bleiben, die bei Weiterstadt zwar applaudieren, die Auseinandersetzung um gemeinsame Weiterentwicklungsmöglichkeiten aber nicht als ihre Sache ansehen (können).
Auch finden wir es unverständlich, warum all die Diskussions- und Kritikpapiere z.B. der GenossInnen von Action Directe, von Wotta Sitta, von Grapo/PCE(r), von nicht das kleinste Echo hervorgerufen haben. Das hat etwas von Arroganz, als ob die formulierten Positionen es nicht wert wären, diskutiert zu werden. Auch auf Kritik, die politische Gruppen hier draußen in Diskussionspapieren an der Erklärung der RAF vom 10.4.92 (nachzulesen in der FR vom 15.4.92) formuliert haben, wird kaum Bezug genommen; oder wenn, dann gibt es die Tendenz, die politisch schwächsten Argumente und Passagen herauszugreifen, um die Papiere insgesamt zu "verreißen". Eine sorgfältige und offene Auseinandersetzung stellen wir uns so nicht vor.

Und in diesem Zusammenhang noch ein Letztes: Hört auf damit, Kritik an euch abzublocken, indem ihr auf die Schärfe der Konfrontation verweist, in der ihr euch - tatsächlich oder auch nur vermeintlich im Unterschied zu anderen - befindet. Der Verweis darauf, daß ihr als Militante aus der RAF ja bewaffnet kämpft unter Einsatz eures Lebens (und andere dies nicht tun) oder daß ihr als

Gefangene aus der RAF etwas habt, wovon ihr abschwören könnt (andere aber nicht), hat Wirkung. Es würgt das Formulieren von Kritik ab und es erzeugt Mißtrauen, daß ihr das Diskussionsangebot an "alle, die auf der Suche sind..." nicht auf der Basis von Gleichberechtigung gemacht haben könntet.

Im zweiten Teil unserer Stellungnahme möchten wir versuchen, die unterschiedlichen Positionen, soweit wir sie verstanden haben, zusammenzufassen und Fragen bzw. Kritik daran zu formulieren.
Zunächstmal finden wir es klärungsbedürftig, was die wirklichen Fakten sind, auch wenn die Gesamtinterpretation des Geschehenen davon unberührt bleiben sollte. War "Benz" (ein Verfassungsschutzbeamter, der sozusagen Kontaktman für "aussteigewillige" Illegale ist) mit Wissen der Celler Gefangenen eingeschaltet, gab es ein Verhandlungsangebot, worin bestand es, besteht es noch, gab es nur deshalb keine Verhandlungen, weil das Angebot staatlicherseits ausgeschlagen wurde? Diese Fragen können nur von den Betroffenen geklärt werden.
Die offenbar seit Jahren bestehenden politischen Differenzen innerhalb des Gefangenenkollektivs können und wollen wir nicht kommentieren, weil wir darin keinen Einblick haben. Auch da ist es Sache der Betroffenen, Stellung zu beziehen.

DIE POSITION VON KARL-HEINZ DELLWO (IM NAMEN DER CELLER GEFANGENEN)

Aus der Überlegung, daß "wir alleine auflaufen werden" gegen die Verantwortlichen in Politik und Staatsapparat und um Bewegung in die Gefangenenfrage zu bringen, sei es ihnen bei ihrer Initiative darum gegangen, eine "dritte Position" zu gründen. Diese dritte Position sollte Druck machen in den Reihen der Gegenseite, nicht aufgrund einer Nähe zu den politischen Zielen der Gefangenen, sondern im Namen der Vernunft.

Die Sackgasse, in der die Gefangenen stecken, sowie das Ende einer historischen Phase und damit der alten Konzeption RAF kommen zusammen mit der gesellschaftlichen Defensive der Linken. Es sei daher illusorisch zu glauben, man/frau könne dem Staat Haltungen aufzwingen, die man/frau ihm auch in offensiven Phasen niemals aufzuzwingen in der Lage war. Für eine Freilassungskampagne fehle die Kraft und für eine gesamtgesellschaftliche "Umkehrung" an der Gefangenenfrage fehlten sowohl objektive als auch subjektive Grundlagen. Angesichts der Aussichtslosigkeit wendeten sich die Leute von diesem Kampf ab.

Eine Lösung für die Gefangenen allein sei darüberhinaus weder politisch noch moralisch legitimiert, weil die politischen Bestimmungen der 70er und 80er Jahre an Grenzen gekommen sind und nicht einfach fortgeschrieben werden können. An der Frage der Gefangenen lasse sich auch politisch nichts Neues mehr gewinnen.

Aufgrund all dieser Probleme gehe es um eine Gesamtlösung, also um eine Verknüpfung der Zukunft von Gefangenen und Guerilla.

Daran haben wir folgende Fragen:
- Wir haben euch bisher so verstanden, daß ihr die politische Bestimmung und Praxis der Guerilla aus den 70er und 80er Jahren heute, nach dem weltweiten Umbruch, aus politischen Gründen für nicht mehr weiterführbar/weiterführend haltet. Wenn Ströbele (nach euren Vorstellungen) darauf hinweisen sollte (gerade gegenüber Reuter), "daß die Regierung eine andere Entwicklung systematisch

zerstört und für alles, was daraus kommen mag, dann auch alleine die Verantwortung hat", so liegt darin ja die Drohung, daß die Eskalation wiederkehren kann. Die hat die RAF ja aber zurückgenommen aufgrund der "politischen Grenze", an die sie mit ihrem Konzept gestoßen ist; und diese Grenze ist noch nicht überwunden. Darin sehen wir einen nicht auflösbaren Widerspruch. Wie seht ihr das?

- Bedeutet eure Position nicht letztlich, daß sich der Part der Bewegung draußen darauf reduziert, der Folter entgegenzutreten und auf die Konvention zu bestehen, daß bei Beendigung einer Konfrontation die Gefangenen ausgetauscht/freigelassen werden?

Eine solche "Abschlußforderung" läßt sich mit den Verhältnissen draußen praktisch so gut wie gar nicht verbinden, wo die meisten in ihrem Alltag die Konfrontation an allen Ecken viel schärfer erleben, sich emotional viel stärker entgegenstemmen müssen als vor dem "Umbruch". Politische Beziehungen können so kaum entstehen und wachsen. Ist euch das so bewußt?

Wir haben euch, auch in anderen Texten, weiterhin so verstanden: Ihr seht in den alten und den gegenwärtigen politischen Bestimmungen und Herangehensweisen wenig Anknüpfungspunkte für Neues. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Prozesse sei durch die alten Denkmuster ideologisch eingeschränkt, die Potentiale für einen neuen Gesellschaftsentwurf blieben so dem Blick der Linken verborgen. Resultat sei eine Widerstandshaltung, die auf die bloße Negation hinauslaufe. Deshalb wollt ihr zurück auf das "Vorpolitische", das Soziale, aus dem dann - wie Mitte der 60er Jahre - die Kräfte und "Mentalitäten" erwachsen, die einen neuen Aufbruch tragen. Deshalb muß das Alte abgeschlossen werden, deshalb heute die Gesamtlösung, die die historische Ausprägung von Systemopposition beseitigt und Platz für das Neue schafft (und die Freiheit der politischen Gefangenen).
Wir finden das abstrakt und abgehoben. Es gibt für uns auf jeden Fall Positionen, die gehalten werden müssen und können (Positionen, die wir in unserem Abschnitt "Solidarität braucht Grundlagen" skizziert haben); auf das Soziale sind wir in jedem Fall zurückgeworfen, es ist nur die Frage, ob kriterienlos oder mit bewußt und kollektiv erarbeiteten und aufrechterhaltenen Kriterien. Und: Eine Konfrontationslinie halten (z.B. im Bezug auf den Umgang mit den Verantwortlichen in Staat und Politik) ist nicht mit mangelnder Beweglichkeit oder gar Starrsinn gleichzusetzen. Wenn GegnerInnen der bestehenden (Herrschafts-) Verhältnisse sich auf die Logik dieser Verhältnisse beziehen, nicht, um sie zu durchbrechen und eine Entwicklung über sie hinauszutreiben, sondern um unter den von ihnen gesetzten Spielregeln (zumindest vorläufig) ihre eigenen Ziele zu verfolgen, dann heißt das zumindest, gemachte Erfahrungen kaum mehr greifbar vermitteln und weitergeben zu können sowie kritische Kontinuität und die eigene Integrität zur Disposition zu stellen (vorsichtig formuliert). GegnerInnenschaft kann nicht einmal herausgestellt und ein andermal zurückgestellt werden, wenn die Glaubwürdigkeit nicht verloren gehen soll. Genau mit diesen Problemen haben wir hier draußen aber zu kämpfen: die politischen und sozialen Zusammenhänge sind überwiegend kurzlebig, Menschen stellen ihre GegnerInnenschaft schnell auch wieder zurück, unsere Geschichte ist so auf viele Individuen verteilt und schwer aufarbeitbar und weiterzuentwickeln.

Wir stimmen euch zu: Niemand kann, wenn es um "Neues" geht (wir würden sagen um einen neuen Anlauf auf weiterentwickelten Grundlagen), einfach der oder die Alte bleiben. Aber die eigene Veränderung findet nicht im luftleeren Raum statt, niemand kann sagen:"ich halte den Bruch", ohne daß er irgendwo

praktisch würde. Das macht sich nicht nur an den gewählten Mitteln fest, sondern auch an der Haltung, mit der für politische Inhalte und Ziele gekämpft wird.

Schließlich noch eine letzte Frage: Wir denken, daß die Erklärungen der Guerilla und von Irmgard im Namen aller Gefangenen im April 1992 objektiv nur im Verhältnis zur KGT - Initiative und in dem von ihr gesteckten politischen Rahmen gewirkt haben. Natürlich wäre es unsinnig zu sagen, auf eine solche Initiative sollte dann - wenn sie schon einer eigenen zuvorkommt - besser erst gar nicht reagiert werden. Aber stimmt ihr uns nicht zu, daß die politische Situation 1990 (wo Gefangene offenbar von der Guerilla eine Rücknahmeerklärung erwartet/erhofft hatten) und die 1992 nach Kinkels "Vorstoß" sich deutlich voneinander unterscheiden und daß dies Einfluß auf die Wirkungsrichtung und die politische Dynamik der eigenen Initiative haben kann/hat?

DIE POSITION DER GUERILLA

Die alte Bestimmung der Funktion der Guerilla ist durch die weltweiten Umbrüche nicht aufrechtzuerhalten. Ihr Kampf habe darüberhinaus keine Anziehungskraft mehr. Spektakuläre Aktionen allein können nicht länger hinwegtäuschen über fehlende Wirkungsmöglichkeiten in die Gesellschaft hinein. Rücknahme der Eskalation soll die Neubestimmung revolutionärer Politik und gleichzeitig die Freiheit der politischen Gefangenen ermöglichen. Sie seien nicht einverstanden gewesen mit Überlegungen von Gefangenen (z.B. Helmut Pohl) 1990, sich "einfach zurückzuziehen", um den Kampf um Freiheit und damit auch um neue politische Ansätze ganz an die Gefangenen und an die aufzubauende Bewegung draußen abzugeben, und zwar "mit offenem Ende". Dagegen seien sie immer davon ausgegangen, daß Neubestimmung und Freiheit nur in einem Kampfprozeß durchgesetzt werden können.
Allerdings seien sie offen gewesen für jeden Transformationsgedanken analog der Neubestimmung revolutionärer Politik, "die wir zusammen herausgefunden hätten". Entsprechend sähen sie es nicht als ihre Verantwortung an, "die RAF bis ins nächste Jahrtausend zu retten", eine Aufgabe der Option des bewaffneten Kampfes bedeute dies jedoch keinesfalls.

Unsere Fragen:
Wir fänden es eine politische Katastrophe, wenn ihr euch tatsächlich die Rückkehr zu tödlichen Angriffen auf Repräsentanten des Sytems vorstellen könntet mit der Begründung, daß sich in der Gefangenenfrage endgültig nichts auf eine Lösung hin bewegt habe. Ist das für euch tatsächlich eine Option? Haben wir euch da richtig verstanden?

Die Bedeutung des Angriffes auf das Gefängnis in Weiterstadt lag für uns nicht nur darin, daß "ein Projekt, das für den staatlichen Rassismus und die wissenschaftliche Zerstörung der menschlichen Identität steht", zum Einsturz gebracht wurde. Weiterstadt hat für uns auch Möglichkeiten angedeutet, wie sich ein dialektisches Zusammenwirken von einem langen und öffentlich geführten politischen Kampf (den es gegen den weiterstädter Knast gegeben hat) und einer praktischen Intervention mit den Mitteln der Guerilla entfalten kann. Jetzt sieht es für uns aber so aus, daß die Möglichkeit einer Gesamtlösung Gefangene/RAF (was ja wohl die Auflösung der Guerilla bedeuten würde) von euch sozusagen parallel dazu nicht ausgeschlossen wird und daß ihr Weiterstadt möglicherweise auch als Druckmittel in diese Richtung bestimmt habt. Aus ein und demselben zwei grundverschiedene Konsequenzen?

Wir denken, daß es ein Fehler war, einen langwierigen Prozeß, nämlich die Neubestimmung revolutionärer Politik, zu verknüpfen mit der Sache der politischen Gefangenen, in der erklärtermaßen die Zeit drängt und möglichst schnell "Lösungen" gefunden werden müssen. Wir meinen, daß hier euer Konflikt liegt: Als **Guerilla** eine neue Bestimmung zu suchen, gleichzeitig aber in den Kampf um Befreiung der politischen Gefangenen praktisch eingreifen zu wollen. Das führt dazu, daß der Staatsapparat bei anhaltenden Angriffen der Guerilla und der Schwäche der Linken insgesamt die Gefangenen als Geiseln gegen euch bzw. eine gesamte politische Entwicklung benutzt. Oder aber es muß das Angebot geben, Angriffe im Gegenzug zu Bewegung in der Gefangenenfrage ganz einzustellen, also auch die RAF als Organisation aufzulösen.
In dem Widerspruch ist es unmöglich, sich zu bewegen. Entweder ihr löst euch von der Geiselfunktion der Gefangenen gegen euch (wie von einigen Gefangenen gefordert) oder ihr werdet auf eine Organisation zur Befreiung "ihrer" Gefangenen reduziert.
Wie seht ihr das?

Daran anschließend dieselbe Frage wie an die Celler Gefangenen:
Seht ihr wirklich keinen Unterschied darin, ob die Initiative für die Rücknahme der Eskalation 1990 (kurz nach der letzten großen Mobilisierung für die Zusammenlegung) von euch ausgeht und nicht scheinbar vom Staat mit dem Gerede von "Versöhnung" 1992, so daß eure Initiative nur noch als Antwort darauf erscheinen kann? Aus einem weiteren Grund denken wir, daß es nicht richtig ist, eure Vorstellung mit der von einigen Gefangenen gleichzusetzen: Die Perspektiven, die damit verknüpft waren, sind andere.

Ihr schreibt in eurer Erklärung (6.11.93 in der FR) "wir waren offen für jeden Transformationsgedanken..., die wir zusammen herausgefunden hätten."
Ihr redet in der Vergangenheit. Was ist für euch vorbei und was kommt für euch jetzt? Welches Tempo hattet ihr euch für den von euch anvisierten Prozeß vorgestellt?

DIE POSITION DER GEFANGENEN, FÜR DIE BRIGITTE MOHNHAUPT GESPROCHEN HAT

"...die Grundlagen unserer Politik (wurden) weggekippt". Der RAF und den Cellern gehe es um Abwicklung der RAF und der Geschichte der Gefangenen aus der RAF, wenn nötig, auch hinter dem Rücken der übrigen Gefangenen. Die politische Aufgabe der RAF werde angeboten, um im Gegenzug die Freilassung der Gefangenen zu erreichen. Die Guerilla habe jede eigenständige strategische Bestimmung aufgegeben. Aus der "Zäsur" sei nicht die Öffnung für die Neubestimmung, sondern der Schritt in die Anpassung und Entpolitisierung hervorgegangen.

So wenig transparent und politisch nachvollziehbar eure Auseinandersetzungen um Widersprüche zu den Cellern und der Guerilla waren, so glatt habt ihr jetzt den politischen Bruch formuliert.
Wir gehen davon aus, daß das in der Glattheit für euch so nicht stimmt, sondern daß sich das für jede/n einzelne/n von euch besonders aus den letzten 5 Jahren und einer eigenen Geschichte unterschiedlich entwickelt hat. Vermittelt doch mal, wie das in der Verschiedenheit für euch ist. Von den Entwicklungen und Positionen der Celler haben wir viel mehr verstanden.
Brigittes Darstellung der Ereignisse suggeriert, als hätten die Beteiligten (die Celler, die RAF, Birgit Hogefeld, Christian Ströbele) aus ein und derselben

politischen Motivation gehandelt. Diese Art der Darstellung nimmt die unterschiedlichen politischen Vorstellungen nicht wahr.

Unsere Fragen:

- Ihr habt in Briefen oft selbst von einem Einschnitt geredet (z.B. in dem von Irmgard Möller, der positiv auf die Rücknahmeerklärung der RAF Bezug nahm). Was ihr damit verbunden habt, blieb aber inhaltlich für uns immer unklar. Was heißt Zäsur für euch?
Ihr habt auch immer wieder geschrieben, daß das "Projekt der Gefangenen seit 88" nicht richtig verstanden werde/worden sei.
Offensichtlich war auch die Vermittlung ungenügend, sonst wären die Unterschiede/Gemeinsamkeiten politisch nicht so schwer auf den Punkt zu bringen (z.B.: Mit der Rücknahme der Eskalation 1990 wäre dieselbe Perspektive verbunden gewesen wie mit der Rücknahme im April 1992).
- Wir finden es legitim und richtig, wenn ihr euch gegen Positionen und Herangehensweisen abgrenzt, die ihr für falsch haltet. Aber Abgrenzungen allein könnens auch nicht sein. Uns fehlt einfach die öffentlich zur Diskussion gestellte Aufarbeitung eurer eigenen Geschichte, die Bewertung eurer Erfahrungen, die Selbstkritik aufgrund der Sicht, die heute auf vorhergehende Kampfabschnitte möglich ist. Beiträge in diese Richtung sind uns bisher nur von den Gefangenen in Celle und Gefangenen aus dem Widerstand wie z.B. Ali Jansen, Bernhard Rosenkötter und Michi Dietiker bekannt.
Darüberhinaus gab es auch von eurer Seite aus - soweit uns bekannt - kaum ausgearbeitete Antworten oder Bezugnahmen auf Diskussionspapiere und Auseinandersetzungen draußen. Es ist klar, daß das unter euren Bedingungen im Knast schwierig ist, zumal, wenn nicht jede(r) einzeln für sich nur reden möchte.
Die jetzt eingetretene Situation verlangt aber umso dringender eine umfassende Auseinandersetzung - hoffentlich unter der Beteiligung vieler.

Zum Abschluß des zweiten Teils nochmal zurück zu unserem Ausgangspunkt: Solidarität braucht Grundlagen. Wir möchten uns nicht länger damit abfinden, daß Kritik und Fragen oft genug unbeantwortet und Stellungnahmen und Diskussionspapiere (bzw. ihre VerfasserInnen) nicht wirklich ernstgenommen werden. Oder daß konsequenzlos Herrschafts- und Gewaltverhältnisse in unseren Diskussionen reproduziert werden. Die einfachsten Grundsätze gegenseitiger menschlicher Achtung sollten zumindest garantiert sein.

ORIENTIERUNGEN FÜR UNSERE ARBEIT

Im letzten (und angesichts der Situation seit mindestens zwei Jahren auch dem schwächsten) Teil unseres Papiers möchten wir kurz skizzieren, was wir - so grob und unfertig das heute ist - als Grundlagen für unsere weitere Arbeit betrachten.

Solidarität mit den politischen Gefangenen und die Arbeit für ihre Forderungen gründen sich für uns nicht auf ein reines Unterstützungsverhältnis. Die politischen Wurzeln unseres Zusammenhangs liegen in den Jahren 1988 und 1989; ein Aspekt war die rechtliche Ausweitung des § 129a und dessen Anwendung gegen ein politisch sehr viel breiteres Spektrum. Für viele von uns waren die Staatsschutzprozesse gegen GenossInnen aus fast dem gesamten Spektrum der radikalen/militanten Linken Anlaß, sich -anders als in den Jahren zuvor - kontinuierlich mit Repression, Knastbedingungen und politischen Gefangenen auseinanderzusetzen. Die Drohung mit langen Jahren Isolationsfolter richtete sich nicht mehr

nur in erster Linie gegen GenossInnen aus bewaffnet kämpfenden Gruppen, sondern auch gegen uns. Die Forderung nach Zusammenlegung war entsprechend auch eine Forderung für uns selbst. Für Bedingungen, die es uns (also den verschiedenen Spektren des Widerstands) ermöglichen würden, auch im Knast politisches Subjekt bleiben und weiterhin an der Auseinandersetzung um politische Perspektiven und Kämpfe teilzunehmen zu können.

Zur selben Zeit begann in den verschiedensten Zusammenhängen und Strömungen des Widerstands die Diskussion über politische Ansätze, deren Überprüfung und Weiterentwicklung sowie über Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und gegenseitiger Bezugnahme. Der Hungerstreik 1989 bzw. seine politische Erklärung griff diese Entwicklung auf.

Folgende Grundlagen gelten für uns bis heute:
- Die Forderung nach Zusammenlegung ist auch eine Forderung für unsere eigenen Kampfbedingungen.
- Solidarität mit den politischen Gefangenen ist für uns verbunden mit der Auseinandersetzung über Erfahrungen, politische Ansätze und Strategievorstellungen. Fortschritte im Aufbau handlungs- und gesellschaftlich durchsetzungsfähiger linker Strukturen sind für uns weiter die Basis dafür, die Forderungen der Gefangenen gemeinsam mit ihnen durchsetzen zu können.
- die seit 1989 entstandenen, für die Forderungen der politischen Gefangenen arbeitenden Gruppen sind einerseits Ausdruck einer positiven Entwicklung (die Forderungen der politischen Gefangenen fallen nicht mehr einfach "hinten runter", es besteht Bewußtsein darüber, daß der Repression nur standgehalten werden kann, wenn es eine bewußte Auseinandersetzung mit ihr gibt); andererseits ist unübersehbar, daß auf "SpezialistInnen - Gruppen" abgewälzt wird, was eigentlich lebendiger Bestandteil der Arbeit in jeder linken politischen Gruppe sein sollte. Es ist auch immer noch ein Ansatzpunkt unserer Arbeit, uns als "**thematisch orientierte**" Gruppe, die diese Auseinandersetzung "abdeckt", überflüssig zu machen.

Was ist also die Orientierung, die wir unserer Arbeit geben wollen:

Die Orientierung auf "Gesamtlösung" (also am Ende einer - in diesem Fall einseitig beendeten - Konfrontation werden Gefangene freigelassen und die RAF löst sich im Gegenzug hierzu auf), die für unsere Arbeit eine Amnestiekampagne bedeuten würde, ist es sicher nicht. Wir meinen, daß dies - jedenfalls unter den gegebenen Bedingungen - in eine politisch falsche Richtung weist

Nach der Nichtentlassung von Bernd Rössner, der Einleitung der 8 neuen Ermittlungsverfahren und den ersten Prozeßurteilen gegen Christian Klar und Ingrid Jakobsmeier sowie nach Bad Kleinen kann einfach nicht mehr ignoriert werden, daß die politisch Verantwortlichen sich zu einer "Lösung" für alle Gefangenen nicht gezwungen sehen. Auch wenn es uns selbst in dem Widerspruch fast zerreißt, daß sich für alle Gefangenen sofort etwas bewegen muß, es hier draußen aber an allen Ecken und Enden für die Durchsetzung ihrer Forderungen fehlt, können wir nur feststellen: Aus der gegenwärtig schwachen Position der Linken heraus hängt ein schnelles Freikommen davon ab, wie weit von eigenen Positionen abgerückt wird.

Für uns aus unserer Geschichte heraus ist darüberhinaus keine Konfrontation/kein Kampfabschnitt abgeschlossen. Es wäre einfach falsch für uns, etwas zu fordern, was mit unserer eigenen Realität nicht in Einklang zu bringen ist

und uns wichtigen Kriterien (auch in Hinblick auf eine Reorganisierung) widerspricht.

Daraus folgt für uns: Wir werden den Schwerpunkt unserer Arbeit darauf legen, zur Rekonstituierung und Reorganisierung der Linken beizutragen. Die Freiheit der politischen Gefangenen bleibt für uns ein wichtiges Ziel, die Zusammenlegung bis dahin und die Freilassung aller Haftunfähigen die allgemeinen Forderungen. An der Auseinandersetzung mit den politischen Gefangenen und der RAF liegt uns nachwievor viel.

Wir sind uns darüber im Klaren, daß wir so momentan im Höchstfall für Einzelne die Freiheit erreichen können (für Bernd Rössner, Ali Jansen, Irmgard Möller). Die gesellschaftliche Verankerung der Forderungen und unsere Fähigkeit zur Zuspitzung, die eine Lösung unumgänglich werden läßt, müssen wir uns in einem zähen Ringen erarbeiten, auch ohne sofort sichtbare "Erfolge" zu erleben. Zwar führt ein Erstarken der revolutionären Bewegung allein nicht automatisch zur Freiheit der politischen Gefangenen - im Gegenteil: es wäre naiv zu glauben, daß der Staatsapparat darauf nicht mit Repression und Gefangennahme von GenossInnen reagieren würde. Aber eine politisch gefestigte und handlungsfähige Linke ist die Grundlage dafür, daß die Freiheit bzw. Zusammenlegung der politischen Gefangenen möglich wird.

Neben unserem eigenen Ansatz können wir uns gleichberechtigt und sinnvoll auch andere vorstellen: z.B. für die Abschaffung lebenslänglicher Freiheitsstrafen zu arbeiten, Vorgehensweisen des Apparats (vor Gericht wie bei Anhörungen) auf allen Ebenen zu denunzieren, auch vor internationalen Gremien, nach möglichen BündnispartnerInnen für diese Ansätze zu suchen. Wir denken aber, daß es sinnvoll und nötig ist, sich für die eigene Arbeit Schwerpunkte zu setzen und diese dann auch mit Nachdruck zu verfolgen. Das, was hier getrennt beschrieben wird, wird es so aufgetrennt sowieso nie geben; es ist sicher so, daß die eine Arbeit jeweils auf den Erfolgen der anderen Arbeit aufgebaut sein wird.

Was uns als "Initiative für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt" zur Zeit am meisten beschäftigt, ist die Grundlagen unserer Arbeit in der gegebenen gesellschaftlichen Situation neu zu bestimmen. Diesen Brief haben wir auch geschrieben, um herauszufinden, wo und mit wem politische Grundlagen und Perspektiven bestehen, um gemeinsam etwas zu entwickeln. Wir sehen das nicht nur für unsere Gruppe so, sondern wir meinen, daß es hier um wesentliche Punkte geht, die die gesamte Debatte um Neuorientierung/Weiterentwicklung betreffen.

Klasse gegen Klasse

RTL-Explosiv sucht "Klasse gegen Klasse"-FürsprecherInnen zwecks Interview.
Tel.: 0172/3900527

Wir wollen euch nix vorenthalten!

AN EINEM SCHÖNEN DONNERSTAG, ES HAT NOCH NICHT GETAUT...

Da haben wir ein paar Umstrukturierungsmaßnahmen in Zehlendorf verübt. Stadtplaner, Architekten und Spekulanten, ihr seid in euren Häusern im Grunewald nicht sicher. Zwei Sprengsätze auf ihre Terrassen, zwei Brandsätze unter ihre Nobelkarossen.
Rudolf Hellmann, Leiter des Kreuzberger Stadtplanungsamtes und damit Verantwortlicher an einer der Nahtstellen des Umstrukturierungsprogrammes proletarischer Bezirke. Während die Senatsbauverwaltung in zunehmendem Maß die bezirklichen entscheidungsbefugnisse an sich zieht um die neuen Bauvorhaben so zu beschleunigen, kommt der Bezirksbaubehörde die Aufgabe zu, mit Rücksicht auf ihre "rot-grüne" Wählerklientel 'Kosmetik' zu betreiben. So sol den von Vertreibung Betroffenen Sand in die Augen gestreut werden, die Umstrukturierung "sanft-alternativ" maskiert werden. Zwei Beispiele:
- Private Investoren planen im alten U-Bahnschacht Dresdener Straße eine "Kunstmeile" mit schicken Cafés etc. Die Bezirksbauverwaltung lehnt den gastronomischenTeil des Projektes ab, weil das eine"unzumutbare Verkehrsbelastung für die Anwohner" darstellen würde. Generell sind sie aber für dieses Yuppi-Projekt.
- Bezirksamt, Erneuerungskommission uns S.T.E.R.N. versuchen, eine 'Millieuschutzverordnung' für Teile von SO 36 durchzusetzen. Gleichzeitig aber befürworten sie das Monster-Projekt "Europäisches Handels- und Dienstleistungszentrum" am Moritzplatz mit geschätzten Büromieten um 60 DM/qm.
Das hat auch eine eigene Loik, wenn wir beobachten, wie viele hohe und leitende Beamte der Bezirksbauverwaltung ihren Job als Sprungbrett in die Baumafia und dieselbe ihre Verbindungen ins Rathaus benutzen.
Und dann gibt es da noch die 'Freischaffenden'.
Die vergessen wir bevorzugt nicht. (Gell, Herr Fries, da hat der Bewegungsmelder nicht viel genutzt) Götz Fries, Mietspekulant und Architekt, regelt über seine Kreuzberger Büroadresse u.a. die Vermietung von Luxusdachgeschoßwohnungen am Südstern. Für feine Pinkel, die 25 DM/qm zahlen können, ist er die richtige Adresse. Für unser Fadenkreuz damit auch.
Auch auf diese Weise wird dieses Lehrer-, Sozialarbeiter-, Ärzte-, Architekten- und Computerpack in unsere Bezirke gezogen. Bezirkliche Großprojekte, "rot-grün" abgefedert, und private Profitgeier sorgen so für immer schlechtere Bedingungen alteingessener Bewohner.
An dieser Stelle wollen wir noch einmal eindringlich auf unser Schreiben an Bewohner solcher Luxusdachgeschoßwohnungen vom Juni hinweisen:
VERSCHWINDET !
Mit Interesse haben wir die Reaktioen auf unsere letzten Aktionen zur Kenntnis genommen. Wir haben offensichtlich den korrupten und pseudo-alternativen Nerv genau getroffen. Da wird in der Zitty über "KZ-Schergen" spekuliert, eine ehemalige taz-Mitarbeiterin ruft im Tagesspiegel zur offenen Denunziation durch "Plakatieren möglicher Täter" auf, die taz selbst überholt die Springer-Presse rechts. Da ist viel die Rede von "Rechtsradikalen", "Geheimdiensten" und "stalinistischen Kadertruppen".
Mit diesen Lügen und Verleumdungen ist dann der Schulterschluß mit der CDU wenigstens einmal offen vollzogen. Diese Herrschaften denken laut über die Aufstellung einer 'Kiezpolizei' nach. Dem sehen wir mit erwartungsvoller Spannung entgegen.
JEDE/R, DIE/DER SICH AN SPEKULATIONEN ÜBER AKTIVISTIN/NEN BETEILIGT, SOLLTE WISSEN, DAß SIE/ER BULLENARBEIT LEISTET !
JEDE/R, DIE/DER VON UMSTRUKTURIERUNGSMAßNAHMEN PROFITIERT, IST MORGEN MÖGLICHES ZIEL !

Und selbstverständlich war es auch dieses mal weder "Glück" noch "Zufall", daß niemand verletzt wurde, sondern ein Bestandteil unserer Planung.

klasse gegen klasse

Ein Schwerpunkt der Sonder - ErmittlerInnen wird die Suche nach mutmaßlichen oder echten Mitgliedern von Klasse gegen Klasse sein. Diese Gruppe wird von vielen Menschen scharf angegriffen, sowohl in ihrer politischen Ausrichtung als auch wegen der verwendeten Methoden. Dies darf den Bullen nicht die Möglichkeit zur Spaltung geben. Es muß klar sein, daß jeder Angriff auf den Widerstand ein Angriff gegen uns Alle ist und keine politische Analyse so Scheiße ist, daß sie einen Bruch rechtfertigt, der Leute für Jahre in den Trakten vergräbt. Es gibt gerade zu Klasse gegen Klasse eine Menge Tratsch. Macht euch klar, daß spätestens jetzt jeder dumme Scherz mutmaßliche ebenso wie tatsächliche Mitglieder dieser oder jener Vereinigung für viel zu lange aus ihren gemütlichen Szenezusammenhängen reißen kann. Also nochmal laut und deutlich:

Keine Gerüchte - keine Spekulationen - keine Aussagen

Nach Angaben der Presse wurde am 19. 11. eine Sonder - Ermittlungsgruppe der Bullen gegründet nachdem in Zehlendorf Stadtplaner angegriffen wurden, (das macht ihnen offensichtlich Sorgen, wenn der Widerstand das Ghetto verläßt). Nachdem ebenfalls in der Presse Gerüchte plaziert wurden, daß die wegen der Tötung von Kaindl verhafteten Menschen aus einer " türkischen, antifaschistischen Gruppe " (Tagesspiegel 20/11) kommen, könnte die Repression gegen Menschen aus den unterschiedlichen Bewegungen des Widerstandes eine -für Berlin- neue Qualität erreichen. Die Erfahrungen mit den Aussagen nach den Schüssen an der Frankfurter Startbahn West haben gezeigt, daß die Bullen auch und besonders "unwichtige" Aussagen von "Unwichtigen" Menschen erpreßt und erhalten haben, d. h. daß über die Aushorchung von vielen Randpersonen der Szene es gelungen ist, ein relativ deutliches Bild vom Widerstand in der Region zu kriegen, ohne daß irgendeineR das Gefühl gehabt hätte, wichtige Dinge verraten zu haben.
Aus diesem Anlaß noch mal die dringende Aufforderung an alle:

<u>Keine Aussagen bei Bullen und Justiz</u>, auch keine, die noch so popelig und unwichtig erscheinen !!!

P.S.:
Wenn ihr unsicher seid, weil Ihr z.B. Vorladungen bekommt, wendet Euch sofort an AnwältInnen eures Vertrauens (!) und den Ermittlungsausschuß, Tel. 69 222 22

November-Theater

Bezirksamt entscheidet: Obdachlose bleiben in der Kälte

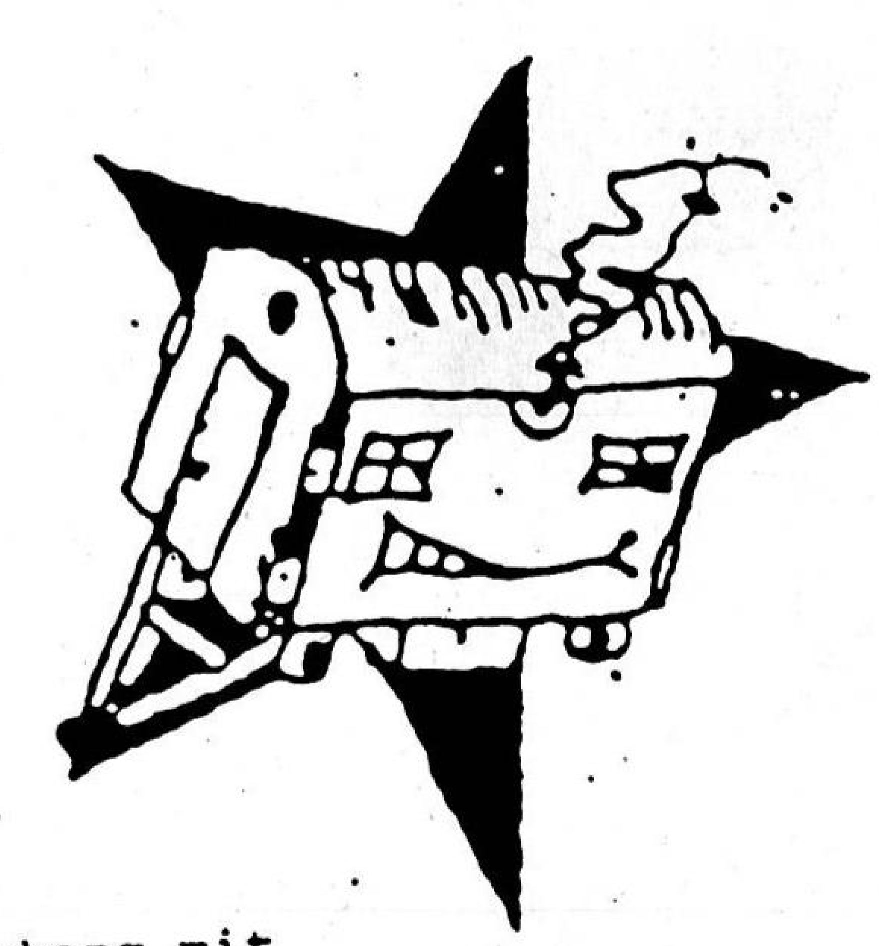
Das Bezirksamt Mitte verweigert die Genehmigung zur Errichtung eines Sanitätszeltes neben der

Mahnwache am Rosa-Luxemburg-Platz

Die Entscheidung auf der Bezirksamtssitzung vom Dienstag, 16.11. zeigt: Die harte Linie des Bezirksbürgermeisters Keil (SPD) hat sich durchgesetzt. Die Mahnwache, die auf drängende soziale Probleme in der Berliner Innenstadt verweist, soll aus dem Stadtbild entfernt werden.

Alle, die nicht in die Vorstellung einer "modernen Stadt" passen, wie sie in den Köpfen der Metropolenplaner herumspukt, sollen aus der Innenstadt entsorgt werden. Das zeigt der Umgang mit den Wagenburgen, das zeigt der Umgang mit unserer Mahnwache, das zeigt der Umgang mit den vielen Wohnungs- und Obdachlosen in dieser Stadt.

- die Wagenburgen sollen in Lager am Stadtrand entsorgt werden. "Eine Verunstaltung des Stadtbildes ist dort nicht zu erwarten", so die Räumungsbegründung von Engelbecken.
- unsere Mahnwache wird von Platz zu Platz gejagt. Es wird verhindert, daß wir uns einen stabilen Wetterschutz errichten.
- Wohnungen werden bewußt leerstehen lassen: im Westen die Wohnungen der Alliierten, im Osten die Wohnungen in Häusern mit "ungeklärten Eigentumsverhältnissen". Hier sollen in ferner Zeit einmal die Bonzen aus Bonn und die gutverdienenden BüroarbeiterInnen der Innenstadt wohnen. Wer jetzt schon einzieht, den schmeißt die Polizei wieder raus.



Wir sollen aus dem Blickfeld verschwinden. In Lagern am Stadtrand oder in Läusepensionen und Wärmestuben. Das lassen wir nicht mit uns machen. Wir werden auch weiterhin das Stadtbild verunstalten!

Wir fordern:

- Einstellung aller Ermittlungsverfahren in Zusammenhang mit der Räumung der Wagenburg am Engelbecken, der Mahnwache und der Besetzung der Häuser Pfarrstraße 112, Weberwiese und Johannisstraße 8.
- Schadensersatz für die Zerstörung gekennzeichneten Eigentums bei der Räumung der Wagenburg am Engelbecken.
- Streichung der Koalitionsvereinbarung: "Keine Wagenburg in der Innenstadt".
- Einen für alle vertriebenen BewohnerInnen der Wagenburg akzeptabler Stellplatz in der Innenstadt
- Tolerierung von Haus- und Wohnungsbesetzungen. Kein Mensch darf(im Winter)auf die Straße geräumt werden!

WIR BLEIBEN ALLE

Berlin, 18.11.93

Die Mahnwache am Rosa-Luxemburg-Platz

Zur Organisierungsdebatte, vorallem zu einigen beiträgen aus der interim '261' und eine antwort von "calimero aus dem aok" in der interim '262'

vorallem drei beiträge in der interim '261' waren geprägt vom suchen nach neuen organiserungsformen in autonomen zusammenhängen, weil deren praxis überall auf die grenzen stößt:
- die erklärung von genossInnen, die darlegen, warum sie ihre militanten angriffe gegen den ausbau der oberbaumbrücke vorläufig beenden;
- die erklärung einer antiumstruktierungsinitiative, die beklagt, daß während der letzten aktionstage gegen häuser- und wagenburgenräumungen zwar verbal militante parolen gegen kapital und staat zu hören waren, als eine berüchtige charaktermaske aber ganz liberal das gespräch suchte, wurde ihm das sehr zum mißfallen der genossInnen nicht verweigert, obwohl - wie sie schreiben - gerade jener kapitalist schon häufiger in der öffentlichkeit bekanntgemacht wurde;
- schließlich die erklärung von 'aro', einem anti-olympia-aktivisten, der ein ernüchterndes resümee zieht, bezüglich des engagements systemantagonistischer linker in dieser bewegung.
gerade sein beitrag sparte sich die xte denunzierung der 'ach-so-bösen' reformistInnen, die die revolutionärInnen sabotieren, verraten etc. und legte den finger auf die generellen fehler, schwächen des autonomen teilbereichskampfs.
natürlich ist das nichts neues, wenn allerdings genossInnen aus verschiedenen teilbereichskämpfen diese erfahrungen und ihre jeweiligen grenzen offenmachen, ist das für eine rekonstruktion revolutionärer politik hilfreich.
umso bornierter erscheint die erste reaktion auf aros beitrag von 'calimero' (interim 262). statt sich genauer mit aros beitrag auseinanderzusetzen wird das feindbild wieder geraderückt. diesmal sind es nicht mehr die reformistInnen sondern spontanaistische autonomo versus genossInnen, die über neue organisationskonzepte nachdenken. das wird auch konkretisiert " dunstkreis jenes gebildes, welches sich f. e. l.s. nennt," "die AABeNull wird scheitern, bzw. ist schon jetzt gescheitert und das ist gut so".....
diese frontstellung ist nicht zufällig, sondern fast symtomatisch in autonomen diskussionen der letzten drei jahre. die höhepunkte in der maivorbereitungen kommen nur daher, daß dann bisher noch versucht wurde, praktische aktionen zu organisieren, wo schon längst die grundlage abhanden gekommen ist. wenn auf maiplenen autonome sich in der rolle der spontis der 70er jahre sehen, die, so die geäußerte lesart, von den damaligen k-gruppen an die wand gedrückt wurden wird nicht reflektiert, daß aus diesen spontis der 70er in nicht weniger als 10 jahren die grünen realas/os wurden und das schon in der subjektivistischen sponti-ideologie angelegt war.
das manche noch-oder ex-genossInnen der autonomen schon weit vorangeschritten sind in diesem prozeß beweisen die wenig widerspruch auslösenden beiträge einer gruppe, die den letzten 1 mai noch- und den neuen vorbereiten will. ihr abschied von einer 'pflichterfüllungsethik' beinhaltet zugleich die abkehr vom anspruch als metropolenlinke eine verantwortung für die imperialistische weltordnung und ihre zerstörung zu haben. diese gomerro-fraktion der autonomen ist nur noch an der ökologischen ausgestaltung der nischen im imperialismus interessiert, nicht an der zerstörung des imperialismus, die ja auch diese nischen beseitigen würde.
viele werden sich schon zu langweilen beginnen, weil das x-mal gesagte wiederholt wird. auch revolutionärInnen, die sich lange zeit hoffnungen machten auf eine pespektiv- und organisierungsdebatte, kommen mehr und mehr zu dem schluß, daß sie illusionen aufgesessen sind. verbal-revolutionäre rethorik und pseudo-revolutionäre attitüden verzerrten auch unser kritisches bild vom geringen revolutionären gehalt, der meist dahinter steckte.
so ist der anspruch des calimero-beitrags verbal 'revolutionäre gegenmacht', allerdings bei ablehnung von perspektivdisskussionen mit revolutionärem anspruch, dem totalen verzicht auf jede organisation und der hoffnung, daß versuche von genossInnen, die die organisationsfrage theoretisch und praktisch stellen, scheitern werden ist dieser anspruch hohl.
der text läßt an vielen stellen erkennen, daß es mit dieser revolutionären gegenmacht so ernst nicht gemeint war. nur einige beispiele:
"schließlich kann mensch eine erfolgreiche arbeit nicht ....". vom revolutionären standpunkt aus stellt sich doch die frage, war diese arbeit erfolgreich in dem sinne, daß sie die systemantagonistische linke weitergebracht hat, was aro verneint und dieser einschätzung widerspricht calimero auch nicht. so ist die frage welches kriterium er dann für den erfolg anlegt. ein politisch völlig entleerter erfolgsbegriff, der sich bloß am erreichen des unmittelbaren ziels, der verhinderung der olympiade 2000 in berlin, orientiert, wie ihn al-pds-etc-politikerInnen nach der entscheidung verlautbarten, kann ja wohl kein kriterium für revolutionärInnen sein.
calimero entleert den begriff 'organisiert', wenn er ihn synonim verwendet mit mitmachen, sich bewegen. es ist unglaublich einerseits organisierung derart mißzuverstehen und doch so zu bekämpfen.
die benennung einer revolutionären perspektive in den aok-verlautbarungen wären für calimero worthülsen und "die dampfhammermethode bestimmter gruppen" und außerdem kontraproduktiv.
hier widerholt sich eine jahrhundertalte diskussion zwischen angeblichen pragmatikerInnen, die um ja nicht abzuschrecken etc. die revolutionäre perspektive aufgaben, bald aber stellte sich heraus, daß sie auch keine (mehr) hatten. auf die frappierende ähnlichkeit mit diskussionen in der frühen sozialdemokratie zwischen revisionistInnen und revolutionärInnen geht ein längerer theoretischer beitrag ein, der in der interim teilweise im 'ak' 355 und 356 unter dem titel **'offener brief von rosa luxemburg an die raf, die rz sowie die autonome und antiimperialistische bewegung'** veröffentlicht wurde.
der angebliche streit um wörter ist in wirklichkeit inhaltlich. natürlich geht es garnicht darum, ob überall 'revolutionär' darüber oder darunter stehen muß, sondern ob mensch sich in teilbereichskämpfen aufreibt, um sogar beim punktuellen teilbereichserfolg ohne grundlegende perspektive dazustehen (wie es aro beschreibt) oder die organisierungsdebatte endlich zu beginnen. ob die modelle von f.e.l.s. oder antifa/m sich als längerfristig tauglich erweisen, wird sich zeigen. wichtig ist, hier haben genossinnen begonnen mit der unverbindlichkeit, der organisationsfeindlichkeit zu brechen. die realen kämpfe werden zeigen, welches organisationsmodell sich auf dauer als stark genug erweist, im revolutionären kampf im metropolenalltag zu bestehen.
diese erfahrungen haben auch die genossInnen der raf und die gefangenen aus raf und widerstand gerade wieder machen müssen. deshalb ist es umso bedauerlicher und unverständlicher, daß die interim-redaktion einen längeren beitrag **"zum brief von b. mohnhaupt und der neuen raf-erklärung"** in den ordner verbannte, obwohl gerade dieser text jenseits aller schlammschlachten und schuldzuweisungen, fragen an beide fraktionen stellt. da diese debatte wichtig für die perspektivdiskussion ist wäre es wünschenswert,

wenn der text doch noch in der interim abgedruckt würde, zumal er sich ja auch an die gefangenen und die illegalen aus der raf richtet, die sich eben nicht einfach mal texte aus dem interim-ordner kopieren können, wie übrigens die meisten genossInnen außerhalb berlins auch nur mit schwierigkeiten.

was hat die raf-gefangenen-debatte mit dem vorhergegehenden zu tun?

eine menge - die erfahrung, daß eine metropolenguerilla wie die raf, die seit über 20 jahren eine kontinuität im revolutionären kampf hat, in reformismus und opportunismus zurückfallen kann, wenn auf eine materialistische analyse verzichtet wird und die subjektive betroffenheit zum dogma erhoben wird, wie im frontprozeß der raf.

einige fragmentarischen ansätze zum weiterdiskutieren haben einige gefange schon geliefert. so schrieb christian klar in einem brief vom 14.8.1993 (abgedruckt in der clockwork 129a nr. 33/34) u.a.: ....aber dann weiter, um auf eine bestimmte sache zu kommen, die hier in der linken nicht mehr klar ist. in der metropole ist weiterhin revolutionäre politik politik der bewussten minderheit! wenn 'sich öffnen' die perspektive wendet hin zu einer vorstellung von 'mehrheiten' gewinnen im rahmen der metropolengesellschaft, ist die sache grundsätzlich verraten. im gefolge taumeln unweigerlich die vielen gestalten des opportunismus ins bild....."

die spontiparole "menschen müssen sich ihren eigenen kopf machen und selbstverständlich von ihrem eigentlichen verhältnis, von ihrer eigenen betroffenheit ausgehen", die ja in der protestantisch-deutschnationalen friedensbewegung schon zum dogma wurde, wird hier mit der metropolenrealität konfrontiert, in der das erkennen der eigenen interessen und des kampfes darum, den bruch mit den metropolenmentalitäten zur voraussetzung hat. auch das geht nur organisiert und in dialektischer auseinandersetzung mit revolutionären bewegungen auf internationaler ebene.

in der entwicklung vom protest zum widerstand lernten und lernen menschen, daß nicht die eigene betroffenheit das entscheidende moment ist, die können die pogromrassistInnen auch vorweisen, sonden die aneignung revolutionärer theorie und praxis.

wer betroffen ist, schreit, klagt an, lebt gut im imperialismus und nervt wie eberhard richter, walter jens, uta ranke-heinemann........

wer sich mit revolutionärer theorie und praxis auseinandersetzt, macht sich auf den langen weg der organisierung.

erstere machen hierzulande karriere als moralistInnen der nation, letztere erwartet repression, knast vieleicht der tod - aber eben auch die gewißheit, daß sie als revolutionärInnen die einzigen sind, die gegen die barbarisierung des kapitalismus , des rassismus und des patriarchats im revolutionären kampf den kommunismus erobern können.

in der revolutionären organisierung wird die revolutionäre perspektive sichtbar, weil sie bürgerliche (ent)- politisierung in engagement für eine gesellschaft ohne ausbeutung, patriarchale und rassistische strukturen und unterdrückung verwandelt, resignation und ohnmacht im praktischen kampf aufhebt, der vereinzelung kollektivität antirassistisches, antipatriarchales und klassenbewußtsein entgegensetzt.

aktuell dreht sich alles darum, diesen prozeß bei möglichst vielen genossInnen voran zu treiben.

ohne revolutionäre debatte kein revolutionärer prozeß

schlagt die faschisten überall.diesmal geschah es in berlin Karow.am 17.11. zündeten wir im Jugendklub Ottomar geschke einen brandsatz.
der klub ist treffpunkt für viele nazischweine aus ganz berlin es verkehrt dort unter anderem die ober-sau arnulf priem.die faschisten können dort ungestraft feiern -ihren rassistischen dreck verbreiten und sich organisieren.durch unsere aktion denken wir werden sie sich die nächste zeit dort nicht mehr aufhalten können.so solt es sein-erst nehmen wir ihnen ihre treffpunkte und dann werden wir sie auf der strasse der gerechten strafe zuführen.

antifaschistisches kommando „herbert baum"

FIRMA RÜDIGER BRANDENBURG !

Die Baustelle auf dem Platz der Wagenburg Engelbeckecken finden wir echt nicht gut ! Ihr verzieht Euch mit Eurer Sportplatzbaufirma am besten zurück nach Zehlendorf ! Sonst waren die 90 platten Reifen Eurer Sattelschlepper und anderen Fahrzeuge vom 21. 11. 93 am Hegauer Weg erst der Anfang !

AG Baustopp

Den »Beiträgen zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« ist es nie um die Zeitgeschichte des Nationalsozialismus als solche gegangen, auch nicht nur um die Erinnerung an die deutsche Barbarei in diesem Jahrhundert. Vielmehr ging es um ein Verständnis für die Koordinaten der gegenwärtigen Sozialpolitik (im weitesten Sinne) vor dem historischen Hintergrund, wobei der Nachweis der wissenschaftlich-planerischen, der sozialtechnischen und der administrativ-personellen Kontinuität seit dem Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle spielte. Darin lag stets noch eine Kritik der aktuellen Politik und ihrer beratenden Wissenschaften. So paßten sich die »Beiträge« zunehmend schlechter ein in die auch von großen Teilen der ehemaligen linken Intelligenz akzeptierte 'geistig-moralische Wende' und den national-chauvinistischen Aufbruch des vereinigten Deutschland. Der Rotbuch-Verlag sah sich – unter Angabe ökonomischer Zwänge – nicht länger imstande, unsere Zeitschrift im Programm zu führen. Den Verlagsmitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sieben Jahre lang deren Erscheinen engagiert mitgetragen haben, danken wir an dieser Stelle. Seit dem Frühjahr ist die Zusammenarbeit beendet. Wir sind nicht unglücklich, daß die »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« nun im Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße erscheinen, der im politischen Spektrum pointiert Stellung bezogen hat und der sich um die Herausgabe wichtiger Bücher zur Geschichte der europäischen Widerstandsbewegungen gegen die nationalsozialistische 'Neuordnung' bemüht. Wir freuen uns über die Entschlossenheit, mit der die Zeitschrift in das Verlagsprogramm aufgenommen und damit ihr Weitererscheinen nach unseren inhaltlichen Vorstellungen ermöglicht wurde. Wie bisher erscheinen die »Beiträge« in alleiniger Verantwortung des Herausgeberkollegiums und der Redaktion. Mit dem Verlagswechsel hat sich auch die Auslieferung der Abonnements geändert. Die neuen Bezugsadressen und Bestellmöglichkeiten für Abonnements, auf die die »Beiträge« auch künftig angewiesen sein werden, befinden sich auf der Rückseite des Titelblatts.

Im vorliegenden Band stellt sich noch schärfer als in den vorausgehenden die Frage nach den aktuellen Bezügen. Die europäischen Flüchtlingsbewegungen der 20er und 30er Jahre entstanden nicht allein aus einem »Migrationsgefälle« zwischen Entwicklungspolen und Peripherie, sondern vor dem Hintergrund einer nationalen Subsumtion der produktiven Klassen in Zentraleuropa nach dem Ersten Weltkrieg und unter dem Zugriff des Nationalsozialismus als europäischer Ordnungsmacht – eine Konstellation, wie sie sich heute in vergleichbarer Weise neu herausbildet. Die Unterschiede zwischen damals und heute sind gewiß nicht zu verkennen: Der Nationalsozialismus war ein Regime der keynesianischen Regulation gesellschaftlicher Produktivität, während es heute nach Innen um die Deregulation sozialer Standards geht. Wir haben es nicht mehr mit einem nationalsozialistischen Deutschland zu tun, dessen ultima ratio der Verwaltungsmassenmord im kontinentalen Maßstab war, wohl aber mit einem Deutschland, das sich inmitten einer politischen Transformation befindet und dessen neue Hegemonialansprüche unübersehbar sind. Dazu gehört auch die von Bonn aus vorgenommene Kontrolle der gesamteuropäischen Migration und Flucht – zuletzt mit der weitgehenden Außerkraftsetzung des Asylrechts und der Zurückdrängung von Flüchtlingen in Transit- und Internierungszonen. Angesichts dieser Entwicklung scheinen uns die in diesem Band veröffentlichten Aufsätze von einiger Aktualität zu sein.

Wenn wir heute den Kern der Kontinuitätshypothese reformulieren – jenseits der Banalität, daß der Kapitalismus fortbesteht, und abgesehen von den verwaltungstechnischen Strukturen, – so meinen wir vor allem den staatlichen Zugriff auf die Bevölkerung und ihre Produktivität. Während sich das Kapital eine globale Freizügigkeit gesichert hat, behalten die Nationalstaaten und regionalen Wirtschaftsräume in Hinsicht auf die Reproduktion und das Lohnniveau der Bevölkerungen eine immense Bedeutung. In diesem Zusammenhang stehen die Beschränkungen der Migration und die neuen Grenzkontrollen. Das Lohngefälle von West nach Ost liegt in Europa im Verhältnis 100 : 10 : 1; ähnlich ist das Gefälle von Nord nach Süd. Dieses Gefälle in eine Verwertungsoption umzumünzen, erfordert nicht nur jene neue technische Zusammensetzung des Kapitals, die heute bereits greifbar ist, sondern zugleich eine »Ökonomie der Grenzen«, die Kontrolle der Zuwanderung und der nationalen Reproduktionsniveaus. Es ist kein Zufall, daß sich der Einigungsprozeß zwischen Ost und West zuerst an der Frage der Grenzregulationen bewähren muß. Und die strukturellen Parallelen zum Nationalsozialismus werden für uns in der Tatsache am stärksten offenbar, daß erneut bestimmte Minderheiten und Ethnien als unproduktiv oder nicht integrierbar definiert werden.

Ausländer, Wanderarbeiter, Flüchtlinge waren bereits in den 20er Jahren in Deutschland besondere Objekte staatlicher Aufsicht, bürokratischer Schikane und periodischer Abschiebungen. Als »Fremde« wurde ihr Aufenthaltsrecht unter die Vorbehalte ökonomischer Nützlichkeit und außenpolitischer Opportunität gestellt. In den 30er Jahren wurde von Deutschland aus die »Judenfrage« durch Vertreibung zu einem internationalem Flüchtlingsproblem gemacht, während zugleich das aus der Weimarer Zeit übernommene Konzept der »Wanderungen in der Hand des Staates« (Thalheim) jenen großräumlichen Arbeitskräfte- und Bevölkerungsaustausch vorwegnahm, der im Zweiten Weltkrieg durch Zwangsarbeit, Umsiedlung und Massenmord realisiert wurde.

Oldenburg, im Oktober 1993.

dies ist das Editorial der neusten Ausgabe der **Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik Nr. 11** mit dem Thema und Titel: **Arbeitsmigration und Flucht - Vertreibung und Arbeitskräfteregulierung im Zwischenkriegseuropa;** erschienen im Verlag der Buchläden "Schwarze Risse - Berlin" und "Rote Straße - Göttingen" und kostet 26.-DM.
ISBN: 3-924737-20-7



BONN/RHEIN-SIEG
c/o Büro für politische Kulturarbeit
Florentiusgraben 25
53111 Bonn
TEL,FAX :(0228) 69 08 82

PRESSEERKLÄRUNG

DIE ZÄHNE EINES NAZIFÜHRERS...

**Der Bonner Polizeipräsident Schnitzler hat den Angriff einiger antifaschistisch gesinnter Menschen auf den FAP-Vorsitzenden Friedhelm Busse am 6.11.93 folgendermaßen kommentiert: "Der Angriff auf Busse sei als ebenso menschenverachtend zu verurteilen wie 'die menschenverachtenden Aktivitäten des rechtsextremen Spektrums'" (BR 8.11.93)
Dies ist bewußte, billige Vereinfachung nach dem Motto "Gewalt=Gewalt" und setzt den Verlust einiger Zähne eines führenden Neonazis mit den von ihm mitverantworteten alltäglichen faschistischen Morden und Brandanschlägen wie in Mölln und Solingen gleich.**

Friedhelm Busse ist kein unschuldiger, politisch etwas verwirrter alter Herr. Er ist seit Jahrzehnten aktiv in der Neonaziszene und gehört zu den Drahtziehern faschistischen Gewalt gegen Flüchtlinge, EinwandererInnen und Andersdenkende, der letzten Jahre.

Busse wurde 1971 aus der NPD ausgeschlossen und gründete die offen neonazistische PARTEI DER ARBEIT (PdA), die später in VOLKSSOZIALISTISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLANDS (VSBD/PdA) umbenannt wurde. 1982 wurde Busses VSBD/PdA verboten, nachdem sie mehrere Überfälle und Sprengstoffanschläge unternommen und sich einzelne Mitglieder mehrfach Schießereien mit der Polizei geliefert hatten.

Anschließend tritt er der FREIHEITLICHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS (FAP) bei, die seit 1984 als Auffangbecken für die Mitglieder der zuvor verbotenen ANS/NA Michael Kühnens diente und zu einer der aktivsten gewalttätigen Neonazi-Gruppierungen Deutschlands geworden war. 1988 wird Busse Vorsitzender der FAP, nachdem der Flügel Kühnens nach internen Querelen die Partei verlassen hatte (Seit Kühnens Tod 1990 arbeiten die Fraktionen wieder verstärkt zusammen).

In den letzten Jahren war Friedhelm Busse an so gut wie jeder größeren faschistischen Versammlung aktiv beteiligt, entweder als Anmelder oder sonstiger Führer. Zuletzt war er auf dem Naziaufmarsch in Fulda, im August diesen Jahres, anläßlich des Todestags des Kriegsverbrechers Rudolf Hess, zu sehen.

Busses Aufenthalt in Bonn hatte auch nichts mit einem netten Einkaufsnachmittag zu tun, er war hier, weil in Königswinter das Bundesvorstandstreffen der FAP stattgefunden hat. In Bonn taucht Busse öfter auf, da der hiesige Kreisverband der FAP mit den auch bundesweit agierenden Nazis Norbert Weidner und Hans-Peter Krieger einer der aktivsten ist.

Eine Aktion, die die Beweglichkeit und Redefähigkeit von Busse einschränkt, ist daher zu begrüßen.

**Antifa Pressestelle
9.11.93**

ZIVILISTE; Stand: November 1993

Kfz-Kennzeichen	Typ	Zeit	Ort	bes.Vorkommnis
B- A 1786	VW-Bulli,rot	10/93	36	
B- A 9746	Audi 100,du.blau	7/93	O-Berl.	Faschos/Schliemann-22
B-AD 1652	Opel Rekord,alt, du.rot	10/93	44	
B-AJ 5013	?Kombi,blaumet. 2 Antennen	8/93	36	
B-AK 6544	DB-Kombi,hellgrün	4/93	36	
B-AT 6091	Opel Vectra,blau blaumet.	7/92	36	
B-AU 9546	VW-Bulli,rot	7/93	42	
B-AV 1743	Mazda 626,rot, obs./SS	9/93	36	Observation Oranien-5 am 16./17.9.93
B-AV 6725	Opel Ascona,grau	7/92	36	
B-AZ 981	Opel?,du.rot	4/93	36	
B- C 2078	Audi 80,du.blau, Ant.hinten links	5/93	44/36	1.Mai/Halk Evi z.B.
B-CN 2712	DB,schwarz hinten 2 Ant.,VS?	6/93	36	
B-CT 347	VW-Bulli,beige	4/93	36	
B-DE 8620	VW-Golf,du.?	9/93	36	
B-DE 9243	Opel Omega,rot	9/92	44/36	
B-DJ 2483	Opel Kadett,rot	4/93	36	
B-DK 590	Opel Rekord,blau	5/92	36	
B-DR 7391	VW-Bulli,blau	10/93	36	
B-DU 204	Opel Vectra, du.blau	6/93	44/61	
B- E 9054	VW-Passat,du.rot	1/93	44	
B-EV 597	VW-Golf,blau	7/93	O-Berl.	Faschos/Schliemann-22
B-EZ 407	Opel Omega,du.grün	7/93	O-Berl.	Faschos/Schliemann-22
B- H 1591	Opel Rekord,blau	7/93	61	
B-HX 4302	Opel Omega,blau	11/93	36	
B-JC 247	VW-Passat?, Kombi,du.blau	11/93	36	
B- K 1576	Opel Omega,schwarz	5/92	36	
B-LP 478	DB-Kombi,grünmet.	/93	36	Durchsuchung A-6
B- M 6357	VW-Jetta,weiß	7/93	O-Berl.	Faschos/Schliemann-22
B- M 8714	Opel Omega/Senator	/93	36	Durchsuchung A-6
B-ML 195	Opel/Ford Kombi, neu,du.grau	10/93	36	

ZIVILISTE; Stand: November 1993 **-Seite 2-**

Kfz-Kennzeichen	Typ	Zeit	Ort	bes.Vorkommnis
B-RL 789	VW-golf,beige	5/92	36	
B-SM 699	Opel Rekord,beige	8/92	36	
B-TW 353	Audi 80,alt,oliv obs.	9/93	36	Observation Oranien-5 am 16./17.9.93
B-UK 410	Opel Ascona,du.grün	7/92	O-Berl.	St.Pauli-Hertha
B-UT 210	Opel Vectra,du.blau ,du.rot	92/93 10/93	36 44	
B-WL 645	VW-Bulli,goldfarben	/93	36	Durchsuchung A-6
B-XV 827	Opel Vectra,silber ,du.blau	92/93 9/93	36 36	
B- Z 3549	VW-Golf,du.blau o. du.grün	11/93	36	
B-ZT 917	VW Jetta,grau o. grünmet.	7/93	Marzahn, ist"Otter-276"	
B-ZX 140	VW-Passat,grau	10/93	36	

P.S.

Diese Liste bürgt selbstverständlich nicht für Vollständigkeit.

P.S.2.
Es lohnt immmer noch, sich die Interim Nr.99 anzuschaun!!!

Die AutonomenWanzen

Leipzig

Arbeitszwang

Bericht eines Sozialhilfe-empfängers

Es mutet wie eine Geschichte aus finsteren Zeiten an: In Leipzig werden Leute zur Zwangsarbeit verpflichtet. 2,— DM für jede Stunde, 40 Stunden in der Woche. Für einen Hungerlohn also leisten sie Maurer-, Tischler-, Schlosser-. Maler- und andere Arbeiten. Das Programm, unter dem diese Arbeiten laufen, heißt „Arbeit statt Sozialhilfe". Gemeint ist: Leute, die ihr Leben mit Sozialhilfe fristen müssen, übernehmen die Arbeiten von ABM-lerInnen ohne regelrechte Entlohnung.

Rainer Müller, Menschenrechtsaktivist schon zu DDR-Zeiten, berichtet:

„Vor einiger Zeit erhielt ich die Aufforderung, zum ABM-Stützpunkt zu kommen. Dort sollten ich und andere, die inzwischen auf Sozialhilfe angewiesen sind, weil sie keine Arbeit fanden, 'an Arbeit gewöhnt werden'. Mit 2,— DM pro Stunde wird der Einsatz für die Stadt vergütet. Wenn wir nicht kommen, hieß es, wird uns die Sozialhilfe um die Hälfte gekürzt. Verlangt wird außerdem, 40 Stunden in der Woche, also eine Arbeitszeit wie bei regelrechter Anstellung bei der Stadt, zu bringen. Nur der Verdienst ist eben nicht wie bei normaler Beschäftigung 80,— DM in der Woche - 320,— DM im Monat, ohne soziale Absicherung. Ich bin als Sozialhilfeempfänger nicht einmal krankenversichert. Ich habe danach gefragt, was bei einem Arbeitsunfall passiert - das ist schon geregelt, war die Antwort.

Der Einsatz beginnt morgens 7 Uhr mit einem Zählappell. Alle treten nach Brigaden getrennt um das Verwaltungsgebäude des Stützpunktes herum an. Dann wird gezählt. Wer Minuten zu spät kommt, dem wird mit Stundenabzug gedroht. Der Stützpunkt für den Arbeitsdienst liegt in Leipzig-Leutzsch. Die Leute kommen von überall her aus der Stadt. Manche brauchen eine Stunde und mehr für die Anfahrt. Einige von uns haben gefragt, ob sie nicht gleich zum Arbeitsort gehen können, weil der bei ihnen um die Ecke liegt. Sie durften das nicht. Alle müssen zum Zählappell morgens antreten.

Dann beginnt der Einsatz. Es gibt Arbeiten im Stützpunkt selbst oder wir werden in Kleinbussen zum Arbeitsort gefahren. Wir sind ABM-Brigaden zugeordnet. Die Bereiche sind: Tischlerei, Schlosserei, Mauern, Tiefbau, Begrünung und Malern. Auch in der Verwaltung werden Sozialhilfeleute eingesetzt. Laut offizieller Verkündung seien alle Arbeiten von uns gemeinnützig und zusätzlich. Schlechthin ist jede öffentliche Arbeit gemeinnützig, wichtig ist also, was in unsrem Fall als zusätzlich angesehen wird: Wir setzen Wege instand, pflanzen Bäume, mähen Rasen, tischlern und schweißen Gegenstände für Kinderspielplätze, malern Schulen und Bibliotheken. Sogar die Lohnabrechnung für uns selbst gilt als zusätzlich.

Das Programm, unter dem die SPD-Stadtführung uns anstellt, nennt sich „Arbeit statt Sozialhilfe". Zugeordnet sind wir dem Dezernat Allgemeine Verwaltung der Stadt Leipzig.

Bisher werden täglich ungefähr 30-40 Leute eingesetzt. Darunter sind auch Alleinstehende mit Kindern. Für den Arbeitsdienst sind allerdings noch mehr erfaßt: zur Zeit ca. 100. Einige kommen nicht zum Einsatz, weil sie es als Verhöhnung empfinden. Wer ist schon bereit, im Zwangsdienst für einen Hungerlohn zu arbeiten und auch noch gegen andere, die deshalb keine feste Arbeit bekommen, ausgespielt zu werden. Deshalb droht die Stadt auch mit der Kürzung der Sozialhilfe. Nur so kann der Zwangsdienst überhaupt durchgesetzt werden.

Ich bin der Maurergruppe zugeordnet. Den Vorarbeiter in der Maurer-Brigade kenne ich. Der war früher bei der Kirche als Maurer beschäftigt. Dann hat er seine Arbeit verloren. Als einzige Möglichkeit bot sich ihm eine ABM-Stelle. Nach einem Jahr läuft jetzt diese Stelle aus. Statt daß er fest eingestellt wird, wird er entlassen. Er ist die einzige Fachkraft in unserer Gruppe. Seine Arbeit sollen jetzt andere ABMler übernehmen und nach und nach Zwangsdienstler wie ich. Wegen der Anfahrtskosten und dem teuren Mittagessen arbeiten viele von uns bis zum Mittagessen quasi kostenlos. Wenn ich die Sozialhilfe und meinen jetzigen Wochenlohn zusammenzähle, dann bekomme ich ungefähr 820,00 DM im Monat. Der Stundenlohn beträgt dann für mich ca. 5,— DM Ein fest-eingestellter Maurer bei der Stadt müßte viel mehr verdienen, nämlich mehr als das dreifache. Außerdem habe ich keinerlei soziale Absicherung: weder Kranken-, Renten- noch Arbeitslosenversicherung. Die Stadt spart auf dem Rücken der Ärmsten. Das ist Ausbeutung."

Rainer Müller

Sexistischer Gewaltübergriff.

In der Nacht vom 9. November 93 zum 10. November kam es zu einem Vergewaltigungsversuch vom Chef des "La Tapa", Wilhelmshavener Str. 57 in Berlin-Moabit.

Nach der AntiFa-Demo am 9. November gingen einige noch in das "La Tapa". Nach einigem Alkohol und Grasgenuß stieg der Chef des "La Tapa" zusammen mit einer ausländischen Frau in sein Auto um ihr Berlin zu zeigen. Nachdem die Frau bei der Kneipentour vermied mit Alkohol abgefüllt zu werden, versuchte Paco, der Chef von La Tapa, mit psychischer und physischer Gewalt zu zwingen mit ihm zu schlafen. Erst als er der physischen Widerstand der Frau gebrochen hatte und sie nur noch hilflos war, lies er von ihr ab - vor allem vor der Angst das etwas in die Öffentlichkeit dringt.

Wir haben Hinweise, daß solche und ähnliche Vergewaltigungsversuche von Paco schon öfters stattgefunden haben. Die Frauen können sich melden, um unter einander Kontakt aufzunehmen.

Wir fordern, vor allem von der linken und anarchistischen Szene.
- Klare Haltung und keinerlei Männer- oder Politkumpanei
- Boykott des "La Tapa"
- Ausschluß von Paco aus jeden Zusammenhängen

Weitere Aktionen die dem Schmerz und der Selbstbefreiung entspringen werden mit Sicherheit folgen und werden hier schon begrüßt.

Kontakt: Anarchistischer Extra Dienst,
c/o Colpo, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin

Sexueller Mißbrauch - Bruschke

MISSBRAUCH IN DER SZENE

Wie überall in der Gesellschaft werden auch in der Szene Kinder mißbraucht.
Wie überall in der Gesellschaft wird auch in der Szene weitgehend darüber geschwiegen, d.h. auch hier funktioniert der Täterschutz durch Nichtwahrnehmung und Nichtverhalten.
Sexueller Mißbrauch als Form der Unterdrückung und Manifestation von Gewaltverhältnissen kommt (fast) nicht vor in (autonom-) linken Theorien (vgl. z.B. die Kritik an "Klasse gegen Klasse" in der interim vom 11.11.93).
Und dies, obwohl es seit Jahren Anlässe zur Auseinandersetzung gibt:

Beispielsweise ist in Antifa-Zusammenhängen seit Jahren ein Mann bekannt, der Trebekids aufnimmt, anmacht und mißbraucht.
Er selbst bezeichnet sich als "pädophil".
Für uns ist eine sexuelle **Beziehung**, die Erwachsene von Kindern fordern, in der real existierenden Gesellschaft immer sexueller Mißbrauch (siehe letzte interim vom 11.11.93).
In diesem Fall ist es besonders eindeutig, da Trebekids zusätzlich zum Machtgefälle zwischen Erwachsenen und Kind auch noch in Bezug auf Geld und Wohnung vom Wohlwollen dessen, der sie aufgenommen hat, abhängig sind.
Dieser Mann hielt sich schon in vielen Häusern und Zusammenhängen auf. Obwohl diese meist wußten, daß er Kinder sexuell ausbeutet, verhielt sich erst eine Gruppe eindeutig. Sie warf ihn aus der Gruppe und forderte andere Gruppen, die mit ihm zu tun hatten, zur Auseinandersetzung damit auf.
Nachdem er für ein halbes Jahr aus Berlin verschwunden war, konnte er nach seiner Rückkehr (bis auf diesen Rauswurf) so weiter machen wie zuvor.

Daher fordern wir von (Antifa-)Gruppen eine Stellungnahme:
Wie wollt ihr mit ihm und mit Leuten, die ihn weiter decken bis unterstützen, umgehen?

Agathe und Alfons sagen's laut

Stinkts bei Ihnen ?!

Wenn ja, dann liegen Sie richtig. Uns ist auch aufgefallen, daß hier im Haus eine Sache ganz gewaltig zum Himmel stinkt. Auf der achten Etage wohnt der Bruschke und der ist bei den Republikanern.

Der Bruschke ist sogar Stadtrat und sitzt als REP im Neuköllner Rathaus. Leider stört das heute kaum noch jemanden, es gehört zur Normalität, daß die Nazis in den Rathäusern sitzen. Hier im Haus weiß wahrscheinlich auch fast keine/r, daß so einer wie der Bruschke hier wohnt. Aber das wird jetzt anders. Diesen Zettel haben wir an alle Mieter verteilt, damit das jeder mitbekommt.

Die anderen Parteien sind zwar auch nicht besser, aber wir lassen uns von diesen Schlips- und Kragen-Nazis nicht länger verarschen.

z.B. Die Aids-Beratungsstellen zu schließen und Aidskranke weiter auszugrenzen ist einfach unglaublich. Nach unten treten, nach oben buckeln, daß ist deren Devise.

Wir wollen mit dem Bruschke nichts mehr zu tun haben. Da braucht der sich gar nicht zu wundern und am besten der macht die Wohnung gleich frei.

DER BRUSCHKE IST HIER UNERWÜNSCHT !!

Neukölln

Rep-Stadtrat Bruschke

Die Auseinandersetzung zwischen der Fraktion der Grünen und Gesundheitsstadtrat Bernd Bruschke (Rep) hat auf der Oktober-BVV einen neuen Höhepunkt erreicht. Hintergrund ist die voraussichtliche Schließung der Aids-Beratung. Die Grünen fragten den Stadtrat, ob ihm die Betreuung Aids-kranker Menschen nicht am Herzen liege. Bruschkes Antwort: „Ihre Unterstellungen sind ein Schauermärchen, wie es die Desinformationsabteilung des Ministeriums für Staatssicherheit nicht besser hätte bringen können."

Das wollten die Grünen so nicht stehen lassen, beantragten eine Unterbrechung und die Einberufung des Ältestenrats. Es folgten weitere 20 Minuten Bezirksamtssitzung.

Freitag, 26.11.			
	Brunnenstraße 7	Party	2 Jahre Fanladen "Anstoss"
Samstag, 27.11.			
16.00	Winterdruck, Brunnenstr. 7	Dia-Info-Veranstaltung	Wagenburgen
	13 Jahre EA	Solidisco	s. Rückseite
	KOB, Potsdamer Str.	Solikonzert	s. Rückseite
19.00	SO 36	Kinderdisco	s. Rückseite
22.00	SO 36	Video	s. Rückseite
23.00	SO 36	Disco	s. Rückseite
Mittwoch , 1.12.			
18.00	Henry-Ford-Bau (FU)	Infoveranstaltung	Zur Situation der RAF - die Lage der Gefangenen - Neue Prözesse - was bedeuten die letzten Briefe und Erklärungen zum Wahlboykott
19.00	El Locco, Kreuzbergstr. 43	Veranstaltung	Wie stoppen, bzw bremsen wir das Super-Wahl-Kasrussel was tun gegen Nazi-Parteien 94 streuen wir ihnen etwas Sand in die Zählmaschine qwählen gehen oder lieber nicht
19.30	Kreuzbüro, Großbeerenstr. 89	Referat m. anschl. Disk.	Die Kleinfamilie: Hort des privaten Glücks oder Reproduktionsstätte gesell. Gewalt (Ökologische Linke)
20.00	El Locco	Video	Sag nicht, es ist für's Vaterland
Donnerstag, 2.12.			
20.00	KAA 14	Polen Reihe	Der Mann aus Eisen
	El Locco	Video	Heimkehr - Von Berlin nach Lima
Freitag, 3.12.			
19.00	KAA 14	Vortrag/Diskussion	Polen nach der Wahl - Jacek Tyblewski

Freitag den 26. 11.
machen die Republikaner im Rathaus Neukölln, BVV-Saal, 2. Etage, 19.30 eine "Informationsveranstaltung" über "Fluchtbewegungen und Bevölkerungsexplosion in der Welt von heute und ihre Auswirkungen auf Deutschland". Anwesend: Juhr, Baumbeck, Thiergart

KEINE INHALTLICHE DISKUSSION MIT SEXISTEN!
KEINE SEXISTISCHEN ARTIKEL IN DER INTERIM!

- Horst kotzt alleine Kirschen -

"Wenn also ein Mann die Konsequenz zieht, sein Sexualverhalten auf Personen einzuschränken, denen er auch emotional nahe steht, so ist die sicherlich zu begrüßen, insofern er z.B. wesentlich weniger Frauen zum reinen Sexobjekt degradieren wird. Frauen hingegen waren (und sind es noch), um es mal plastischer darzustellen, über Jahrhunderte gezwungen ihre Vergewaltiger auch noch in den Genuß der ehelichen Fürsorge und Liebe kommen zu lassen."
Diese Aussage hat verschiedene Implikationen: Frauen können bekannte Männer von frauenfeindlichem Verhalten durch sexuellen Kontakt abhalten. Frauen erretten dadurch andere Frauen vor der Degradierung zum Sexualobjekt.
Der zweite Teil von Horst`s Analyse impliziert im Kontext gesehen folgendes: Frauen können vergewaltigenden Männer-Horsten dankbar sein, dass sie sich nicht einnisten.
Zum Schluss seines Leserbriefes an die Interims faselt Horst noch etwas von "Verkehrssicherheit unserer weiblichen Mitmenschen".

KEINE INHALTLICHE DISKUSSION MIT SEXISTEN!
KEINE SEXISTISCHEN ARTIKEL IN DER INTERIM!

Schwarze Witwen

MARCHSTRAßE
EINSTEINUFER

EIN DRECKIGER JOB- ABER WIR MACHEN IHN

WOHLTÄTIGKEITSBALL
FÜR PROZESS-KOSTEN UND WAFFEN GEGEN NAZIS

MIT

WIE DER STAHL GEHÄRTET WURDE
SCHNELLER,
BESSER, SOZIALISTISCHER
(SOZIALITIC- CHORUS -SC BERLIN)

OPERATION MINDFUCK
(HC)

GAINSAY
(HC)

SUPERDRINKS SUPERTOMBOLA

SA 27.11.93
22 UHR
K.O.B.

POTSDAMERSTR. 157
(U- BAHN BÜLOWSTR. SCHÖNEBERG)
NUR 8 MARK !

13 Jahre Ermittlungsausschuß!
Feier

Wann: Samstag, 27. Nov. 1993
Wo: EX Gneisenausstr. 2a
Eintritt: 4 DM
Beginn: 22 Uhr
Den Erlös bekommt der Ermittlungsausschuß.

DIE WAHL DER QUAL

Kiezdisco Kinderbauernhof

SO 36

27. November 1993
ab 19:00 Uhr Kinder Disco
ab 22:00 Uhr Video
ab 23:00 Uhr Disco

mit Ausstellung & Dias

Oranienstraße 190
Kreuzberg 36
Tel.: 030-615 26 01
U: Kottbusser Tor
Görlitzer Bahnhof

Eintritt: 4,-- DM
Kinder: 1,-- DM

Presented by:
Kinderbauernhof
am Mauerplatz e.V.
Leuschnerdamm 9
10999 Berlin-Kreuzberg
Tel.: 030-615 81 49

OSCH 91